



VERBANDSZEITSCHRIFT IM WANDEL DER ZEIT

BEGEGNUNG * BILDUNG * BESINNUNG

EDITORIAL	3	Den Terror bekämpfen – auch mit militärischen Mitteln AUFTRAG Nr 246 (2002)	
SEITE DES BUNDESVORSITZENDEN	4	Erklärung der GKS zum Einsatz der Bundeswehr bei der Operation Enduring Freedom	26
SEITE DES GEISTLICHEN BEIRATS	5	Stellungnahme zur Terrorismusbekämpfung AUFTRAG Nr 246 (2002)	
VERBANDSZEITSCHRIFT IM WANDEL DER ZEIT		Erklärung der beiden Militärbischöfe zum Einsatz der Bundeswehr zur Terrorismusbekämpfung Stellungnahme des Bundesvorsitzenden	27
Unser Nahziel – was tun? Königsteiner Offizierbrief Nr 1 (1961) von <i>Hubert Walitschek</i>	6	SWP Studie: Bundeswehr in Afghanistan AUFTRAG Nr 271 (2008)	
Anpassung (aggiornamento) – wohin soll das führen? Königsteiner Offizierbrief Nr 17 (1966) von <i>Helmut Korn</i>	8	eine Zusammenfassung	28
Friedensforschung – warum wir darüber berichten unser Auftrag Nr 38 (1970) von <i>Helmut Fettweis</i>	10	„Stärkung christlicher Werte in den Streikräften weltweit“ AUFTRAG Nr 287 (2012) von <i>Reinhard Kloss</i>	29
Vom Sinn und Unsinn gleichmachender Gerechtigkeit auftrag Nr 41 (1970) von <i>Helmut Fettweis</i>	11	CHEFREDAKTEURE ZUR ZEITSCHRIFT	
„Willst Du den Frieden, verteidige das Leben“ auftrag Nr 81 (1976) von <i>Felix Bullmann</i>	12	Ein Rückblick auf 42 Jahre Verbandsorgan der GKS: Medium verbandlicher Kommunikation mit Außen- wirkung „Königsteiner Offizierbriefe“ – „auftrag“ – „AUFTRAG“ von <i>Klaus Brandt</i> , Chefredakteur AUFTRAG 1990-1996	31
Pazifismus als Flucht auftrag Nr 116/117 (1981) von <i>Josef Bennemann</i>	14	Wie ich den AUFTRAG sehe von <i>Paul Schulz</i> , Chefredakteur AUFTRAG 1996-2008	36
Kirche und Presse auftrag Nr 158/159 (1986) von <i>Elke Fettweis</i>	16	Sind Christen die besseren Soldaten? von <i>Reimund Kirch</i> , Chefredakteur „Nürnberger Zeitung“	40
30. Internationale Soldatenwallfahrt Lourdes Eindrücke eines wehrpflichtigen Teilnehmers Auftrag Nr 175 (1988) von <i>Frank Heidenescher</i>	18	SICHERHEITSPOLITISCHE INFORMATION DES VERBANDES	
Für eine gemeinsame Zukunft Auftrag Nr 193/194 (1990) Erklärung der Bischöfe zur Deutschen Wiedervereinigung	19	Ideologie des Islamismus von <i>Rainer Zink</i>	42
Militärische Einsätze stehen nicht im Vordergrund unseres Denkens AUFTRAG Nr 216 (1995) Bericht von <i>Paul Schulz</i> über eine Rede des Bundespräsidenten <i>Roman Herzog</i>	20	Strategien russischer Außenpolitik von <i>Rainer Zink</i>	44
„Soldatischer Dienst im Wandel – Zwischenrufe zu aktuellen Fragen“ AUFTRAG Nr 225 (1996) <i>Karl-Jürgen Klein</i> bei der Buchvorstellung von <i>Karl-Heinz Ditzer</i>	22	Von Wales nach Warschau Bericht von <i>Rainer Zink</i> über den Vortrag von <i>GenMaj Josef Blotz</i>	46
Zur Verbandszeitschrift der GKS AUFTRAG Nr 235 (1999) Editorial von <i>Paul Schulz</i>	24	Soldat und Christ – Wie passt das zusammen? Oder: Können Kriegsleute auch in seligem Stande sein? von <i>GenMaj Josef Blotz</i>	49
		ZUR LAGE DER CHRISTLICHEN WELT	
		„Kirche der Märtyrer“ von <i>Carl H. Pierk</i>	57
		Franziskus besucht All-Saints-Kirche im Zentrum Roms von <i>Johannes Schidelko (KNA)</i>	58
		IMPRESSUM	59

Titelbild: Die Verbandszeitschrift im Wandel der Zeit – deutlich gemacht an den verschiedenen Ausführungen des Titelblattes (BB)



Liebe Leserschaft,

den AUFTRAG mit der Nummer 300 gilt es zu feiern: Heißt es doch, dass die Gemeinschaft Katholischer Soldaten es auf insgesamt 300 Ausgaben ihrer Verbandszeitschrift geschafft hat. Das zu würdigen, war für den Herausgeber, den Bundesvorstand, der Anlass, dieses Heft mit Schwerpunkt dem Rückblick zu widmen. Deshalb hat die Redaktion beschlossen, bei einem Wechsel des Äußeren dieser Zeitschrift in der Geschichte, jeweils einen Artikel auszuwählen, um diesen zu präsentieren.

Wir haben den Weg gewählt, vor jeden der ausgesuchten Artikel einen kurzen zeitgeschichtlichen Abriss zu geben. Bei diesem halten wir uns an die verbandseigene Chronik, die sie bei der Bundesgeschäftsstelle über das Internet oder per Brief bestellen können. Dazu kommen die Informationen, welche die Redaktion noch über die Autoren erhalten konnte und ein Abdruck des damals benutzten Titelbildes.

Damit verfolgt die Redaktion mehrere Ziele: zum ersten wird Ihnen der Wandel unserer Zeitschrift dargestellt, was ja im Sinne einer Jubiläumsausgabe ist, zum zweiten können Sie genauso erstaunt wie die Redaktion feststellen, dass sich die Probleme fast nicht geändert haben! Dies war unter anderem eines der Ergebnisse, die unsere intensive Beschäftigung mit dem elektronischen Archiv – dankenswerter Weise durch die Arbeit von unserem Ehrenbundesvorsitzenden Paul Schulz allen verfügbar gemacht über das Internet – als Ergebnis gebracht hat. Man hat sich 1970 über dieselben Dinge „aufgeregt“ wie 2016.

Zum dritten wollen wir Ihnen Appetit machen, sich mit unserer Verbandsgeschichte und dem erwähnten elektronischen Archiv zu beschäftigen. Lesen Sie nach, was damals die Gemeinschaft bewegt hat! Überzeugen Sie sich davon, dass es schon immer Probleme gab und wie man damit umging. Lesen Sie zeitgeschichtliche Dokumente der Berichterstattung eines katholischen

Verbandes, wie aus Sicht dieser gläubigen Christen in Uniform sich die Weltgeschichte ergeben hat. Seien Sie versichert, es ist spannend und manchmal überraschend!

Zum Abschluss dieses Heftes wollen wir Sie aber auch noch über die sicherpolitischen Dinge informieren, die uns am Herzen liegen: die veränderte Politik Moskaus und die Reaktionen der NATO darauf sowie der Islam. Niemand darf vergessen, das unser westliches, werteorientiertes Bündnis eine politische Gemeinschaft ist, die Niemanden angreifen will. Aber auf völkerrechtliche Annexionen (Krim) muss dieses Bündnis und Europa reagieren, wenn es glaubwürdig sein will. Dass die Lage in Syrien diese Dinge nicht vereinfacht, ist eine Binsenweisheit.

Hier kommen der Islam und die Weltkirchen ins Spiel. Wie sie dabei helfen können, sei dahingestellt, denn schon Stalin hat deutlich gemacht, dass ihn die Kirchen nicht sonderlich interessieren. Der russische Präsident – genauer: der Präsident der russischen Förderung – hat sich der orthodoxen Kirche angenähert – oder gar angedient oder gar umgekehrt. Wie dies in den Lauf der Geschichte passt, bleibt abzuwarten. Aber trotzdem bleibt doch immer der Glaube zum Guten, der manchmal Härte fordert. Wie heißt es doch so schön: Et nunc, reges, intelligite; erudimini, qui judicatis terram (Psalm 2, Vers 10). (Seid nun verständig, Könige, lasst euch warnen, die Recht spricht auf Erden). Dass die Lage der Christen weltweit nicht so rosig ist wie in den etablierten Demokratien, zeigt Ihnen der Artikel von Carl-H. Pierk zum Abschluß des Heftes.

Wünschen wir den verantwortlichen Politikern die nötige Einsicht und beten wir – wie in jeder Eucharistiefeier – für den Frieden.

Jhr J. Janssen

Öffentlichkeitsarbeit im Rückblick – und mit Blick nach vorn



Mit der 300. Ausgabe unserer Verbandszeitschrift AUFTRAG legen wir in zweierlei Hinsicht eine besondere Ausgabe vor. Zum einen werden über die Zeitlinie besonders lesenswerte und geradezu zeitlose Artikel aus der Erinnerung geholt. Dabei wird erkennbar, wie sich ein Thema im Laufe der Zeit entwickelt oder wie sich Kreise schließen. Zur anderen soll mit diesem AUFTRAG ein Schnitt in der Veröffentlichungsreihe gemacht werden. Schon lange begleitet unser Internetauftritt das Printmedium und vor einem guten Jahr ist der Facebookauftritt dazu gekommen. Wie sich die gesamte Medienlandschaft verändert hat, müssen auch wir uns anpassen, um unsere Botschaften an Interessierte zu bringen. Deshalb hat sich der Bundesvorstand entschlossen, mit der 300er Ausgabe eine Zäsur einzuleiten und danach neu zu starten. Gerade sind wir in einer Arbeitsgruppe dabei, festzulegen was „neu“ genauer bedeuten wird. Erkennbar ist aus meiner Sicht, dass es wahrscheinlich weiterhin ein Printmedium geben wird, das sich aber mehr als bisher auf ein Thema konzentrieren wird und vermehrt zeitlose Inhalte darstellen wird. Mit den elektronischen Medien sollen hingegen rasch aktuelle Informationen aus dem Verbandsleben und aktuelle Stellungnahmen veröffentlicht werden. Diese ersten Gedanken sind jedoch noch zu verfeinern und in konkrete Arbeit umzusetzen – wir arbeiten daran! Gerade deshalb sind

wir für konstruktive Idee und die Unterstützung bei deren Umsetzung oder jede andere Form der Mitarbeit jederzeit offen.

Die Frage, ob wir ein Kommunikationsmittel brauchen, ist auf jeden Fall klar beantwortet. Ohne eine eigene Position werden wir nicht gebraucht und nur die eigene Möglichkeit der öffentlichen Äußerung gibt uns die Chance, unabhängig zu veröffentlichen was wir zu sagen haben – auch und gerade, wenn es andere anders sehen!

Für mich ist klar, dass es eine Fortsetzung gibt, auf das Format sind viele gespannt, nicht zuletzt auch ich. Lassen Sie sich daher von der weiteren Entwicklung überraschen.

Bis dahin verbleibe ich mit besten Grüßen

*Rüdiger Attermeyer, Oberst
Bundesvorsitzender der
Gemeinschaft Katholischer Soldaten*

„Keine Nullnummer!“



Auch wenn sich der eine oder andere über die Tatsache wundert, dass die Nummer 300 des „AUFTRAG“ als besondere Ausgabe erscheint – passt sie doch gar nicht in die Reihe von runden Geburtstagen, Jubiläen oder sonstigen besonderen Ereignissen – so hat es schon seinen berechtigten Grund, warum das Heft, welches Sie gerade in Händen halten, eine Besonderheit darstellt. Dabei ist es nicht die Zahl, die entscheidend ist, sondern all das, was in Papierform, zugegebenermaßen sehr begrenzt, zusammengefasst und in Wort und Bild vorliegt: Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten im Zeitenlauf, in allen Facetten. Als Wegbegleiter und Sprachrohr, als Temperaturfühler und Dokumentationsmedium oder – offiziell – als Organ der Gemeinschaft, ist es in langen Jahren zur Selbstverständlichkeit und deshalb manchmal auch nicht mehr richtig wahrgenommen worden. Schon deshalb ist diese „Sondernummer“ eine Art Frage- und Ausrufezeichen in der Geschichte der GKS.

Wer etwas zu sagen hat, der braucht auch Möglichkeiten, dies in entsprechender Form zu tun. Wer sich weit über fünfzig Jahre mit Selbstverständnis und Berufsbild des Soldaten, den Entwicklungen der Bundeswehr, dem Wandel der Zeit, den gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen, den Wertevorstellungen und Weltanschauungen und nicht zuletzt mit Glaubens und Kirchenfragen beschäftigt, der braucht ein Trägermedium, das unabhängig, umfassend und vor allem kompetent immer wieder die Stimme erhebt, sich zu Wort meldet. Mögen die Reaktionen auf dieses „Lautgeben“ im Lauf der Zeit auch ganz unterschiedlich gewesen sein, sie haben auf jeden Fall Wirkung erzielt, auch wenn dies nicht immer messbar war.

Wer sich mit biblischer Zahlensymbolik befasst, der wird mit der Tatsache konfrontiert, dass – neben anderen Bedeutungen – die Zahl 300 für den „Geist Gottes“ und

die „Gemeinschaft“ steht. So wird – getreu dem Motto eines langjährigen Vorgängers im Amt des Geistlichen Beirats – wahr, dass Gott nicht anderes tut als zu fügen! Wenn wir mit der Ausgabe 300 also zurückschauen und zusammenfassen, dann ist dies nicht zu trennen mit dem Faktum, dass die Gemeinschaft Katholischer Soldaten sich immer wieder neu zusammenfügen lässt aus den unterschiedlichsten Menschen, die herausfordern und ergänzen, die hinterfragen und bekräftigen, die bewahren und gestalten. Und dies alles geeint und vereint in jenem Geist, der weht wo und wie er will und der dafür sorgt, dass jeder einzelne und auch die Gemeinschaft nicht von allen guten Geistern verlassen, sondern von Gottes Geist bewegt und in die Zukunft geführt wird!

Wenn der AUFTRAG sich mit dieser Nummer in seinem „alten Kleid“ verabschiedet, dann ist spätestens an dieser Stelle etwas unverzichtbar, was heutzutage nicht mehr selbstverständlich ist, nämlich all jenen ein aufrichtiges und ehrliches „Vergelt's Gott“ zu sagen, die im Auf und Ab der Zeit viel Kraft, Engagement und Herzblut, Forscherdrang und wissenschaftliche Ausdauer bewiesen und dies alles in den Dienst der Gemeinschaft gestellt haben!

Und was immer auch an Neuem kommen mag, ist eines doch klar: Alles, was kommt, steht immer auf dem Fundament dessen, was in der Vergangenheit geleistet wurde und deshalb auch für die Zukunft Bedeutung hat!

*Bernd F. Schaller, Militärdekan
Geistlicher Beirat der
Gemeinschaft Katholischer Soldaten
auf Bundesebene*

1961

Der erste Königsteiner Offizierbrief erscheint am Ende des Monats Juli. Kurz nach Gründung des Kreises beschloss man, sich den interessierten potentiellen Mitglieder zu präsentieren. Als Beispiel wurde der Artikel ausgewählt, der beschrieb, was denn die Redaktion/der Herausgeber mit diesen schriftlichen Mitteilungen, bzw. was die Gebetsgemeinschaft/Gemeinschaft eigentlich wollte. Losgelöst von der welt-politischen Lage. Die hatte schon im ersten Halbjahr 1961 deftige Dinge geboten.

Im Januar wurde der neue Präsident der USA vereidigt: John F. Kennedy. Schon im April wurde er von der missglückten Invasion in der Schweinebucht von Kuba in den Mittelpunkt des Kalten Krieges gerückt. Ebenfalls im April scheiterte ein Putschversuch französischer Generäle gegen den Prä-

sidenten der Fünften Republik, Charles de Gaulle. Geputscht wurde gegen die Algerienpolitik des Präsidenten, der Algerien in die Unabhängigkeit entlassen wollte, womit die Generäle nicht einverstanden waren. Gleichfalls im April schickte die UdSSR den ersten Menschen ins Weltall: Juri Gagarin umkreiste die Erde im Raumschiff Wostok und kehrte wohlbehalten zur Erde zurück. Die Amerikaner zogen am 5.05. nach und schickten Alan Shephard in die Umlaufbahn. Trotzdem war die Sowjetunion den Vereinigten Staaten in den Augen der Welt in technischen Dingen voraus.

Als der erste Königsteiner Offizierbrief Ende Juli erschien, ahnte niemand zu diesem Zeitpunkt, dass am 13.08.1961 die „Berliner Mauer“ errichtet wird, für 28 Jahre das Symbol für die deutsche Teilung.

Für die Katholiken bot das Ende des Jahres noch eine Überraschung: mit der



apostolischen Konstitution Humanae salutis verkündete Papst Johannes XXIII. am 25.12.1961 die Einberufung des Zweiten Vatikanischen Konzils.

Aus „Königsteiner Offizierbriefe“ Nr. 1, 1961:

Unser Nahziel – Was tun?

VON HUBERT WALITSCHKEK

► Diese Frage stellte bereits die junge Christengemeinde an ihrem ersten Pfingsttage an Petrus; sie verband damit ein Bekenntnis und entschied sich für die Tat.

Es ist gut, dass auch wir im „Königsteiner Offizierkreis“ uns die gleiche Frage stellen und so die Schwerpunkte unserer Arbeit festlegen wollen.

Während der 2. Königsteiner Akademietagung wurde den Teilnehmern in aller Klarheit bewusst, wie nahe der Mensch in seiner sittlichen Verantwortung vor Gott steht und auf dessen Anruf zu antworten hat; wie gerade der Offizier als herausgestelltes Glied der militärischen Gemeinschaft in beson-

derem Maße mit Verantwortung durch Vorbild, Beispiel, Rat und Tat zu tragen hat, wobei sein Handeln ebenso wie ein Unterlassen in gleicher Weise verantwortlich machen, wie auch die Folgen seines Verhaltens unter die Verantwortung fallen.

Dafür ein Beispiel! Wie oft werden die harten Worte von der „geistigen Vereinsamung“ der Offiziere ausgesprochen! Wir nehmen sie bewusst zur Kenntnis doch – wir unternehmen nichts.

Können wir von einem „Offizierkorps“ sprechen, wenn ein Virus geistiger Vereinsamung und Verlassenheit darin wirkt? – Sicher, bei der großen

Differenziertheit von Auffassungen und geistigen Richtungen im Offizierkorps – allzu gern als besonders fortschrittlich zur Schau getragen und als Ausdruck westlichen Freiheitsbegriffes hingestellt – ist es nicht leicht, in die Front dieser Vereinsamung einzubrechen. Doch christliche Verantwortung setzt eben eine wache Aufmerksamkeit auf konkrete Aufgaben und ein kluges Urteil über deren mögliche Verwirklichung voraus; sie verlangt treues Verharren bis zum Vollenden.

So soll unsere erste konkrete Aufgabe heißen: Mithelfen, durch persönliches Wirken die vorhandene Vereinsamung zunächst in den Reihen der

Offiziere zu überwinden, alles Verbindende zu pflegen und unser Zusammengehörigkeitsgefühl durch geistigen und menschlichen Austausch jeder Art zu stärken.

Die nächsten Monate werden wieder eine Reihe von Veranstaltungen, Sommerfesten, Vorträgen und Gesprächen im kleinen Kreis bringen. Sie können so leicht zur Routine werden nach alten Vorgängen, „damit nichts schief geht“, nach früheren Vortragskonzepten, damit man sich „nicht exponiert“, mit den gleichen Oberflächlichkeiten, Mittelmäßigkeiten und den selben Anekdoten wie die Jahre zuvor, denn sie waren – wie man meint – „ja so gut angekommen!“. Wieder werden vereinsamte Offiziere ihre Zeit absitzen und gelangweilt eine Gelegenheit herbeiwünschen, um sich unauffällig in ihre Vereinsamung zurückzuziehen.

Leider finden sich nur wenige bereit, selbstlos Vorbereitung und Gestaltung von Stunden froher und ernster Geselligkeit in großem oder kleinstem Kreis zu übernehmen wie einige sind es, die statt eines lästigen „es muss“ ein freudiges „ich will“ zu setzen verstehen.

Hier muss unsere Aufgabe beginnen! Vorgesetzte und Kameraden werden dankbar sein, wenn wir uns freiwillig zur Verfügung stellen, in ehrlichem Bemühen etwas Gutes, Verbindendes, Neues und nicht zuletzt Christliches vorzubereiten, mit allen Feinheiten unauffälliger, gegenseitiger Achtung und brüderliche Liebe, die den Christen kennzeichnen soll. Doch denken wir daran, dass unsere Mitarbeit stilles, unauffälliges Bemühen sein muss. Man lässt sich nicht gern „großzügig“ beschenken!

Jeder von uns sollte in den nächsten Monaten wenigstens eine Veranstaltung, ein Gespräch verantwortlich oder mitverantwortlich vorbereiten – im christlichem Geiste! Denn so spricht der Herr, wo zwei oder drei versammelt sind in meinem Namen, da bin ich mitten unter ihnen (Matthäus 18,20). Wir wünschen und fördern eine frohe Geselligkeit in soldatische Einfachheit! ◀



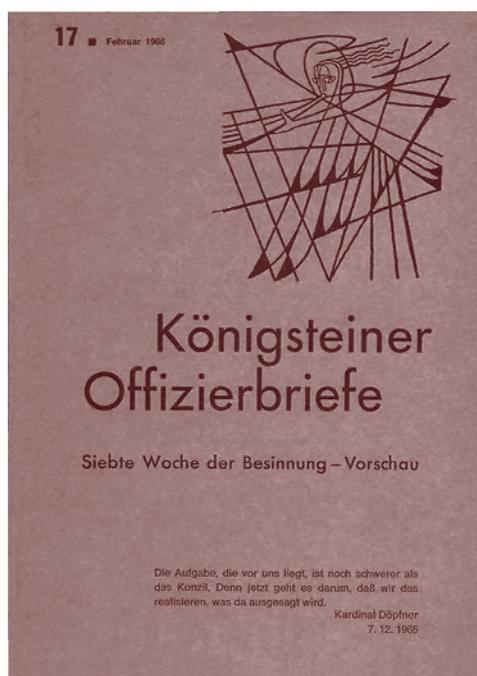
Hubert Walitschek

Hubert Walitschek war Soldat im Zweiten Weltkrieg (letzter Dienstgrad Hauptmann). Von 1956 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1978 war Walitschek Berufsoffizier in der Bundeswehr, zuletzt im Dienstgrad Generalmajor als Befehlshaber WBK V, Stuttgart/Baden Württemberg.

Walitschek war erster Sprecher des Königsteiner Offizierkreises (KOK) und federführender Schriftleiter der Verbandszeitschrift Königsteiner Offizierbriefe (KOB) von 1961 bis 1964. Schon ab Juni 1960 plante er auch die Teilnahme von Unteroffizieren und Mannschaftsdienstgraden an den zu schaffenden „Seminaren und Trägerkreisen“ mit ein. Diese Anfangsvorstellung wurde schließlich im Jahr 1970 mit der Gründung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten verwirklicht.

1966

Das Heft erscheint im Februar 1966. Im Dezember 1965 ging das II. Vatikanische Konzil zu Ende. Der Königsteiner Offizierkreis hatte sich in der Woche der Besinnung Ende April 1965 intensiv mit dem Konzil auseinandergesetzt und Oberst Dr. Korn schrieb den Artikel für den KOK-Brief, um einen Nachtrag zu liefern zu den Ergebnissen des Arbeitskreises. Die Ernsthaftigkeit, mit der sich die Laien mit dem Konzil beschäftigten, lässt den Aufbruchgeist erahnen und die Leidenschaft, mit der um beste Lösungen gerungen wurde.



Weltpolitisch war die Ost-West Konfrontation der Dreh- und Angelpunkt. Präsident in den Vereinigten Staaten war Lyndon B. Johnson, dem die Erhard-Regierung der Bundesrepublik im Januar 1966 die Unterstützung im Vietnamkrieg zusicherte. Dass ein B-52 Bomber des Strategischen Luftkommandos über Spanien mit vier Plutonium-Atomsprengkörpern abstürzte – der Gesamtvorfall wurde nicht so ausführlich dargestellt – interessierte kaum. In Frankreich wird Charles de Gaulle als Präsident bestätigt und Frankreich zieht sich im Juli 1966 aus den militärischen Organisationen der NATO zurück. In Moskau

wurde im April Leonid Breschnew Generalsekretär der KPdSU. Im November tritt das Kabinett Erhard zurück und macht Platz für die erste Große Koalition unter Kurt-Georg Kiesinger/Willy Brandt.

Bemerkenswert ist die Hochzeit der niederländischen Kronprinzessin Beatrix mit dem deutschen Diplomaten Claus von Amsberg, die anti-deutsche Demonstra-

tionen zur Folge hatte. Der Zweite Weltkrieg und die deutsche Besetzung war keinesfalls in Vergessenheit geraten. Dass in China die Kulturrevolution ausbrach wurde ebenso zur Kenntnis genommen, wie die Ablehnung des Frauenwahlrechtes im Kanton Zürich!

In Erinnerung geblieben ist vielen Menschen das denkwürdige Endspiel der Fuß-

ball-WM im Wembley-Stadion, dass England mit 4:2 Toren gegen Deutschland gewann. Dagegen unbeobachtet blieb die Abschaffung des „Index Librorum Prohibitorum“.

Lassen Sie sich durch den Artikel von Oberst Dr. Helmut Korn (im Bild rechts neben dem Militärgeneralvikar Dr. Martin Gritz, 1981) in diese Zeit zurückversetzen.

Aus „Königsteiner Offizierbriefe“ Nr. 17, 1966:

Anpassung (aggiornamento) wohin soll das führen?

VON HELMUT KORN

► *Dieser Bericht über den Arbeitskreis 5 musste überarbeitet werden und konnte daher in unserem Heft 15/16, das in der Hauptsache über die „6. Woche der Besinnung“ in Königstein vom 26. bis 30.*

April 1965 berichtete, noch nicht gebracht werden. Inzwischen haben sich so viele neue Gesichtspunkte durch die Veröffentlichungen über das Konzil ergeben, dass es nicht richtig erschien, Fra-

gen, die damals nicht gelöst werden konnten, erneut ohne Lösung zu verbreiten. So wurde also versucht, schon vorliegende neueste Ergebnisse mit zu verarbeiten. Was hatte Papst Johannes XXIII. mit dem „aggiornamento“ gemeint? Wenn man eine Anekdote glauben darf, dann soll er auf diese Frage ein Fenster geöffnet und bemerkt haben: „Ich erwarte vom Konzil frischen Wind. Es gilt, den kaiserlichen Staub, der sich seit Konstantin auf den Thron des heiligen Petrus gesetzt hat, wegzublasen.“ Ob die Anekdote wahr oder gut gefunden ist, hier wird gezeigt, dass vom Konzil nicht eine neue Lehre erwartet werden durfte, sondern, dass die Kirche über sich und ihre Stellung in der heutigen, modernen, technisierten Welt nachdenken sollte. Dann würde sie sich frei machen von den zeitbedingten Schnörkeln vergangener Epochen und sich den getrennten Brüdern zeigen nach dem Wort: „Seht was die Kirche ist, was sie tut, wie sie aussieht.“ Dem Dialog mit der Welt von heute wird sie dann nicht mehr ausweichen. Im Gegenteil, er ist erforderlich.



Diese Auffassung kam etwas zu kurz in Königstein und unser Militärbischof verdeutlichte deshalb die Bedeutung des *aggiornamento* durch sein Beispiel von den zwei Etagen in der die Kirche lebe, einmal als Antwort auf den Ruf Gottes, dann in den Menschen als eine Gruppe der pluralen Gesellschaft. Das Glaubensgut kann sich nicht wandeln, wohl aber Stil und Form. Der Arbeitskreis hat sich sehr viel Mühe mit Einzelfragen gegeben. Eine dieser Fragen lautete, ob die Beichte abgeschafft werden könne, um eine Annäherung an unseren getrennten Brüder willen. Die Antwort lautete „nein“, nicht nur, weil die Kirche von sich aus kein Sakrament „absetzen“ kann, sondern auch aus der Erkenntnis, dass der evangelische Christ es ohne Beichte so viel schwerer habe. Naturgemäß wurde auch die Stellung des mündigen Christen in seiner Kirche beleuchtet. Stellt sie sich heute anders dar als früher? Wie weit wird man hier gehen können oder wollen? Die aktive Teilnahme des Laien am kirchlichen Leben ist an sich nichts Neues. Eine Rückbesinnung auf die Urkirche zeigt das. Aber in der Vergangenheit ist dieses verschüttet gewesen und oftmals ist der Laie zum Lakaien oder zum Hiwi geworden. Es sollte nicht nach Schuld gesucht werden, aber die Erklärung ist in den geistigen Strömungen der vergangenen Jahrhunderte zu finden und Geschichte, mit der wir uns abfinden müssen, aus der wir aber lernen können. Fest steht nach dem Zeugnis der Schrift, dass der Laie zum Volk Gottes gehört wie jeder Priester und Bischof. Der Heilige Geist verteilt die Charismen, wie es ihm gefällt. So hat also der Laie eine Fülle von Möglichkeiten in der Kirche zu wirken. Es ist sogar seine Pflicht durch Studium, Vertiefung des religiösen Wissens und aktive Mitarbeit sich vorzubereiten. Ebenso aber ist die Hierarchie von Christus selbst eingesetzt. Sie bezieht sich aber ausschließlich auf dem priesterlichen Dienst.

Dr. Helmut Korn

Helmut Korn war schon 1956, in der ersten Tagen der Bundeswehr engagiert auf der Suche nach Gleichgesinnten, die wie er selbst Soldat geworden waren, um aus moralischer Verpflichtung an einer reinen Verteidigung mitzuwirken. So wurde 1961 mit seiner Hilfe der Königsteiner Offizierkreis (KOK) gegründet. Die Mitglieder dieses Kreises wählten ihn dann am 16. Juni 1962 zum Sprecher des KOK (Nachfolger von Hubert Walitschek)



Dieses alle zwei Jahre neu zu besetzende Wahlamt hatte er bis 1970 inne. Lange trug er sich mit dem Gedanken, den KOK zu einer Gemeinschaft für alle Soldaten zu öffnen. Er war zutiefst von dem Schriftwort überzeugt, „Denn es gibt kein Ansehen der Person bei Gott“ (Röm 2, 11). Als 1970 eine tragfähige Grundlage

geschaffen war, öffnete sich unter seiner Führung der KOK zur größeren Gemeinschaft Katholischer Soldaten.

Er wurde auch zum Bundessprecher der GKS gewählt und blieb es bis 1977.

Helmut Korn hat als Mentor des Laienapostolats in der Militärseelsorge katholischen Soldaten in der Bundeswehr eine neue Sicht ihres Berufes vermittelt.

Zur Erinnerung an ihren Mentor hat die GKS ihre seit 1987 alle zwei Jahre in Fulda stattfindende Akademie zu ethischen Fragen des Soldatenberufes für junge Offiziere und Unteroffiziere nach ihrem Mentor „GKS-Akademie Oberst Helmut Korn“ benannt.

Ausführlich über Leben und Wirken lesen Sie im Bericht über die Festakademie anlässlich des 25. Todestages Oberst Dr. Helmut Korn im AUFTRAG 271 ab Seite 5.

Damit ist der Pfarrer aber nicht unfehlbar und muss die berechtigte Kritik seiner Gemeindemitglieder ertragen. Dass sich diese in den Formen des üblichen Anstandes und mit Rücksicht auf den Träger eines geistlichen Amtes bewegen muss, wurde als selbstverständlich vorausgesetzt. Die Fragen nach Kurien- und nachkonziliarer Reform überforderten den Arbeitskreis. Da keiner der Anwesenden die notwendigen Kenntnisse mitbrachte und die Zeitungen hierzu keine verlässliche Unterlage boten. So dürfen diese Fragen nur so verstanden werden, dass damit unserem Bischof gesagt werden sollte, dass er als der berufene Vertreter sich dieser Fragen, wenn nötig, annehmen möge. Die Einrichtung der „Bischofssynode“ und andere inzwischen bekannt ge-

wordene Reformen lassen erkennen, dass unsere Kirche einen Weg gründlicher Reform zu gehen beabsichtigt. Die beste nachkonziliare Reform aber ist, sich mit dem Ergebnis des Konzils zu beschäftigen und dann – jeder auf seinem Gebiet – die Beschlüsse durchzuführen.

Eine Reform des Kirchenbaus wurde auch in dieser Arbeitsgemeinschaft angeschnitten. Die in der Arbeitsgemeinschaft 1 – „wie haben wir’s mit der Liturgie“ – erarbeiteten Ergebnisse sind ausführlicher. Daher soll das Ergebnis hier nicht weiter erörtert werden. Übereinstimmend aber ist festzustellen, dass gerade der Laie auf diesem Gebiet mit seinem Rat viel helfen kann. Sicherlich wird in Zukunft der Rat auch in höheren kirchlichen Bauämtern gerne gehört werden. ◀

1970

Das Jahr 1970 hat für die Gemeinschaft besondere Bedeutung. Der Königsteiner Offizierkreis (KOK) öffnet sich für alle interessierte Soldaten aller Dienstgradgruppen, die Gemeinschaft Katholischer Soldaten entstand – damit war die Verbandszeitschrift „Königsteiner Offizierbrief“ (KOB) nicht mehr länger so zu nennen. Die Redaktion gab der Zeitschrift den Namen „unser Auftrag“, der Titel erschien mit dem bekannten Königsteiner Engel. Allerdings musste die Redaktion dann in der Mitte des Jahres feststellen, dass dieser Name schon von einer evangelischen Zeitschrift „belegt“ war. Es gab damals noch nicht die elektronischen Archive wie heute, die einen Vergleich relativ einfach machen. Da die



Evangelische Zeitschrift die älteren Rechte hatte, beschloß man, die Verbandszeitschrift „auftrag“ zu nennen, den Namen, den diese Publikation seitdem innehat. Wir zeigen Ihnen beide Titelblätter mit jeweils einem Artikel aus der Feder des damaligen Chefredakteurs Helmut Fettweis. Im ersten Artikel begründet er, warum gerade die Soldaten zu Friedensforschung Stellung beziehen müssen und im zweiten Beitrag folgt ein Beispiel dazu.

Auch ansonsten war das Jahr äußerst interessant. Die Vereinigten Staaten weiteten die Bombardements auf Kambodscha aus, um die Nachschubwege des Vietcong zu unterbinden. Die Mission Apollo 13 stand unter keinem guten Stern, die Explosion eines Sauerstofftanks führte zu einem Abbruch der eigentlichen Expedition und endete mit erheblichen Mühen in der Rettung des Teams. Spät im Jahr bekam der Amerikaner Engelbart ein Patent auf die Computer Maus – ziemlich unbemerkt von der großen Öffentlichkeit. Computer waren 1970 etwas für wissenschaftliche Eliten.

Im Herbst 1969 trat nach der Bundestagswahl die erste sozial-liberale Koalition ihre Arbeit an. Bundeskanzler Willy Brandt mit dem Außenminister Walter Scheel begannen mit der Politik der kleinen Schritte, die letztendlich Willy Brandt den Nobelpreis einbrachte. Im März trafen sich Willy Brandt

und Willi Stoph (Ministerpräsident der DDR) in Erfurt, der Besuch wurde von W. Stoph im Mai mit einem Gegenbesuch in Kassel erwidert. Diese Begegnungen weckten große Hoffnungen!

Im August wurde der Moskauer Vertrag unterzeichnet. Im damaligen Ostblock unter der starken Führung der Sowjetunion konnte ein Ausgleich mit Polen oder anderen Staaten erst erfolgen, wenn man zuvor mit Moskau „seinen Frieden“ gemacht hatte. Der Warschauer Vertrag wurde im Dezember unterzeichnet. Im Verlauf des Besuches von Bundeskanzler Brandt in Warschau zur Unterzeichnung des Vertrages, legte Brandt einen Kranz nieder zum Gedenken an die Opfer des Aufstandes des Warschauer Ghettos 1944. Hier kam es zu dem bekannten Kniefall des Bundeskanzlers, der den festen Willen zur Versöhnung mit den östlichen Nachbarn deutlich machte. Beides wichtige Papiere zum Ausgleich mit unseren Nachbarn und wichtige Schritte hin zu einer Wiedervereinigung, was damals aber keiner wusste oder gar glaubte. In den innerdeutschen Auseinandersetzungen wurde an Schärfe nicht gespart. Da fiel die Gründung einer „Roten Armee Fraktion“ nicht sonderlich auf, als Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und andere Andreas Baader aus der Haft befreiten.

Aus „Unser AUFTRAG“ Nr. 38, 1970:

Friedensforschung

VON HELMUT FETTWEIS

► Unter dieser Überschrift werden wir in Zukunft Artikel, Meinungen und Schwerpunktinformationen bringen, die zu diesem Thema gehören. Dabei wird es eine unserer – der Soldaten – Aufgaben sein, die Dinge von unserem Standpunkt zu betrachten. Wir sind kraft Auftrag

unseres frei gewählten Parlaments als Institution berufen, die Bundesrepublik Deutschland zu schützen und ihr treu zu dienen. Wir vollziehen diesen Dienst bereits im Frieden. Einmal dadurch, dass wir für die demokratische Ordnung eintreten – im staatsbürgerlichen Unterricht,

durch unser Beispiel und das freimütig geführte Gespräch –, dass wir unseren Soldaten ein bestmögliche Ausbildung vermitteln –, dadurch erhalten wir eine hohe Abschreckungswirkung – und unter anderem auch dadurch, dass wir zu den Gedanken und den Frieden unseren Beitrag leisten.

Damit sind wir aber auch verpflichtet, Illusionen und Utopien entgegenzutreten, immer und überall da, wo sie auftauchen. Weiterhin glauben wir uns berechtigt, nicht nur das Vordergründige

zu zeigen, sondern auch die Hintergründe zu durchdenken. Wir müssen uns auch Gedanken um das Ethos des Soldaten und alle möglichen Folgen machen. In diesem Zusammenhang sind

die nachfolgenden Veröffentlichungen zu sehen. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sie können aber Anregung sein, sich Unterlagen über dieses Thema selbst zu beschaffen. ◀

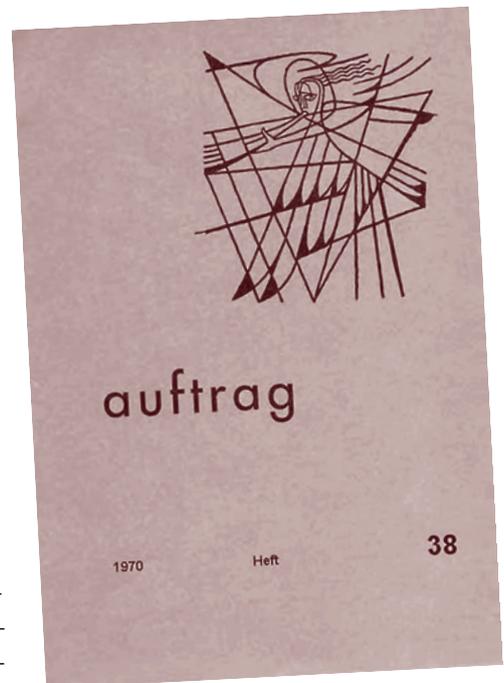
Aus „auftrag“ Nr. 38, 1970:

Vom Sinn und Unsinn gleichmachender Gerechtigkeit

VON HELMUT FETTWEIS

► Ein alter lateinischer Spruch lautet „Suum cuique“ – jedem das seine. Die alten Römer, Meister der Staatskunst von vor 2000 Jahren, wussten um die Bedeutung einer solchen prägnanten Formel. Ganz bewusst haben sie niemals der Versuchung nachgegeben, für jeden das gleiche zu fordern. Und heute bei uns? Man fordert ständig Gleichheit. Aber mit welchem Recht? Meist aus einer falsch verstandenen Gerechtigkeit. Man glaubt, dass der Staat jedem gleiche Opfer abverlangen muss, berücksichtigt dabei aber nicht die individuelle Verschiedenheit und die jeweilige Notwendigkeit zum Opfer. Ein demokratischer Staat aber darf und kann von seinen Bürgern nur die Opfer verlangen, die unumgänglich notwendig sind. Und sein ernsthaftes Bemühen muss der gerechten Verteilung der notwendigen Opfer gelten. Welche Opfer aber sind notwendig? Zunächst muss an der Spitze ein Beitrag zur Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit stehen. Die innere Sicherheit garantieren die fortlaufend zu überprüfende und weiter zu entwickelnde soziale und rechtliche

Aufschließung von Staat und Gesellschaft und die mit deren Schutz beauftragten Organe. Das soll hier zu-



Helmut Fettweis

Helmut Fettweis trat im Alter von 18 Jahren in die Wehrmacht ein und nahm am Zweiten Weltkrieg teil. Von 1956 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1979 war Fettweis Berufsoffizier der Bundeswehr, zuletzt im Rang eines Oberst. Von der Gründung der Bundeswehr an engagierte er sich beim Aufbau einer organisierten Laienarbeit in der Katholischen Militärseelsorge und gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Königsteiner Offizierkreises (KOK). Ab 1962 gehörte er dem Bundes-



vorstand des Offizierkreises an, ab 1970 auch dem Bundesvorstand der Nachfolgeorganisation Gemeinschaft Katholischer Soldaten.

Seit der Gründung im Jahr 1960 war er Redakteur der Verbandszeitschrift Königsteiner Offizierbriefe (KOB), ab 1966 als Chefredakteur. In dieser Funktion verblieb er auch nach der Umwandlung der Zeitschrift in das Verbandsorgan der GKS unter dem Titel AUFTRAG bis 1990. Bis 2004 war er korrespondierendes Mitglied der Redaktion.

nächst nur am Rande erwähnt sein. Die äußere Sicherheit für Leben und Wirken eines Volkes kann man aber heute, im 20. Jahrhundert, leider noch nicht mit Friedenschalmeien garantieren. Hierzu ist eine Armee notwendig. Wer etwas anderes behauptet, ist Utopist oder sogar auf Vernichtung dieses Staates aus. Sicherlich ist es

unerlässlich, eine Friedenssicherung ohne Waffen anzustreben. Im Augenblick aber zeichnet sich weit und breit noch nicht einmal eine Theorie ab, geschweige denn die unbedingt notwendige praktische Spielregel. Eine gewisse Sicherheit bietet allein eine Rüstung, die andere abschreckt, ihre Vorstellungen mit Waffengewalt zu

verbreiten. Wenn diese Rüstung mit mehreren anderen demokratischen Staaten gemeinsam in einem Bündnis betrieben und ständig politisch kontrolliert wird, wird sie narrensicher und vor Missbrauch geschützt. Um diese Seite, die politische Kontrolle, brauchen wir uns also zurzeit keine Sorgen zu machen. ◀

1976

In der Bundesrepublik Deutschland ist Helmut Schmidt Kanzler und gewinnt die Bundestagswahl, Helmut Kohl wird Oppositionsführer. Es ist die Zeit der Roten Armee Fraktion (RAF), deren Mitglied Ulrike Meinhof im Mai im Gefängnis Selbstmord verübt. In Ost-Berlin wird feierlich der Palast der Republik eröffnet.

Als Wolf Biermann in Köln auftritt, nutzt das Regime die Gelegenheit und bürgert ihn aus. Die Stationierung der Mittelstreckenrakete SS 20 in der DDR beginnt, die NATO beschließt daraufhin allgemein, die eigene Schlagkraft zu steigern. Dass im Herbst 1975 die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet wurde und die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) gegründet wurde, konnte diese neue Runde des Wettrüstens nicht verhindern. Die langfristige Wirkung dieser Ge-

schehnisse konnten noch nicht überblickt werden.

Eine entführte Air France Maschine wird auf dem Flugplatz von Entebbe (Uganda) von einer israelischen Spezialeinheit befreit.

Amerika feiert das „Bicentennial“, die Zweihundertjahresfeier, und Jimmy Carter wird zum nächsten Präsidenten gewählt, Steve Jobs und Steve Wozniak gründen Apple Inc. In China stirbt Mao Tse Tung, die Kulturrevolution findet ihr Ende.

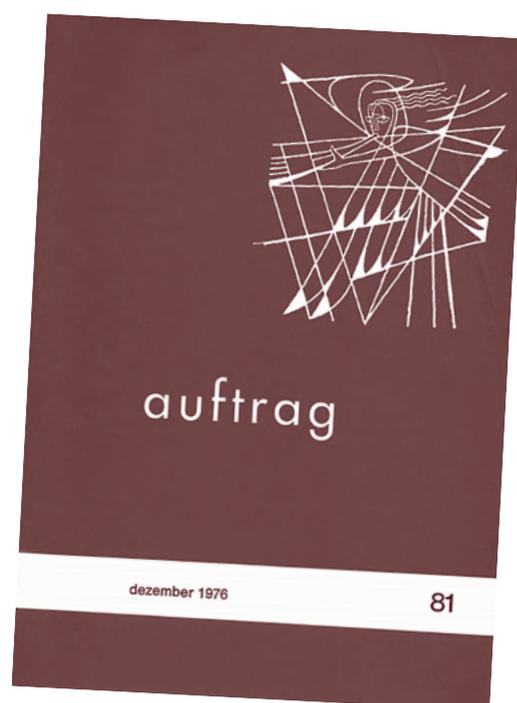
Aus „auftrag“ Nr. 81, 1976:

„Willst du den Frieden, verteidige das Leben“

VON FELIX BULLMANN

► Von Papst Paul VI. stammt der Satz: „Wenn Krieg ein anderer Name für Tod ist, dann ist Leben ein anderer Name für Frieden.“ Das ist ein interessanter und aufhorchen machender Satz. Er sagt gewissermaßen in knappster Form aus, wie das (als Überschrift gewählte) Leitwort des Weltfriedenstages 1977 verstanden werden kann und wohl auch verstanden werden soll. Die Formulierung „... ein

anderer Name für Frieden“ ist uns überdies seit längerem geläufig und vertraut. Schon vor dem II. Vatikanischen Konzil war im kirchlichen Bereich der Gedanke aufgekommen, dass man von „Entwicklung“ als einem, ja als dem neuen Namen für Frieden sprechen könne. Es war denn auch wie eine Wegweisung, als das Konzil und die Enzyklika



„Populorum Progressio“ diese Formulierung übernahmen und propagierten. In der Folgezeit beeinflussten die Kraft und Dynamik dieser Gleichsetzung von Entwicklung und Frieden das kirchliche Bemühen um Frieden, nämlich die theologische und geistige Deutung wie auch den praktischen Einsatz, außerordentlich. Wie stark dieser Antrieb war, zeigt beispielsweise das Beschlussdokument der gemeinsamen Synode der Bischöfe „Der Beitrag der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland für Entwicklung und Frieden“.

Der Begriff „Frieden“ ist allerdings der Inbegriff für viele Aussagen über das, was Menschen zum Wohl und Heil gereicht und gereichen soll. Es wäre zu wenig und zu dürftig, wollte man nur eine Seite, nur eine Facette dieses kostbaren Wertes betrachten und daran die Wirklichkeit messen. Der Frieden hat eben viele andere Namen, sicher auch vielen „neue“ Namen; Namen also, die die Menschen von heute betreffen und betroffen machen müssen. Ein solch anderer, ein solch neuer Name des Friedens ist „Leben“. Der Heilige Vater hat mit dem Leitwort des Weltfriedenstages 1977 eine neue Dimension des Nachdenkens über den Frieden aufgetan. Es könnte dieses Erachtens für die „Friedensforschung“ und Friedensarbeit der Kirche ungemein befruchtend sein, wenn man sich jetzt und zumindest eine Zeit lang konzentrierte auf das, was sich aus dem Sinnzusammenhang zwischen „Frieden“ und „Leben“ für unser Menschsein ergibt.

„Verteidige das Leben“ – das ist eine Formulierung, die auch und gerade den Soldaten aufhorchen macht. Er weiß ja bzw. sollte wissen, was „verteidigen“ bedeutet.

Der Soldat der Bundeswehr gelobt oder schwört, „... das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“. Die Pflicht zu „verteidigen“ hat also für ihn etwas zu tun mit jenem Recht und jener Freiheit, die

für ein gedeihliches Leben von Volk Nation und Staat wesentlich sind. Sie hat außerdem etwas zu tun mit jener Tapferkeit, die egoistische Selbstgenügsamkeit ausschließt.

Der Soldat im Geltungsbereich des Nordatlantikvertrages sollte wissen, dass die Partner in der NATO entschlossen sind, „die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten“; dass sie entschlossen sind, „ihre Bemühungen für die gemeinsame Verteidigung und für die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit zu vereinigen“ (Präambel des Vertrags). Die Pflicht zu „verteidigen“ hat also für ihn etwas zu tun mit der Solidarität in einem Bündnis, das über die nationalen Grenzen hinaus ein gedeihliches politisches und öffentliches Leben in guter Nachbarschaft und Zusammenarbeit garantieren soll.

Der Soldat im Geltungsbereich der Charta der Vereinten Nationen sollte wissen, zu was sich eben die Vereinten Nationen auf Treu und Glauben verpflichtet haben. Dass sie sich nämlich entschlossen erklärten, „... die kommenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, ... sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen bei größerer Freiheit zu fördern ...“ und die „Macht zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrecht zu erhalten“ (Präambel der Charta). Die Pflicht zu „verteidigen“ hat also für ihn etwas zu tun mit der Schaffung besserer Lebensbedingungen für die gesamte Menschheit. Welch eine Motivation, würde sie nur so und nicht anders verstanden!

Ist der Soldat auch in Pflicht genommen für die Verteidigung des Lebens – so direkt gesagt? Ist sein Dienst auch ein Dienst für die Sicherung und Förderung des Lebens? Ein kühner und zunächst paradox erscheinender Ge-

danke. Auf den ersten Anhub ebenso wenig einleuchtend wie die Gedankenverbindung von Soldat und Frieden. Der Soldat bedient doch Waffen, und Waffen vernichten oder verletzen das Leben; moderne Waffen können gar Massenvernichtungsmittel mit grauenhaften, kaum vorstellbaren Auswirkungen sein. Auch in unserer Zeit fordern Kriege, Revolutionen und Konflikte aller Art Hekatomben von Men-

Felix Bullmann

Vom Autor Felix Bullmann fand die Redaktion leider weder ein Bild noch nähere Informationen. Dennoch drucken wir seinen Aufsatz (zumindest den ersten Teil) noch einmal ab, denn er behandelt existenzielle Fragen des Soldatenberufes. Er nimmt Bezug auf das Motto des Weltfriedenstages 1977, welches Papst Paul VI. damals gewählt hatte, und behandelt danach die Problematik, wie in den Zeiten des „atomaren Overkills“ das Leben und das Leben anderer noch zu schützen wäre. Die Redaktion hofft, dass der erste Teil dazu veranlasst, in unserem elektronischen Archiv den ganzen Artikel zu lesen.

schenleben. Wie kann da ausgerechnet der Soldat von sich und seinem Dienst behaupten, auch er verteidige das Leben?

Die Häufung des „auch“ in den vorausgegangenen Sätzen ist bemerkenswert. Denn wenn der Soldat von seinem Einsatz für das Leben spricht, dann tut er es in dem Wissen, dass viele andere in vielfältiger und vielfach wirksamer Weise unentbehrlichen Einsatz am Leben und für das Leben meistern. Er soll und darf den einen mit dem anderen Einsatz nicht wertend vergleichen. Aber er soll und darf die Eigenart seines Einsatzes für das Leben heraus-

stellen: der soldatische Dienst ist ein Beitrag zu den politischen Vorkehrungen, die verhindern, dass Leben durch kriegerische Auseinandersetzungen gefährdet oder vernichtet wird. Und das gilt für Freund und Feind! Soldatische Einsatzbereitschaft ist mithin ein Beitrag zur Kriegsverhinderung, freilich nur dann, wenn sie im Sinne der Verteidigung, der Sicherung des Friedens verstanden und geleistet wird.

Der soldatische Dienst kann nur Dienst zur Verteidigung des Lebens sein, wenn der Soldat die möglichen ernstesten Folgen seiner Einsatzbereitschaft ernst nimmt. Er kann und darf nicht ausschließen, dass er im Verteidigungsfall sein Leben und seine Gesundheit in die Waagschale werfen muss. Er muss damit rechnen, dass es dazu kommen kann, dass er sein Leben für andere hingibt. Er muss dieses

Wissen tapfer auf sich nehmen. Für den Soldaten könnte es in äußerster Konsequenz heißen: „Wenn du den Frieden willst, verteidige das Leben anderer durch den totalen Einsatz deines Lebens!“ Auch aus einer solchen Entschlossenheit vermag die Einsicht zu erwachsen, dass politisches Verhandeln um den Frieden vernünftiger und erfolgreicher ist als kriegerische Auseinandersetzung. ◀

1981

1981 war ein „friedensbewegtes Jahr“, wobei manch ein Friedensfreund einfach verdrängte, dass 1979 die UdSSR in Afghanistan einmarschiert war und nach der Revolution im Iran (mit Sturz des Schah) ein blutiger Krieg zwischen Iran und Irak ausbrach, in dessen Verlauf auch Jugendliche als Soldaten eingesetzt wurden und Giftgas eine beliebte Angriffswaffe war.

In den Vereinigten Staaten wurde im Januar 1981 Ronald Reagan als Präsident vereidigt, der sich vorgenommen hatte, das Wettrüsten zu gewinnen.

Im Mai 1981 wurde auf Johannes Paul II. ein Attentat verübt, bei dem er schwer verletzt wurde. Der polnische Kardinal Wyszynski starb und damit verlor die freie Gewerkschaft Solidarnosc einen ihrer wichtigsten Fürsprecher. Im Dezember verhängte General Jaruzelski das Kriegsrecht, um einen befürchteten Einmarsch von Warschauer Pakt Truppen – ähnlich wie in der Tschechoslowakei 1968 – zu verhindern.

Im Oktober wurde in Ägypten der langjährige Präsident Anwar Assadat während einer Militärparade erschossen, Nachfolger wird Hosni Mubarak.

In der Bundesrepublik gewann die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Richard von Weizsäcker die Berliner Wahlen, von Weizsäcker wird Regierender Bürgermeister. Im Oktober 1981 versammeln sich 300.000 Menschen im Bonner Hofgarten, um gegen die Aufrüstung zu protestieren.

Die Ausgabe Nummer 116/117 erschien als Doppelausgabe gegen Ende des Jahres.

Aus „auftrag“ Nr. 116/117, 1981:

Pazifismus als Flucht?

VON JOSEF BENNEMANN

► Sie wolle lieber rot sein als tot, und im übrigen betrachte sie das Gerede über die Gefahr aus dem Osten als Märchen, sagte Uta Ranke-Heinemann kürzlich im Fernsehen. So einfach ist das. Wie wohltuend dagegen die Antwort von Bundeskanzler Schmidt auf dem evangelischen Kirchentag, er wolle eben seine ganze Kraft daran setzen, das deutsche Volk vor dieser Alternati-

ve zu bewahren, und er glaube an den Erfolg solcher Bemühungen. Auch für sich persönlich könne er auf eine solche Alternative keine Antwort geben, weil existenzielle Antworten auf existenzielle Fragen nicht hypothetisch, sondern nur in der konkreten Situation gegeben werden könnten. Haben auf diesem Kirchentag die Streiter für den Frieden ihre Feinde geliebt

oder die Veranstalter das Fürchten gelehrt? Folgten sie der Aufforderung der Bergpredigt, über das Tötungsverbot hinaus alle Kraft an die Versöhnung zu setzen? Kann eine überschwärmende Sehnsucht nach Frieden nicht auch ein Schritt auf dem Wege zum Krieg sein? Stimmt das Wort der Alten: willst du den Frieden, bereite den Krieg? Lassen Sie mich ein fast schon verges-

Josef Bennemann

Dr. Josef Bennemann war von 1969 bis 1988 Direktor der Akademie Klausenhof, einer Bildungsstätte der katholischen Kirche; dort führte die GKS manche Veranstaltung durch. Das Bild zeigt Josef Bennemann bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes. Sein Artikel wurde aus der Zeitschrift entnommen: Aktuell, Zeitung der Akademie Klausenhof, 3./Juli 1976.



senes Wort von Johannes XXIII. aus der Sozialzyklika „*pacem in terris*“ aus dem Jahr 1963 zitieren: „Als rechtfertigenden Grund für die militärische Rüstung pflegt man anzugeben, dass unter den gegenwärtigen Umständen der Frieden nur durch das Gleichgewicht der Rüstungen gesichert werden kann ... Gerechtigkeit, gesunde Vernunft und Rücksicht auf die Menschenwürde fordern dringend, dass der allgemeine Rüstungswettlauf aufhört; dass ferner die in verschiedenen Staaten bereits zur Verfügung stehenden Waffen auf beiden Seiten und gleichzeitig vermindert werden; dass Atomwaffen verboten werden; ...“ Allerdings müssen alle davon überzeugt sein, dass das Ablassen von der Rüstungssteigerung, die wirksame Abrüstung oder – erst recht – die völlige Beseitigung der Waffen so gut wie unmöglich sind, wenn dieser Abschied von den Waffen nicht allseitig ist und auch die Gesinnung erfasst, d.h., wenn sich nicht alle einmütig und aufrichtig Mühe geben, dass die furcht- und die

angstvolle Erwartung eines Krieges aus den Herzen gebannt werden. Dies setzt aber voraus, dass an die Stelle des obersten Gesetzes, worauf der Friede sich heute stützt, ein ganz anderes Gesetz trete, wonach der wahre Frieden unter den Völkern nicht durch die Gleichheit der militärischen Rüstung, sondern nur durch gegenseitiges Vertrauen fest und sicher bestehen kann.

Wir sind entschieden der Meinung, dass dies geschehen kann, da es sich um eine Sache handelt, die nicht nur von den Gesetzen der Vernunft befohlen wird, sondern auch höchst wünschenswert und überaus segensreich ist. Fazit: Rüsten kann wohl nur dann vermieden werden, wenn durch Miteinander Reden Vertrauen geschaffen worden ist. Was ist die Bilanz der vergangenen zehn Jahre? Ohne Zweifel ist doch die Angst durch die Vorrüstung des Ostblocks entstanden, nicht durch den Willen zur Nachrüstung, der sich jetzt im Westen regt.

Großen gesellschaftlichen Veränderungen geht häufig eine große geistige Verwirrung voraus. Man wird unwillkürlich an die Bibelworte vom falschen Propheten und von der Notwendigkeit der Unterscheidung der Geister erinnert. Vor allem fehlt mir bei den Diskussionen und Demonstrationen eine Würdigung des Wertes der Freiheit. Frieden schaffen ohne Waffen geht nach Johannes XXIII. nur, wenn Vertrauen wächst. Sein Weg: „Wir meinen ein Gleichgewicht, das auf gegenseitigem Vertrauen, auf aufrichtiger Gesinnung bei Vertragsabschlüssen und auf unverletzlichen Vereinbarungen gegründet ist. Diese Frage soll aber von allen Seiten so erwogen werden, dass eine Grund-

lage gefunden wird, auf der freundschaftliche, feste und segensreiche Bündnisse entstehen können ...“ Eine weitere Forderung ist, „dass die gegenseitigen Beziehungen der Staaten in Freiheit zu ordnen sind. D.h., dass keine Nation das Recht hat, irgendetwas zu tun, wodurch sich andere ungerechtfertigter Weise unterdrückt oder sich ungebührlich in deren Angelegenheiten einmisch.“ In der Tat wird zu wenig miteinander geredet, auch mit den Kommunisten, den möglichen Gegnern, den Unterdrückten der Freiheit, kann Vertrauen nur wachsen, wenn wir nicht weniger, sondern mehr miteinander reden und verhandeln. So ist auch wohl die derzeitige Politik die einzig mögliche, leider so lange rüsten zu müssen, bis durch das Miteinander Verhandeln auch beim Gegner Vertrauen wächst. Wenn das Gleichgewicht des Schreckens nicht durch ein Gleichgewicht des Vertrauens ersetzt werden kann, führt der Abbau des Gleichgewichtes zu einem großen Schrecken ohne Ende. ◀



1986

Das Doppelheft erscheint im Monat Oktober, dem Monat, in dem Papst Johannes Paul II. zum ersten Weltgebetstag in Assisi eingeladen hatte. Im April zuvor hatte er als erster Papst in der Geschichte eine jüdische Synagoge in Rom besucht.

Das Jahr selbst begann mit dem Unglück, dass in Amerika die Raumfähre Challenger im Januar beim Start explodiert. Alle sieben Astronauten fanden den Tod. Einen Paukenschlag erlebte die Welt im Februar, als in Moskau der Parteitag der KPdSU Michail Gorbatschow zum Generalsekretär wählte, der kurz darauf seine Leitlinien der Perestroika (Umgestaltung)

und Glasnost (Offenheit) bekanntgab. Die Umsetzung ließ zu wünschen übrig, als Ende April der Atomreaktor in Tschernobyl explodierte und die Öffentlichkeit nach „alter Schule“ nur scheinbar informiert wurde. Dass die Amerikaner im April Luftangriffe auf Tripolis und Bengasi flogen, nachdem bekannt wurde, dass Libyer den Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ begangen hatten, ging darüber (fast) völlig unter. In Deutschland tötete die RAF im Juli das Vorstandsmitglied des Siemens Konzerns Karl-Heinz Beckurts und im Oktober den Diplomaten Gerold von Braunmühl.



Elke Fettweis

Die Autorin des Artikels war damals als Studentin journalistisch tätig, später auch als freie England-Korrespondentin des Rheinischen Merkurs und weiteren verschiedenen Pressediensten. Zurück in Deutschland leitete sie zehn Jahre die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bonner Caritasverbandes e.V., absolvierte die Prüfung zur PR-Beraterin und machte sich vor zehn Jahren mit dem DIX Verlag selbstständig (www.dix-verlag.de). Mit ihrem Mann und ihrer 17jährigen Tochter lebt sie in Düren.

(Foto: DIX Verlag, 2013)

Aus „auftrag“ Nr. 158/159, 1986:

Kirche und Presse

VON ELKE FETTWEIS

► Aus Anlass des 20. Welttages der Sozialen Kommunikationsmittel hatte der Erzbischof von Köln, Joseph Kardinal Höffner, Journalisten am 29.04.1986 in die Diözesan- und Dombibliothek des Kölner Maternushauses gebeten. Nach einer kurzen Begrüßung durch die Pressereferentin des Bistums, Gertrud Zellekens, hielt der Kardinal an die recht zahlreich erschienenen Publizisten eine Ansprache, in deren Mittelpunkt das vom Papst für diesen Tag gewählte Thema „Soziale Kommunikationsmittel und christliche Bildung der öffentlichen Meinung“ stand.

Kardinal Höffner dankte zu Beginn seiner Rede den anwesenden Journalisten für ihr Interesse und Wohlwollen, mit dem sie über Ereignisse sowohl in der Welt- als auch der Kölner

Kirche berichtet hätten. Er sei sich der Mühe und Sorgfalt bewusst, die diese Berichterstattung erfordere, hoffe aber, dass sie gleichzeitig berufliche Freude gebracht habe.

Joseph Kardinal Höffner warf die Frage auf, ob es in der deutschen Gesellschaft überhaupt eine gemeinsame, kollektive öffentliche Meinung gebe oder ob man nicht vielmehr auf allen Gebieten eine Vielfalt öffentlicher Meinungen vorfinde.

Mensch und Welt stünden in ihren Dimensionen unter dem Gesetz der Vielfalt in der Einheit, wobei die Vielfalt teils als dynamische Spannung, teils aber auch als nicht integrierte Gegensätzlichkeit erscheine. „Der Pluralismus der öffentlichen Meinungen, wie er in unserer Gesellschaft herrscht, ist etwas wesentlich ande-

res, nämlich die verwirrende Gegensätzlichkeit letzter Sinndeutungen des Menschen und der Welt. Auf dem Markt der Lebensdeutungen herrscht ein unüberschaubares Sammelsurium von Angeboten und ein noch schnellerer Verschleiß.“

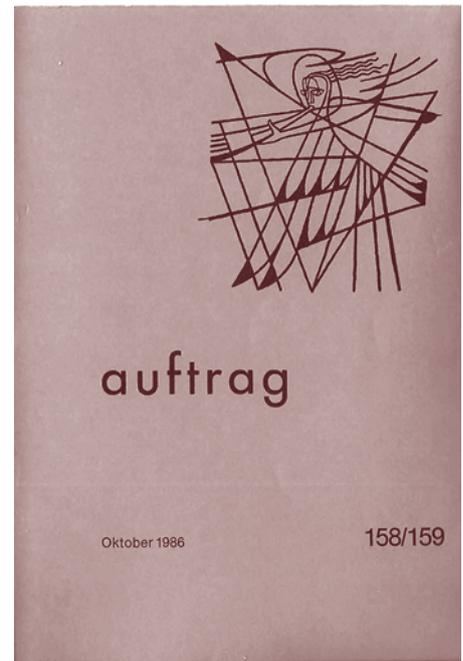
In diesem Zusammenhang hob Kardinal Höffner die Chance der modernen Kommunikationsmittel hervor, die – und hier zitiert er Papst Johannes Paul II. – „ständig wachsenden Einfluss auf die öffentliche Meinung gewinnen“, gleichzeitig aber auch „eine moderne, wirksame Form der Kanzel“ darstellten.

In seiner Botschaft zum diesjährigen Welttag der Sozialen Kommunikation weist der Papst darauf hin, dass der Einfluss der öffentlichen Meinung besonders groß bei denen sei, die we-

gen ihres jugendlichen Alters oder aus Bildungsmangel unfähig zu einem kritischen Urteil seien und sich deshalb dem Druck der öffentlichen Meinung nicht entziehen könnten. Aus diesem Grund appelliere der Papst an die Verantwortung all jener, die beruflich auf dem Gebiet der sozialen Kommunikation tätig sind. Sie müssten sich verpflichtet fühlen, eine öffentliche Meinung zu bilden und zu verbreiten, die der Wahrheit und dem Guten entspreche. Dabei gehe es dem Papst in der Hauptsache um folgende Aspekte: Um eine öffentliche Meinung, die feinfühlig sei gegenüber dem absoluten Wert des menschlichen Lebens von der Empfängnis bis zum Tod; um die Bildung einer öffentlichen Meinung über Ehe und Familie, die dem wahren Wohl der Menschheit entspreche; um die Verwirklichung einer öffentlichen Meinung für den Frieden und für alles, was ihn aufbaue und erhalte, wobei zunächst die geistige Abrüstung in den Herzen und dann die der Vernich-

tungswaffen erwirkt werden müsse. Als besonders dringlich erachte der Papst außerdem die Bildung einer öffentlichen Meinung, auf sittlichem und religiösem Gebiet, denn der Verlust der im tiefsten Sinn menschlichen, sittlichen und religiösen Werte, der zum Nihilismus führe, liege als ernste Bedrohung über der Menschheit.

Und als letztes dieser Anliegen bitte der Papst alle publizistisch Tätigen, eine korrekte öffentliche Meinung über Wesen, Sendung und Wirken der Kirche zu bilden. Mit dieser Botschaft wende sich der Papst besonders an die Christen unter den Publizisten, denn ihre Aufgabe sei es, einen Beitrag zur christlichen Bildung der öffentlichen Meinung zu leisten. „In den Dienst des Evangeliums gestellt, vermöchten die Kommunikationsmittel den Bereich der Vernehmbarkeit des Wortes Gottes fast unbegrenzt auszuweiten“, zitiert Joseph Höffner Papst Johannes Paul II. Weiterhin betone der Papst, dass der Beruf des Publizisten Mut und Konse-

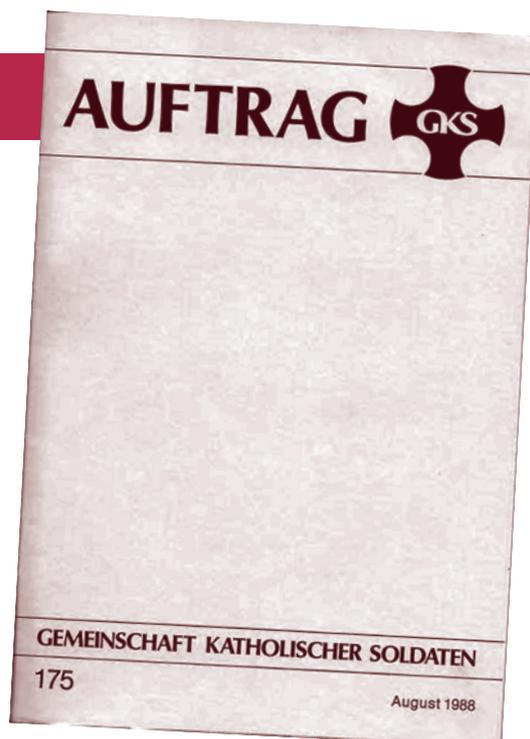


quenz erfordere und ein Dienst an der Wahrheit und an der Freiheit sei. Deshalb – so der Kardinal zum Abschluss seiner Ansprache – leiste derjenige einen Beitrag für die Freiheit, der für die Bildung einer öffentlichen Meinung arbeite, die der Wahrheit entspreche. ◀

1988

Im August 1988 erscheint das 175. Heft. Einer der Schwerpunkte ist die 30. Internationale Soldatenwallfahrt nach Lourdes, von der ein wehrpflichtiger Obergefreite, Frank Heidenescher berichtet und seine Eindrücke schildert.

Im Februar betonte Gorbatschow in Moskau, dass jeder sozialistische Staat sein gesellschaftliches System frei wählen könne. Sein System der Perestroika setzt er folgerichtig fort, in dem er die Sowjetunion im Genfer Abkommen vom April 1988 zum Abzug der sowjetischen



Truppen aus Afghanistan verpflichtet, der schon im Mai beginnt. In Moskau wird die erste nichtkommunistische Partei gegründet.

In Österreich wird die Nationaldemokratische Partei verboten – zuviel Nationalsozialismus und die DDR verbietet die sowjetische Zeitschrift „Sputnik“ – zuviel Glasnost.

Frank Heidenescher

Der Autor des Artikels ist Frank Heidenescher, der zu dieser Zeit wehrpflichtiger Obergefreiter aus Fürstenu war. Weiteres ist der Redaktion nicht bekannt, ein Bild liegt nicht vor.

Aus „auftrag“ Nr. 175, 1988:

30. Internationale Soldatenwallfahrt Lourdes

Eindrücke und Erfahrungen eines wehrpflichtigen Teilnehmers Ein Versuch einer Stellungnahme

FRANK HEIDENESCHER

► Es ist sicherlich schwierig, die Eindrücke einer Internationalen Soldatenwallfahrt zum französischen Marienwallfahrtsort Lourdes zu schildern und in Worte zu fassen. Zu reichhaltig sind die Begegnungen mit Menschen der verschiedenen Nationen und Rassen; zu tiefgreifend ist für manchen die Begegnung mit Gott und die Erfahrung seiner Nähe. Man möge mir verzeihen, wenn manches stümperhaft und bruchstückhaft bleiben wird.

Der Autor schließt seinen Bericht: Man kann keinen zusammenfassenden

Schlussstrich unter diese Wallfahrt setzen. Und das soll man auch nicht. Die Erfahrungen der internationalen Begegnungen, aber auch die Erfahrungen im Glauben müssen wachsen und reifen und bekommen nur dann einen Sinn, wenn sie in den Alltag mit eingebracht werden. Ist nicht ein sichtbares Zeichen gesetzt, wenn man den Mut aufbringt, als Soldat im Speisesaal vor dem Essen das Kreuzzeichen zu machen? – Ein besonderer Eindruck für mich ist sicherlich im Nachhinein, wie offen und herzlich das Verhältnis

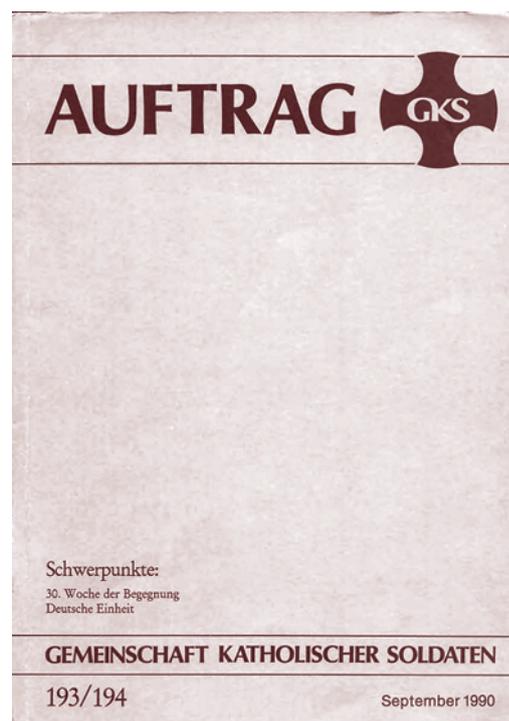
der Soldaten unterschiedlicher Dienstgrade war. So ergaben sich oftmals – in allem Respekt voreinander – fruchtbare Dialoge. Für Soldaten des Zeltlagers mag diese Erfahrung sicher noch intensiver gewesen sein.

Man kann sich Lourdes nicht aus purer Reiselust nähern. Es ist unvermeidlich, dass man vom gemeinsamen Gebet gefangen und mitgerissen wird. Lourdes ist auch eine zweite Reise wert. ◀

1990

Das Doppelheft 193/194 erscheint im September 1990. Das Jahr ist geprägt von der Wiedervereinigung am 3. Oktober. Vorangegangen war im März die erste freie Wahl zur Volkskammer der DDR mit anschließenden Verhandlungen, die über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im Juli zum Beitritt der wieder hergestellten Länder der DDR führen. Im „Zwei-plus-vier-Vertrag“, der in Moskau unterzeichnet wird, werden die teilweise vorhandenen Bedenken der Alliierten zur Wiedervereinigung ausgeräumt.

Im Ostblock erklären sich immer mehr Staaten für unabhängig und in der „Charta von Paris“ wird die Spaltung Europas in Ost und West im Kalten Krieg für beendet erklärt. Dass die Welt nicht dauerhaft friedlich ist, wird im Ausbruch des Zweiten Golfkrieges deutlich, der durch den Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait im August beginnt.



Aus „AUFTRAG“ Nr. 193/194, 1986:

Erklärung der evangelischen und katholischen Kirchen für eine gemeinsame Zukunft

*Liebe Schwestern und Brüder,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!*

► In diesen wichtigen und schwierigen Tagen des Übergangs zu einer neuen gemeinsamen Ordnung der Deutschen möchten wir uns an Sie alle wenden.

So, wie das in vielen Begegnungen der Menschen von Anführungszeichen „hüben“ und „drüben“ auch sonst geschieht, haben wir als katholische und evangelische Bischöfe im Gespräch miteinander versucht, unsere Erfahrungen über die Situation in beiden Teilen Deutschlands auszutauschen. Dies ist nicht einfach. Lebensgeschichten und Erfahrungshorizonte sind spürbar verschieden.

Vielleicht können Ihnen unsere Überlegungen eine Hilfe zur eigenen Orientierung sein. Denn wir müssen uns darauf einstellen, dass wir in den kommenden Monaten erneut und auf schmerzliche Weise die Folgen aus der Geschichte unseres Volkes in den vergangenen Jahrzehnten zu spüren bekommen. Darum wollen wir uns bewusst einander zuwenden, wie es die Heilige Schrift ohnehin den Christen nahelegt: „Lasst uns aufeinander achten und uns zur Liebe und zu guten Taten anspornen.“ (Hebräer 10,24)

I.

Wir alle sind Zeugen und mehr oder weniger Mitbetroffene eines tief greifenden politischen Wandlungsprozesses in einer Intensität und einer

Schnelligkeit, wie Menschen ihn wohl nur selten erleben. Die Nachkriegszeit mit der Zweiteilung Deutschlands und Europas sowie der bedrohlichen Konfrontation geht – wie wir zuversichtlich hoffen – ihrem Ende entgegen. Wir sagen aus Herzen: Gott sei Dank!

Im Augenblick aber scheinen Unsicherheiten und Sorgen die erste Freude und die Dankbarkeit fast zu erdrücken. Der Übergang zu neuer menschlicher und staatlicher Gemeinsamkeit ist schwierig. Dies darf man offen und gelassen aussprechen. Wir sollten uns keinen Illusionen hingeben. Wir brauchen uns aber auch nicht von Ängsten lähmen zu lassen, sondern wir haben Grund, zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Gott hat uns vor große Aufgaben gestellt ...

... Kleinliches Denken und Handeln dürfen nicht die Chance dieser geschichtlichen Stunde zunichte machen. Es geht um die Zukunft nicht nur unseres Landes, sondern um die friedliche Zukunft Europas. „Denkt daran: wer kärglich sät, wird auch kärglich ernten; wer reichlich sät, wird reichlich ernten.“ (2. Korinther 9,6)

IV.

Es ist nicht verwunderlich, wenn wir Deutschen seit Monaten stärker mit uns selber beschäftigt sind. Die Mahnung freilich ist berechtigt: das Ge-

Die Autoren

Diese Erklärung, die wir in Auschnitt nochmals veröffentlichen, wurde von den Bischöfen:

- **Christop Demke**, Magdeburg
- **Karl Lehmann**, Mainz
- **Georg Sterzinsky**, Berlin
- **Martin Kruse**, Berlin

für die beiden großen Kirchen in Deutschland unterschrieben.

spür für die richtigen Proportionen zu behalten und den Blick für größere, wenn auch weiter von uns entfernte Probleme nicht zu verlieren. Dabei ist es ein Unterschied, ob ein zur Ruhe gekommenes einiges Deutschland in der Mitte Europas sich den weltweiten Problemen zuwendet oder ob ein gespaltenes Deutschland, seiner selbst nicht ausreichend gewiss, andere mit seiner Unsicherheit und Unruhe überzieht. Auch in dieser Hinsicht können die jüngsten Entwicklungen bei uns allen Völkern zugute kommen.

Überholtes nationalstaatliches Denken kann nicht unsere Sache sein. Das geeinte Deutschland muss seinen Platz in Europa finden. Von Deutschland müssen jetzt kräftige Impulse zur europäischen Zusammenarbeit ausge-

hen, die gleichzeitig die Mitte und den Osten Europas, jahrzehntelang eher im Schatten, stärker in unser Blickfeld rücken. Eine die Interessen der Nachbarn berücksichtigende deutsche Einigung wird für das größere Europa kein Hindernis sein; im Gegenteil, sie fördert und beschleunigt diese Entwicklung. Schwächen dürfen nicht ausgenutzt werden.

Doch auch die Offenheit für Europa ist nicht genug. Die Kirchen erfahren täglich durch ihre Verbindungen in alle Welt von den bedrückenden wirtschaftlichen Nöten, den politischen Problemen und der Verletzung elementarer Menschenrechte in vielen Ländern der Erde. Wenn die neue Einheit der Deutschen nicht auch verstärkte Kräfte mobilisiert zur Bekämpfung von Hunger und Armut und zum Einsatz für weltweite Gerechtigkeit,

besteht sie ihre Bewährungsprobe nicht. Daher darf eine auch nur zeitweilige Verringerung staatlicher und kirchlicher Mittel zum Nachteil der Entwicklungshilfe nicht in Erwägung gezogen werden.

V.

In diesen Wochen sind in Ost und West fast ausschließlich wirtschaftliche Fragen diskutiert worden. Diese haben im Blick auf ein künftiges menschenwürdiges Leben, aber auch im Blick auf einen gerechten sozialen Ausgleich große Bedeutung. Die wirtschaftlichen Probleme sind jedoch nicht alles. Ihre Lösung allein kann dem Leben noch keinen tragfähigen, letzten Sinn geben. „Der Mensch lebt nicht nur von Brot, sondern von jedem Wort, das aus Gottes Mund kommt.“ (Matthäus 4,4) Die-

se biblische Erkenntnis und Mahnung darf nicht verdeckt werden gerade angesichts eines großen Sinnvakuums und tiefer menschlicher Verletzungen, die nicht einfach von selbst heilen.

Das vereinigte Deutschland und das gemeinsame Europa sind angewiesen auf starke Kräfte des Geistes und der Seele, des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe. Ohne eine neue Vitalität des christlichen Glaubens bauen wir Häuser, in denen die Menschen nicht wirklich atmen können und krank werden. Die Kirchen haben nicht zuletzt den Wandel der Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa fördern können, weil in ihnen eine größere Hoffnung lebt. Gott, der uns Staunenswertes hat erleben lassen, wollen wir um den Beistand des Geistes und um seinen gedeihlichen Segen bitten auf dem Weg eines geeinten Deutschland in einem einigen Europa ◀

1995

Der AUFTRAG 216 erscheint im April des Jahres 1995. Zum 1. Januar sind Österreich, Schweden und Finnland der Europäischen Union beigetreten. In Europa tritt im März das „Schengener Abkommen“ in Kraft, welches die Reisen durch Europa stark erleichtert.

Serbische Streitkräfte erobern im Juli die UN-Schutzzone Srebrenica und ermorden mehrere Tausend Menschen. In der Folge werden Friedensverhandlungen verstärkt und führen im Dezember zum Friedensabkommen von Dayton für Bosnien-Herzegowina.

In den USA findet im April ein Bombenattentat in Oklahoma City statt, dem 180 Menschen zum Opfer fallen. In Israel wird während einer Kundgebung Anfang November der Friedensnobelpreisträger Jitzchak Rabin ermordet.

Aus „AUFTRAG“ Nr. 216, 1995:

Militärische Einsätze stehen nicht im Vordergrund unseres Denkens.

Der Bundespräsident zur deutschen Außenpolitik

VON PAUL SCHULZ

► Zum 40. Gründungstag der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn am 13. März 1995 hat Bundespräsident Roman Herzog seine erste außenpolitische Rede gehalten. In ihr wird deutlich, dass deutsche Außenpolitik zugleich deutsche Interessenpolitik und deutsche Sicherheitspolitik ist. In der Öffentlichkeit wurde

zum Teil dargestellt, der Bundespräsident rede Bundeswehreinsetzungen außerhalb des Bündnisgebietes das Wort. Dem ist nicht so. Der Bundespräsident unterscheidet in seinen Ausführungen ausdrücklich zwischen der friedlichen Lösung von Konflikten („soft power“), die durch Intelligenz „mehr vermag als „hard power“, die nur in Bevölke-

Paul Schulz

Paul Schulz, Oberstleutnant a.D., war von 1982 bis 1986 Vorsitzender im Wehrbereich II, von 1987 bis 1992 Bundesvorsitzender der GKS, von 1987 bis 2005 Leiter der GKS-Akademie und von 1996 bis 2008 verantwortlicher Redakteur des AUFTRAG. Seit 2002 Ehrenbundesvorsitzender der GKS. Darüber hinaus Engagement bei der Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands, deren Vizepräsident er von 1995 bis 2015 war.



runzungszahlen Territorien, Flotten und Armeen denkt“.

Herzog weist auf die Instabilitäten nach dem Ende der Ost-West-Polarisation hin. Die heutige Multipolarität berge Risiken, die nicht nur strategischer Natur sind. Bevölkerungsexplosion, Klimaveränderungen, Armutswanderungen, Atomschmuggel, Drogenhandel, Fundamentalismus jeder Couleur, Völkermorde und Zerfall staatlicher Ordnung bezeichnet er als Risiken, die den militärischen an Gefährlichkeit nicht nachstehen. „Wirtschaftliche Interdependenz, globale Umweltrisiken und transnationale Sicherheitsbedrohungen machen die internationale Staatengemeinschaft zu einer Interessengemeinschaft, ob sie will oder nicht. Kein Staat kann auf Dauer eigene Interessen auf Kosten des anderen verfolgen, ohne schließlich selbst darunter zu leiden.“ Weil in einer kleiner werdenden Welt, die Chancen und Risiken sich gleichermaßen globalisieren, wird auch die Globalisierung der deutschen Außenpolitik unvermeidlich sein. „Das

Ende des Trittbrettfahrens ist erreicht“, stellt der Bundespräsident fest. „Deutschland gehört zum Konzert der großen Demokratien, ob es will oder nicht. Wenn eine dieser Demokratien beiseite steht, schadet sie unweigerlich auch den anderen – und damit letztlich sich selbst.“

Der Bundespräsident gibt die Empfehlung, dass gerade den Risiken der Armutsfolgen vor Ort mit sozialen und wirtschaftlichen Mitteln begegnet werden müsse, weil sonst diese Risiken zu uns kämen. „Wohlstand für alle oder doch zumindest die begründete Hoffnung auf Arbeit und Einkommen, wirtschaftliches Wachstum im globalen Maßstab sind Voraussetzungen zur Erhaltung des Weltfriedens.“ Wenn Herzog auch der „soft power“ eindeutig den Vorzug gibt, stellt er dennoch fest, dass auch Deutschland nicht ganz auf „hard power“ verzichten könne. „Wir brauchen sie, um gegenüber Völkermord und kriegerischer Aggression gewappnet zu sein. Wir müssen in solchen Fällen auch bereit sein, militärische Macht einzusetzen, wenn alle anderen Mittel versagt haben. Ebenso wahr ist aber auch, dass militärische Einsätze kein Allheilmittel sind und nicht im Vordergrund unseres Denkens stehen dürfen.... Weder Einsätze der Bundeswehr noch ein Sitz im Sicherheitsrat dürfen für Deutschland Statusfragen sein.... Der wirtschaftspolitische und moralische Einfluss Deutschlands im multilateralen Konzert wird immer stärker sein und wirksamer sein, als sein militärisches Potenzial. Beides haben wir im Interesse des internationalen Friedens einzusetzen. Die Qualität unseres Engagements muss unserem gewachsenen Gewicht entsprechen, sonst nimmt uns in der Welt auf Dauer niemand ernst“, betont Herzog.

Unmittelbare deutsche nationale Interessen sieht der Bundespräsident in

- Sicherheit und Bewahrung von Wohlstand,
- Verbreitung der Demokratie in allen Teilen der Welt,
- Ausbau der Vereinten Nationen zu einem echten politischen System,
- Festigung des atlantischen Bündnisses durch neue politische Grundlagen,
- Vollendung des europäischen Einigungswerkes.

Dabei deckten sich weithin deutsche nationale mit weltpolitischen Interessen; also müsse Deutschland nicht als Objekt, sondern als Subjekt der Weltinnenpolitik handeln. Diese Interessen anzuerkennen hieße natürlich auch, die Folgen daraus ehrlich zuzugeben und Lasten zu übernehmen, so der Bundespräsident. Das Scheckbuch reiche nicht, möglicherweise müsse auch einmal der Einsatz von Leib und Leben gefordert werden. In Fragen von nationaler Bedeutung dürfe es kein parteipolitisch klein-klein geben. Auch könne darüber nicht nach Kassenlage,



nach Ergebnissen von Meinungsumfragen, auf Parteitage oder durch Gerichte entschieden werden.

Als unverrückbare Grundkoordinaten deutscher Politik stellt Herzog heraus: unsere Geschichte, unsere geographische Lage und daraus resultierende Eigenschaften deutscher

Außenpolitik: maßvolles Auftreten, Berechenbarkeit, Dialogfähigkeit, Kompromissbereitschaft. Er folgert:

- Nützlicher ist es, Partner zu gewinnen als Auseinandersetzungen;
- Wichtiger ist es, auf die Würde anderer zu achten als auf die eigene zu pochen;

- Wirksamer ist es, Recht zu geben als zu behalten.

„Sympathiewerbung für Deutschland im Ausland ist nicht nur eine Grundvoraussetzung für unsere Außenpolitik, sondern auch für weltweite Wirtschafts- und Handelsbeziehungen.“ ◀

1996

Das Heft 225 erscheint im Juli des Jahres 1996. Im Januar hatte letztmalig ein Atomwaffenversuch Frankreichs auf dem Mururoa-Atoll stattgefunden. Papst Johannes Paul II. verfügt in einem

Dekret, dass nur noch geheime Stimmabgabe bei einem Konklave erlaubt seien. Im Oktober erklärt er, dass die Theistische Evolution und die darwinsche Evolutionstheorie vereinbar seien.

Die Altkatholische Kirche Deutschlands weiht durch den altkatholischen Bischof Joachim Vobbe in Konstanz die ersten Frauen zu Priestern.

In Russland wird zwischen den beiden „Kriegsparteien“ ein Abkommen unterzeichnet, das den bewaffneten Konflikt zwischen Russland und Tschetschenien beendet, ohne den politischen Status Tschetscheniens festzulegen, dies soll in weiteren Verhandlungen erledigt werden. In den Vereinigten Staaten von Amerika wird Bill Clinton als Präsident wiedergewählt.

Aus „AUFTRAG“ Nr. 225, 1996:

„Soldatischer Dienst im Wandel – Zwischenrufe zu aktuellen Fragen“

Bundvorsitzender der GKS zur Vorstellung des Buches von Karl-Heinz Ditzer am 26. April 1996 in Eichstätt

VON KARL-JÜRGEN KLEIN

► Für die Gemeinschaft Katholischer Soldaten danke ich der Katholischen Universität hier in Eichstätt, dass sie uns die Möglichkeit gegeben hat, in ihren Räumen in diesem festlichen Rahmen das Buch von Herrn Professor P. Dr. Karl-Heinz Ditzer mit dem

Titel „Soldatischer Dienst im Wandel – Zwischenrufe zu aktuellen Fragen“ vorzustellen. Dem Dekan der theologischen Fakultät, Herrn Professor Dr. Bucher, danke ich für seine freundliche Begrüßung. Die Gemeinschaft katholischer Soldaten ist ein Zusam-



menschluss, ein Verband von katholischen Soldaten der Bundeswehr. Gemäß ihrem Selbstverständnis möchte die GKS auf der Grundlage des christlichen Glaubens durch Begegnung, Besinnung und Bildung das Verantwortungsbewusstsein für den soldatischen

Auftrag und für die gesellschaftlichen Aufgaben schärfen; sie möchte darüber hinaus ihren Mitgliedern Lebenshilfe und geistige Heimat bieten und sie zum gemeinschaftlichen Handeln befähigen. Ein Ziel der GKS ist es, aus der Perspektive des christlichen Glaubens heraus Antworten auf die Lebensfragen und Lebensmöglichkeiten der Soldaten und ihrer Familien zu geben. Auf der Grundlage zeitgemäßer Menschenführung, entsprechend den Prinzipien der Inneren Führung in den Streitkräften, will die GKS Führern und Geführten sittlich-religiöse Orientierung und Bildung bieten.

Immer dann, wenn es um die Besonderheiten des soldatischen Berufes geht, möchte die GKS jeden einzelnen geistig-geistlich, aber auch praktisch im täglichen Dienstalltag begleiten. Besonders vor dem Hintergrund des erweiterten Aufgabenspektrums der Bundeswehr und beim aktuellen Einsatz unserer Soldaten im ehemaligen Jugoslawien hat sich gezeigt, dass neben der rein fachlichen Vermittlung von Fertigkeiten und Fähigkeiten des Soldatenberufes geistig-seelische Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung von eminent hoher Bedeutung sind.

Viele Fragen, mit denen sich katholische Soldaten zwangsläufig auseinandersetzen müssen bzw. müssten, wenn sie sich selbst und ihrem Beruf ernst nehmen, werden in den Aufsätzen dieses Buches oft neu, häufig ungewohnt gestellt; sie werden auch

Klein Karl-Jürgen

Dipl.-Ing. Karl Jürgen Klein wurde 1995 zum Bundesvorsitzenden der GKS gewählt. Mit Ablauf des Februar 2005 scheidet Oberst Klein wegen Erreichens der Altersgrenze aus dem Dienst der Bundeswehr aus. Obwohl nach Ordnung der GKS der Bundesvorsitzende ein aktiver Soldat sein muss, bleibt er im Amt, bis der Bundesvorstand bei der Bundeskonferenz im Sept. 2005 einen neuen Bundesvorsitzenden wählt.



Der engagierte Katholik ist seit 2005 Leiter der GKS-Akademie Oberst Dr. Helmut Korn am Bonifatiushaus in Fulda, Mitglied im Sachausschuss "Innere Führung" der GKS und regelmäßiger Teilnehmer an dem fest eingerichteten Gesprächskreis mit Pax Christi und BDKJ (Bund der Deutschen Katholischen Jugend).
Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein wurde im Sept. 2005 zum Ehrenbundesvorsitzenden der GKS gewählt.

oder zumindest teilweise beantwortet, wobei die Antworten oft schon in den Fragen stecken, die gestellt werden.

Ich danke an dieser Stelle dem Autor dieses Buches, Herrn Professor Ditzer, sehr herzlich für seine persönliche Anwesenheit während unserer Bundeskonferenz auf Schloss Hirschberg, aber besonders natürlich für sein Hiersein in Eichstätt heute Nachmittag und für seine Bereitschaft, gleich einige persönliche Ausführungen zu seinem Buch zu machen.

Pater Ditzer ist ein langjähriger Wegbegleiter und Freund unserer Gemeinschaft, auf dessen Rat wir auch in Zukunft nicht verzichten möchten. In

unserem Sachausschuss „Innere Führung“ arbeitet er aktiv mit, dort fungiert er bisweilen als unser akademischer Lehrer, dessen Gedanken den unseren und der Zeit oft voraus waren. So hat er sich schon lange, bevor die Bundeswehr an den aktuellen Einsatz von Soldaten im Ausland dachte, mit den Vorbereitungen, der Begleitung und der Nachbereitung, die solche „scharfen“ Einsätze fordern, auseinandergesetzt. ◀

kennt, nachdem die USA im November ein Kopfgeld von 5 Mio US-Dollar ausgesetzt hatten. Innenpolitisch beschäftigen sich die Vereinigten Staaten mit dem Amtsenthebungsverfahren gegen Bill Clinton wegen der Lewinski Affäre.

König Hussein von Jordanien stirbt, sein Nachfolger wird Abdullah II.

1999

Im April 1999 erscheint das Heft 235. Im Januar hatte sich Osama Bin Laden zu den Terroranschlägen auf die US-Botschaften in Nairobi und Daressalam be-



Während sich die NATO nach Osten erweitert (Polen, Tschechien, Ungarn), laufen ab Ende März die Luftangriffe auf die Republik Jugoslawien an. Da kein UN-Mandat

vorliegt, bringt der Bundesvorsitzende die Bedenken der GKS in einem Brief an den Minister zum Ausdruck (weiteres siehe Chronik der GKS).

In Russland beginnt der Zweite Tschetschenien-Krieg und in Pakistan wird das gewählte Parlament von General Pervez Musharraf entmachtet, der selbst die Macht übernimmt

Aus „AUFTRAG“ Nr. 235, 1999:

Vom Sinn und Unsinn gleichmachender Gerechtigkeit

VON PAUL SCHULZ

Liebe Leser,

► Geschafft! – In jeder Hinsicht! Heute, am 29. März, ist der neue AUFTRAG fertiggestellt. Morgen geht der Datenträger mit den fertigen Satzdateien zur Druckerei, damit diese noch vor Ostern den Druckträger belichten kann und das Heft bis Mitte April – rechtzeitig vor der 39. Woche der Begegnung in Schmochtitz – an die Empfänger ausgeliefert werden kann. Übermorgen beginnen aber auch schon die ersten Überlegungen für den nächsten AUFTRAG, der Ende Juni fertiggestellt sein muss (Redaktionsschluss 10.5.1999!).

AUFTRAG Nr 235 war für die Redaktion ein schwieriges Heft, nicht etwa weil die Themen fehlten und der Stoff ausgegangen wäre. Im Gegenteil, dieser AUFTRAG hätte einen Umfang von mehr als 150 Seiten haben können. Das, obwohl wichtige Themen (wie zum Beispiel die Religionskonflikte in Indien, auf Ambon, im Sudan, das Thema Kindersoldaten oder die moderne Formen von Sklaverei ...) erst gar nicht aufgegriffen werden konnten. Andere Artikel zur Rubrik Kirche und Gesellschaft (Beurteilung der weltpolitischen Situation am Ende des ausgehenden Jahrhunderts durch Papst Johannes Paul II. oder die Darstellung der Lage der russisch-orthodoxen Kirche in Russland

durch den Moskauer Patriarchen Alexij II.) wie auch kurze Beiträge zur Rubrik Blick in die Geschichte musste nachträglich wieder gestrichen werden. Um den Heftumfang zu reduzieren, hat die Redaktion auch zu dem Trick gegriffen, umfangreiche Beiträge zu teilen („Syrien und die Lage seiner christlichen Minderheit“ von Volker W. Böhler oder „Witze, Anekdoten, Karikaturen über Religion und Moral in Russland“ von Paul Roth).

Und selbst bei den jetzt noch verbliebenen 111 Seiten stellt sich auch eine Redaktion die Frage, wer soll das alles lesen? Wir kennen die Kritik aus dem Kreis der GKS Mitglieder dass die Beiträge oft zu lang oder auch zu schwer zu lesen sind und Zusammenfassungen vorangestellt werden sollten. Doch der AUFTRAG ist kein Unterhaltungsmagazin. Er ist eine Verbandspublikation, die Hintergründe vermitteln und Zusammenhänge aufzeigen will mit Beiträgen zu verbands- und aufgabenbezogenen Informationen zum Selbstverständnis katholischer Soldaten, zu Kirche, Militärseelsorge, Start, Gesellschaft, Völkerverständigung, Friedens- und Sicherheitspolitik, zur Dokumentation der Arbeit unserer Gemeinschaft.

Wir erwarten ja nicht, dass alle Artikel mit gleichem Interesse und ge-

benenfalls erforderlicher Intensität gelesen werden. AUFTRAG ist auch keine Zeitschrift, die nach kurzer Lektüre im Papierkorb landen sollte. Viele Artikel können Argumentationshilfen im Gespräch mit Andersdenkenden sein. Wovon noch zu wenig Gebrauch gemacht wird, dass die Mitglieder der GKS anderen – Vorgesetzten wie Kameraden und Außenstehenden – anhand ausgewählter Beiträge zeigen, wie katholische Soldaten denken und welches Selbstverständnis sie trägt.

Heute Morgen lese ich in der Tageszeitung die dpa-Meldung: „Bei den Deutschen – Papst verliert an Ansehen. Papst Johannes Paul II. genießt bei den Deutschen in wichtigen Fragen keine große Autorität mehr. Als moralische Instanz halten ihn 81 % aller Deutschen und 76 % der Katholiken für „nicht mehr zeitgemäß“, ermittelte eine repräsentative Umfrage des Instituts DataConcept im Auftrag des Focus. Als Stellvertreter Gottes auf Erden „nicht mehr zeitgemäß“ sehen ihn 77 % der Deutschen und 64 % der Katholiken. Selbst als Kirchenoberhaupt akzeptieren ihn 54 % insgesamt und 33 % der Katholiken nicht mehr. Aus der Weltpolitik sollte sich der Papst nach Ansicht 70 % der Katholiken besser heraushalten.“

Welche Folgerungen ziehe ich daraus? Nachdem bei der 37. Woche der Begegnung 1997 auf Schloss Hirschberg der Bundeskonferenz vorgestellten Grundsatz für das Redaktionskonzept „Im Glauben fest und der Kirche treu“, vertritt die GKS und mit ihr die Redaktion eine Minderheitenposition, bei der sie auch in Zukunft unbeirrt bleiben wird. Sicher werden wir nicht mit dem „Zeitgeist“ schwimmen. Im Übrigen ist das mit Umfragen so eine Sache im Hinblick auf die Realität – siehe Ausgang der Hessenwahl 1999. Noch ein anderes Zitat (aus: GKP-In-

formationen III/1999), das eigentlich unter die Rubrik „gefunden“ fällt, verdeutlicht die Situation. Es stammt von Prälat Erich Läufer, Chefredakteur der Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln:

„Eine vernünftig gemachte Kirchenzeitung ist ein ordentlicher Beitrag zur Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt im gesamten öffentlichen Leben. Ihre Bezieher, ihre Sympathisanten, ihre Leserinnen und Leser tragen auf je persönliche Weise zur Meinungskultur in der Gesellschaft bei. Das bei manchen Amtsträgern, bei einigen kirchlichen Funktionären und bestimmten

Meinungsmachern trotzdem Defizite im Zusammenhang mit der eigenen Bistumszeitung bestehen, gehört zu den seltsamen Geheimnissen binnenkirchlicher Vorgänge. Es verwundert schon, gerade unter jenen, die in der Kirche Verantwortung übernommen haben als Priester, Diakon oder Laien in pastoralen und kirchlichen Diensten, nicht selten Frauen oder Männern zu begegnen, die das Blatt ihrer eigenen Diözese nicht kennen oder nicht einmal kennen lernen wollen.“ ◀

*Ihr Paul Schulz,
für die Redaktion*

2002

Im Februar 2002 erscheint das Heft 246. Das Jahr beginnt mit der Währungsumstellung auf den Euro, der in der Europäischen Union, Andorra, Monaco, Montenegro, San Marino und dem Vatikan als gesetzliches Zahlungsmittel gilt.

In Deutschland gewinnt die Koalition aus SPD und Grüne/Bündnis 90 die Bundestagswahl Ende September. Das Krisenmanagement und die Auftritte von Bundeskanzler Gerhard Schröder während des Elbehochwassers (Jahrhundertflut im August) wird von manchen Kommentatoren als Erklärung für den Wahlsieg angegeben.

In Afghanistan übernimmt ab dem 1. Januar Hamid Karzai die Präsidentschaft.

Deutschland übernimmt die Führungsrolle beim Aufbau der Polizei in Afghanistan. Eine erste Ratsversammlung aller Stammesführer tritt im Juni zusammen.

In Frankreich wird Jaques Chirac wiedergewählt. Am Nationalfeiertag wird ein Attentat auf ihn in letzter Minute verhindert, als Zuschauer den Täter entwarf. *en.*

GKS-Bundesvorsitzender zum Terroranschlag gegen die USA

Die Gemeinschaft katholischer Soldaten ist tief betroffen von den Terroranschlägen gegen die USA in New York, Washington D.C. und Pittsburgh.

Unser Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Angehörigen.

Wir erklären uns solidarisch mit den Bürgern der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Angriffe auf unsere befreundeten Bündnispartner, die mit uns die gleichen Wertvorstellungen teilen, betrachten wir auch als Angriff gegen unser Land, gegen die gesamte westliche Welt und alle Menschen guten Willens.

Wir bitten Gott um Beistand, um Trost und Kraft: Er möge den Schmerz und das Leid der Betroffenen lindern und ihnen neue Hoffnung geben.

Ein solches durch nichts zu entschuldigendes Verbrechen darf von der gesamten zivilisierten Menschheit nicht tatenlos hingenommen werden.

Damit reden wir jedoch nicht Rache und Vergeltung das Wort, sondern hoffen darauf, dass die notwendigen und konsequenten Reaktionen von Umsicht und Weitsicht geprägt sein werden, damit sie nachhaltig wirken und keine unheilvolle Spirale der Gewalt auslösen.

Die Art und Weise, wie dem Terror begegnet wird, möge die Geschlossenheit und Stärke der freien Welt demonstrieren, und die Demokratien festigen.

Aus „AUFTRAG“ Nr. 246, 2002:

– GKS-Erklärung vom 28. Nov. 2001 –

Den Terror bekämpfen – auch mit militärischen Mitteln

Position der GKS zum Einsatz der Bundeswehr bei der Operation Enduring Freedom

► Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) hat bereits wenige Tage nach dem Terrorangriff gegen die USA erklärt, dass auf dieses monströse Ver-

Nachhaltig gegen den Terror vorzugehen bedeutet aber auch, dass das Ziel nicht die Wiederherstellung der alten konfliktträchtigen Verhältnisse sein darf. Denn eine echte und dauerhafte Friedensordnung gründet auf Gerechtigkeit.

Opus Justitiae Pax! Das Hirtenwort „Gerechter Friede“ der deutschen Bischöfe interpretiert und aktualisiert die katholische Friedenslehre, die immer hilfreich war, für die Konfliktprävention ebenso wie für die Kriegführung (*bellum justum*) und vor allem, wenn es darum geht, den Frieden wieder herzustellen, zu sichern und zu fördern.

Terror ist ein schreckliches Übel. Um ihn zu überwinden, ist es durchaus gerechtfertigt, militärische Gewalt als *Ultima Ratio* anzuwenden, um noch Schlimmeres zu verhindern. In diesem Zusammenhang muss offenkundig sein, dass eine friedliche Verständigung nicht möglich war und andere Mittel erschöpft waren oder nicht zur Verfügung standen.

Der verheerende Anschlag gegen die USA mit dem Massenmord an Unschuldigen stellt einen gerechten Grund dar, gegen die Terroristen und ihre Sympathisanten militärisch vorzugehen. Der flagrante Bruch des Völkerrechts oder eine schwere Verletzung der Menschenwürde können einen Militäreinsatz begründen, wie zum Beispiel die Verfolgung von Minderheiten oder Genozid.

Der Einsatz muss von einer legitimen Autorität angeordnet werden. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat die Bedrohung des Weltfriedens festgestellt und das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung bekräftigt, die NATO hat den Bündnisfall erklärt und die Mitglieder entsprechend in die Pflicht genommen. Schließlich hat der Deutsche Bundestag den Einsatz der Bundeswehr auf der Grundlage des Völkerrechts und des Grundgesetzes legitimiert. Damit löst er die Bündnisverpflichtung Deutschlands ein.

Mit der Anwendung von Gewalt muss eine gute Absicht, nämlich den Frieden wieder herzustellen und eine gerechte Ordnung zu schaffen, glaubwürdig und nachvollziehbar verbunden sein. Nur wenn die militärischen Maßnahmen erfolgversprechend erscheinen, ist der Einsatz der Streitkräfte zu rechtfertigen. Dies scheint der Fall zu sein, wenn man die bisherigen militärischen Erfolge der Anti-Terror-Allianz gegen das Taliban-Regime beurteilt. Um jedoch den Terrorismus den Nährboden nachhaltig zu entziehen, bedarf es einer umfassenden Strategie, die politisch, kulturell und wirtschaftlich ansetzt.

Die militärischen Verantwortlichen haben die Verhältnismäßigkeit der Mittel, die sie einsetzen, zu bedenken und streng darauf zu achten, dass zivile Bürger, also Nicht-Kombattanten geschont werden (Diskriminati-



brechen unter anderem auch militärisch reagiert und der Kampf gegen den Terror nachhaltig geführt werden muss. Dabei sei nicht nur umsichtig, sondern auch weitsichtig vorzugehen. Nicht nur die Terroristen selbst, auch alle Institutionen, Organisationen und Personen welche die Verbrecher unterstützen, sind zu verfolgen.

Das friedliche Zusammenleben der Völker lässt sich nur verwirklichen, wenn sich Menschen frei entfalten können, weil sie sich sicher fühlen.

on). Schließlich sind Terroristen und
Kriegsverbrecher einem internationalen
Gerichtshof zu überstellen.

Die Not der Menschen in Afghanistan
hat sich im vergangenen Jahr-

zehnt durch den Krieg der Sowjetuni-
on, den darauf folgenden Bürgerkrieg
und schließlich durch das Terrorre-
gime der Taliban aufgebaut. Diese Not
zu lindern stellt sich als dringende

humanitäre Aufgabe, um den drang-
salierten und geplagten Menschen in
diesem geschundenen Land wieder
eine Zukunft zu geben. ◀

Aus „AUFTRAG“ Nr. 235, 1999:

Stellungnahmen zur Terrorismusbekämpfung

Gemeinsame Erklärung des Evangelischen und des Katholischen Militär- bischofs zum Einsatz deutscher Soldaten in der Bekämpfung des Terrorismus

► Nach der Zustimmung des Deutschen Bundestages
zum Bundeswehreinsatz im Afghanistankonflikt ha-
ben die Militärbischöfe die Verantwortlichen aufge-
rufen, militärische Gewalt auf ein „unvermeidbar Maß“
zu begrenzen und einen gerechten Frieden zu schaffen.

Deutsche Soldaten werden Verbände der USA und an-
derer verbündeter Länder bei der militärischen Bekämp-
fung des internationalen Terrorismus unterstützen. Re-
gierung und Parlament haben nach der Entscheidung und
nach angemessenen Debatten entsprechende Beschlüsse
gefasst. Das ist eine schwierige Situation für unser Land.
Für die Soldaten kann es ein gefährlicher Einsatz werden

Jeder militärische Einsatz wirft schwierige ethische
Fragen auf. Nach den Beschlüssen des Sicherheitsrates
der Vereinten Nationen stehen die militärischen Maß-
nahmen auf einer sicheren völkerrechtlichen Grundla-
ge. Das ist für unsere Soldaten eine entscheidende Hilfe.
Die derzeitigen militärischen Aktionen richten sich nicht
gegen das Volk von Afghanistan, sondern gegen ein Un-
rechtsregime, das Terroristen ausbildet und unterstützt,
dazu die Bevölkerung drangsaliert. Wichtige Machtzen-
tren der Taliban sind bereits gefallen. Jetzt kann die hu-
manitäre Hilfe beginnen. Worten müssen Taten folgen.

Die politischen und militärischen Führungen der
eingesetzten Streitkräfte brauchen weiterhin Augen-
maß und Besonnenheit. Sie müssen Sorge tragen da-
für, dass die Zivilbevölkerung, soweit es irgend geht,

verschont wird. Die Anwendung militärischer Gewalt
muss auf ein unvermeidbares Maß begrenzt bleiben.
Sie ist ohnehin allein nicht in der Lage, die Menschen
von der Geißel des Terrorismus zu befreien. Politische
Lösungen müssen im Mittelpunkt stehen.

Alle – Politik, Militär, Medien, Öffentlichkeit – wer-
den darauf achten, dass die militärischen Maßnahmen
ausschließlich der Wiederherstellung eines gerechten
Friedens dienen. Es darf von keiner beteiligten Seite
um Vergeltung und Machtgewinn gehen, sondern um
den Ausbau einer friedlichen internationalen Ordnung,
den Schutz der Menschenrechte und einen von wech-
selseitigem Respekt getragenen Dialog der Kulturen
und Religionen.

Unsere Soldaten der Bundeswehr können sich dar-
auf verlassen, dass Militärggeistliche beider Kirchen sie
auch bei künftig notwendig werdenden Einsätzen be-
gleiten werden. Auch der Familienangehörigen dieser
Soldatinnen und Soldaten wird sich die Militärseelsor-
ge in besonderer Weise annehmen.

Wir laden alle Soldatinnen und Soldaten der Bun-
deswehr ein, sich zu Gottesdiensten und Andachten zu
versammeln, den Herrn der Welt im Gebet anzurufen,
für Versöhnung, Gerechtigkeit und Frieden einzutret-
ten. Der Apostel Paulus sagt auch uns: „Lass dich nicht
vom Bösen besiegen, sondern besiege das Böse durch
das Gute!“ (Röm 12,21) ◀

2008

Im September 2008 erscheint das Heft 271. Wirtschaftlich wird das Jahr überschattet von der Finanzkrise, die unter anderem mehrere Kurseinbrüche an den Bör-

sen verursacht und Grund für die Insolvenz des Finanzinstitutes Lehman Brothers ist.

Unter dem russischen Präsidenten Dimitri Medwedew (Vladimir Putin ist Ministerpräsident!) beginnt der Kaukasische Krieg (Konflikt über Südossetien). In Amerika gewinnt Barack Obama die Präsidentenwahl im November. Der frühere Präsident

der Republik Srpska, Radovan Karadzic wird dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag überstellt.

Das Ruhrbistum Essen feiert sein 50-jähriges Bestehen unter dem Motto „Leben im Aufbruch“ und in Limburg wird Franz-Peter Tebartz-van Elst in sein Amt eingeführt.

Aus „AUFTRAG“ Nr. 271, 2008:

SWP-Studie: die Bundeswehr in Afghanistan

► Mit der personellen und technischen Ausstattung der Bundeswehr in der Einsatzrealität in Afghanistan befasst sich eine im März 2008 veröffentlichte Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Sascha Lange, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik und der Verfasser der Studie, kommt zu dem zusammenfassenden Ergebnis:

Die Sicherheitssituation in Afghanistan spitzt sich zu. Dabei sind die in Afghanistan eingesetzten Kräfte zu schwach, um ein staatliches Gewaltmonopol zu errichten und dauerhaft zu gewährleisten. Daher gilt es, die Sicherheitskräfte in Afghanistan nachhaltig zu stärken. Sinnvoll wären übergangsweise weitere Aufstockungen der ISAF-Kontingente, auch durch Soldaten der Bundeswehr.

Derzeit werden nationale afghanische Sicherheitskräfte bei der ANA und der ANP aufgebaut. Die Aussichten, dass sie zu einer staatstragenden Kraft werden, sind bei der ANA deutlich höher einzuschätzen als bei der er sehr viel stärker lokal verwurzelten ANP. Wenn die afghanische Justiz in die Lage kommen soll, ein Mindestmaß an Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen,

muss die Polizei langfristig zum zentralen Instrument der innerstaatlichen Sicherheit werden.

Struktur und Wirkungsweise der Bundeswehr-Einsatzkontingente entwickeln sich in einzelnen Bereichen durchaus positiv. Da sich die Sicherheitssituation aber insgesamt weiter verschlechtert, muss die Wirkungskraft der ISAF substantiell gesteigert werden, soll der Gesamteinsatz nicht dem Risiko des Scheiterns ausgeliefert werden. Die Bundeswehr kann hier wichtige Teilbeiträge leisten. Vor allem sind vernetzte Sicherheitsanstrengungen notwendig, die auch aus weiteren, erheblich zu verstärken staatlichen (Justiz- und Polizeiaufbau) und nicht staatlichen Organisationen gespeist werden müssen. Angesichts der Brisanz und Schwierigkeit dieses Themenkomplexes muss das Vorgehen in jedem Fall mit den Verbündeten abgestimmt werden.

Die Beobachtungen und Empfehlungen dieser Studie zeigen, dass die Bundeswehr in weiten Teilen noch nicht am Bedarf der laufenden und künftig absehbaren Einsätze orientiert ist. Unterbleiben wirkungsvolle, auf die heutige Einsatzrealität abgestimmte

Umsteuerungen der derzeitigen Strukturen und Rüstungsplanungen, werden die Einsatzkontingente weiterhin mit bisweilen riskanten Sicherheitsmängeln operieren müssen. Dass die derzeitige Situation verbesserungswürdig ist, hat viel mit den finanziellen Prioritäten im Verteidigungshaushalt zu tun.

Personal und Struktur

Aufstellung und Nutzung der Personal- und Führungsstruktur der Bun-



deswehr können in mancherlei Hinsicht verbessert werden. Neben einem der Einsatzsituation orientierten Verwaltungsaufwand könnten eindeutiger Zuständigkeiten bei der Einsatzplanung und -leitung Prozesse vereinfachen und effizienter gestalten. Die landeskundliche Expertise sollte gestärkt werden, in dem man die vor Ort befindlichen CIMIC-Kräfte vermehrt einbindet.

Nach dem vorübergehenden Ausbau der Infrastruktur (zum Beispiel Camp Marmal) können Truppenteile restrukturiert werden. Ein größerer Teil ließe sich zum Beispiel für Patrouillen einsetzen. Auch das Zahlenverhältnis zwischen Manöver- und Unterstützungskräften lässt sich zu-

gunsten ersterer verbessern, was höhere aktive Beitragsumfänge der Bundeswehr ermöglichen könnte.

Vordringliche Fähigkeiten

Die Einsatzrealität erfordert weitere Verbesserungen von Personalstärke, Informationsgewinnung, Mobilität und Schutz. Die markantesten Defizite der Teilfähigkeiten der Systemverbände sollten durch folgende Maßnahmen ausgeräumt werden:

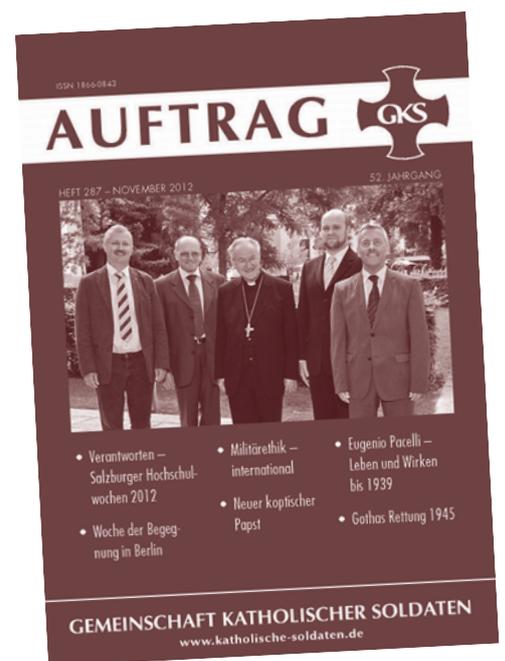
- komplettieren der Aufklärungssysteme (Beschaffung von MALE-UAV),
- Weiterentwicklung einer umfassenderen Lageerstellung (Personalnutzung),

- Verbesserung der ebenen- und truppengattungsübergreifenden Führungsfähigkeit (Führungssysteme und Funkgeräte),
- Entsendung von mehr Infanterieeinheiten,
- Bereitstellung zusätzlichen teilautonomen Lufttransportraums (Hubschrauber und gelenkte Gleitschirme),
- Optimierung der Durchsetzungsfähigkeit (einschließlich Präzisionswirkung und verbesserter Nachwirkungsfähigkeit),
- Verbesserung von Personen-, Transport- und Stützpunktschutz. ◀

2012

Im November 2012 erscheint das Heft 281. Beherrscht wird das Jahr vom „Arabischen Frühling“. In Ägypten wird der gewählte Mohammed Mursi als Präsident vereidigt. Ein Referendum führt – unter anhaltenden Protesten zwar – zur Annahme einer islamisch geprägten Verfassung.

In Deutschland tritt der Bundespräsident Christian Wulff zurück. Zu seinem Nachfolger wird Joachim Gauck von der Bundesversammlung gewählt. In Amerika wird Barack Obama als Präsident wiedergewählt.



Aus „AUFTRAG“ Nr. 287, 2012:

„Stärkung christlicher Werte in den Streitkräften weltweit“

► In der Jahreshauptversammlung des Apostolat Militaire International im Jahr 2005 in Vilnius wurde Deutschland durch Wahlen mit der Präsident-

schaft betraut. Deutschland – im AMI repräsentiert durch die Gemeinschaft Katholischer Soldaten – war mit dem Team Brigadegeneral Reinhard Kloss,

Oberstleutnant Christoph Auer sowie Stabsfeldwebel Andreas Koppers angetreten und führte zunächst bis 2008, nach der erfolgten Wiederwahl

bis 2011. Mehr als zwei Wahlperioden sieht die Satzung des AMI nicht vor. (Zur Übernahme der Präsidentschaft im AMI durch Deutschland, der Bedeutung des AMI und der Wertschätzung des AMI durch den Heiligen Stuhl berichtete der AUFTRAG Nr. 260 auf den Seiten 108 bis 125 siehe Jahres-CD)

Von Anbeginn an standen die folgenden sechs Jahre der Tätigkeit des AMI unter dem Leitthema „Stärkung christlicher Werte in den Streitkräf-

Reinhard Kloss

Brigadegeneral Dipl.-Inform.

Reinhard Kloss ist zurzeit in einer NATO Verwendung tätig. Von 2005 bis 2011 war Kloss Präsident des „Apostolat Militaire International“. In dieser Funktion hielt er während der Woche der Begegnung einen Vortrag. Das Bild zeigt ihn mit Frau Dr. Veronika Bock bei der Vorbereitung zu den Vorträgen.



ten weltweit“. Dadurch sollte erreicht werden, dass in den verschiedenen Nationen durch Diskussionen über Themen wie z.B. PTBS, interkulturelle Kompetenzen, Unterstützung der Militärseelsorge als auch das Spannungsverhältnis zwischen Regierungen, Gesellschaft, Kirche und Soldaten die christlichen Werte ins Bewusstsein der Soldaten gebracht und somit gestärkt würden.

Dabei waren zwei wesentliche Papiere der AMI Grundlage bzw. Ergebnis vielfältiger Diskussionen. Im Jahr 2000 entstand einvernehmlich aller beteiligten Nationen der AMI die Erklärung von Rom, „Der christliche Soldat im 3. Jahrtausend“ und im Jahr 2010 auf

gleiche Art und Weise die Fortschreibung dessen unter dem Namen „Berliner Erklärung“.

Ohne, dass in den verschiedenen Veranstaltungen, im Zusammenhang mit den Erklärungen, die Thematik unter der Überschrift „Militäretik“ diskutiert wurden, befassten sich beide Papiere nahezu ausschließlich mit dieser, wenn auch vielleicht nur Teile des Gesamtthemenbereiches abdeckenden Thematik.

Dies führte im Internationalen Sachausschuss der GKS dazu, dass man sich intensiv mit dem Begriff „Militäretik“ befasste und der Versuch unternommen wurde, Gemeinsamkeiten zwischen den Nationen der AMI zu ergründen,

die zwischenzeitlich über die erwähnten Erklärungen hinaus reichen und ein noch breiteres gemeinsames Fundament hinsichtlich des Einsatzes von Streitkräfte und ihrer Angehörigen bilden könnte.

Im Folgenden wird deshalb in kurzen Einzelbeiträgen, die länderspezifisch (geplant sind Beiträge für folgende Länder: Bosnien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Kenia, Österreich, Polen, Spanien, USA, Ungarn) ausgerichtet sind, das Thema Militäretik aus jeweils nationaler Sicht dargestellt, bevor in einem letzten Teil der Artikelserie der Versuch unternommen wird, ggf. vorhandene Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, die dann über die „Erklärung von Rom“ und „Berliner Erklärung“ hinausreichen und das gemeinsame Band weiter festigen.

Dazu werden große Themenbereiche gestreift; wesentliche Aufgaben eines Staates, „gerechter Krieg – gerechter Friede“, Glaube, Ethik, Kultur, Werte und Normen.

Grundlage der folgenden Beiträge war die Definition von OTL i.G. Dieter Baumann aus der Schweiz, der in

seinem sicherlich als Standardwerk zu bezeichnenden Buch „Militäretik“ wie folgt definiert:

„Militäretik beschreibt, analysiert und beurteilt bzw. rechtfertigt militärische Einsätze, Institutionen, Handlungen und damit verbundenes soldatisches Verhalten unter einem ethischen Gesichtspunkt. Sie formuliert dazu Kriterien der legitimen militärisch-organisierten Gewaltanwendung und Gewaltandrohung. Dazu definiert sie Maßstäbe des Handelns, Verhaltens und der Haltung von Soldaten.“

Der Begriff Militäretik, den wir in unserem Versuch Gemeinsamkeiten im internationalen Bereich der AMI-Mitgliedsländer zu finden nutzen, wird in der Bundeswehr nicht genutzt. Geschichtlich bedingt sollte vermieden werden, dass der Eindruck erweckt wird, dass es neben allgemein gültigen ethischen Regeln spezielle für den Soldatenberuf gibt, der sich durch eine Sonderethik über moralische Verbindlichkeiten und Verpflichtungen hinweg setzen könnte.

Aber wie bei allgemein akzeptierten, ja sogar geforderten speziellen Ethiken im Bereich Wirtschaft oder Medizin, die nicht als Sonderethiken, sondern als angewandte Ethiken betrachtet werden, bedarf es für die Bundeswehr ethischer Grundsätze, die sich mit den Spezifika des Soldatenberufes befassen.

Diese existieren, werden bis dato jedoch nicht unter dem Begriff „Militäretik“ subsumiert.

Neben dem Grundgesetz, den Wehrgesetzen und dem Soldatengesetz sind diese für uns niedergelegt in der Konzeption der Inneren Führung.

Unser Verteidigungsminister formulierte dies anlässlich des Internationalen evangelischen Kirchentages am 3. Juni 2011 wie folgt:

„Und gerade für eine Armee im Einsatz gelten die Prinzipien der Inneren Führung. Denn die Bindung an die Normen und Werte des Grundgesetzes an das geltende Recht bleibt für

den Einsatz die *Conditio sine qua non*“.

Hinsichtlich der Umsetzung der Beantwortung der Frage, was bedeutet dies konkret, bietet der „Lebenskundliche Unterricht“, der als berufsethische Qualifizierungsmaßnahme gesehen wird, hierzu die ideale Ergänzung.

Auch die GKS hat sich dieses Themas angenommen und in ihrem Flyer „Verantwortung übernehmen – moralisch handeln/Kriterium für Auslandseinsätze der Bundeswehr“ der Kernfrage zur Gewaltanwendung enge Grenzen gesetzt.

So darf es nur dann zu einem Einsatz kommen, wenn er:

- politisch notwendig,
- ethisch gerechtfertigt,
- rechtlich zulässig und
- militärisch sinnvoll ist.

Neben diesen äußeren Rahmenbedingungen, den Kriterien einer legitimen militärisch-organisierten Gewaltanwendung (*ius ad bellum*) wird auch auf die Maßstäbe des Handelns, Verhaltens und der Haltung von Soldaten (*ius in bello*) eingegangen.

Bezug nehmend auf das Proportionalitätsprinzip wird vom handelnden Soldaten die Prüfung abverlangt, zu prüfen,

- ob sowohl das Ziel als solches und

die gewählten Mittel zur Erreichung dieses Zieles ethisch vertretbar sind,

- der Schutz der Zivilbevölkerung dabei zwingend beachtet wird.

Innerhalb der Bundeswehr sind diese Grundsätze anerkannt und finden heute nicht nur in dem bereits erwähnten „Lebenskundlichen Unterricht“ Eingang, sondern sind Teil der Unteroffizier- und Offizierausbildung.

Das Konzept der Inneren Führung gibt dabei den Rahmen vor und doch muss sich jeder Vorgesetzte bewusst sein, dass er selbst als Vorbild am stärksten wirkt. ◀

Ein Rückblick auf 42 Jahre Verbandsorgan der GKS:

Medium verbandlicher Kommunikation mit Außenwirkung

„Königsteiner Offizierbriefe“ – „auftrag“ – „AUFTRAG“¹

VON KLAUS BRANDT



„Sache der Laien ist es, kraft der Verwaltung und gottgemäßen Reich Gottes zu suchen. Sie leben in zellen irdischen Aufgaben und Werken Familien- und Gesellschaftslebens, aus denen ihre Existenz gleichsam zusammengewoben ist. ... Ihre Aufgabe ist es also in besonderer Weise, alle zeitlichen Dinge, mit denen sie verbunden sind, so zu durchleuchten und zu ordnen, dass sie immer Christus entsprechend geschehen und sich entwickeln und zum Lob des Schöpfers und Erlösers gereichen.“

ihnen eigenen Berufung in der gelung der zeitlichen Dinge das der Welt, das heißt in all den einzelnen und den normalen Verhältnissen des

¹ Mit geringen Änderungen und Kürzungen aus: AUFTRAG 250/Apr 2003 sowie Dokumente zur Chronik der GKS „Bekanntnis Auftrag Erbe“, S. 989-992

Mit diesen Aussagen hat 1965 das II. Vatikanische Konzil in der Dogmatischen Konstitution über die Kirche („Gaudium et spes“, Nr.31) die Laien und kirchlichen Verbände vertrauensvoll in die christliche Verkündigung eingebunden. Das fordert auch in der gesamten Gesellschaft eine christliche Denk-, Lebens- und Handlungsweise offen zu vertreten.

Diese Grundsätze prägten bzw. prägen auch die Angehörigen des am 17. März 1961 gegründeten Königsteiner Offizierkreises (KOK) sowie ihre Nachfolger in der für alle Dienstgrade geöffneten Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), gegründet bei der „10. Woche der Besinnung“ im März 1970 in Essen. In Fortsetzung der redaktionellen Arbeit der „KÖNIGSTEINER OFFIZIERBRIEFE“ (KOB) des vorherigen KOK erscheint im August 1970 das Verbandsorgan der GKS „auftrag“ (damals klein geschrieben) als Heft 41.

Der ehemalige Militärgeneralvikar Dr. Martin Gritz († 2002), geistiger Vater des Laienengagements in der Katholischen Militärseelsorge, hatte anlässlich des 25-jährigen „Bestehens der organisierten Laienarbeit in der Katholischen Militärseelsorge“ im Heft 144/145 Apr 1985, den Namen „Auftrag“ folgendermaßen erklärt:

„Das Organ der 'Gemeinschaft Katholischer Soldaten' trägt einen Titel, der auch eine biblische Bedeutung hat. In den Abschiedsreden (vgl. Joh 13, 15 und 34) ist den Jüngern Jesu Christi eine zweifache Verankerung zugesagt: 'Exemplum dedi vobis (ein Beispiel habe ich euch gegeben)', und: 'Mandatum novum dedi vobis (einen neuen Auftrag gebe ich euch)'.

Die doppelte Bedeutung des 'auftrag' war bewusst gewählt: Der Auftrag des Soldaten und der von Jesu gemeinte Auftrag sollten in dieser Zeitschrift und in dieser Gemeinschaft in Beziehung gebracht und gehalten werden. Und zwar nicht instrumental (um die Vereinbarkeit des einen mit dem anderen nachzuweisen), sondern existentiell: Wohin führt das und wozu bringt das, wenn man sich darauf einlässt, in seinem Beispiel einen Auftrag zu sehen, und zwar in allen Richtungen des persönlichen und beruflichen Lebens?

Der 'Gemeinschaft Katholischer Soldaten' ist zu bestätigen, dass diese Linie durchgehalten wurde. Ihr und ihrem Organ, dem 'auftrag' ist zu wünschen, dass dies auch weiterhin gelingt.“

Daran will die Gemeinschaft auch zukünftig arbeiten.

► Zitate aus dem auftrag 100/August 1979

Der damalige Bundessprecher der GKS, Oberstleutnant i.G. Georg Heymen (Bundesvorsitzender der GKS von 1977 bis zu seinem Dienstenende als Oberst i.G. im März 1991, gest. 26.12.1991), schrieb u.a. zu dieser Ausgabe:

„Von Anfang an sind die 'KOB' und der 'auftrag' das verbindende Organ, welches die Gemeinschaft fördert und Sprachrohr in der Öffentlichkeit von Kirche und Gesellschaft ist. Insbesondere haben die Bemühungen der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN, den Dienst des Soldaten in der Verantwortung für die Sicherung und Förderung des Friedens zu verdeutlichen, ihren Ausdruck in unserer Zeitschrift gefunden. Ein Verband, der Kirche unter Soldaten glaubhaft machen und die Anliegen der Soldaten in der Kirche artikulieren will, braucht ein Publikumsorgan, um diesen selbstgewählten Auftrag erfüllen zu können.“

Das Redaktionsteam jener Jubiläumsausgabe erklärt:

„Wir haben erlebt, dass unsere Kirche sich in den letzten Jahren immer mehr mit den Problemen der Welt befasst hat. Das war notwendig aus dem Auftrag Christi an die Apostel und an seine Kirche ...

So muss also 'auftrag' sich dieser Probleme annehmen (z.B. Frieden) und sie auf breiter Basis diskutieren. Aber das Dienen in den Streitkräften bringt auch persönliche Härten und Schwierigkeiten mit sich. Rechtzeitig darüber zu diskutieren (Ehe, Gerechtigkeit, Tapferkeit, vom rechten Maß usw.) ist Aufgabe für den 'auftrag'. Als Soldaten in der Kirche und in unserer Gesellschaft haben wir aber auch eine Stimme. Sie muss gehört werden. Diesem 'Gehör-Verschaffen' dient 'auftrag'.“

Die Auflagenhöhe von 'auftrag' stieg von anfangs 500 auf zeitweise bis zu 5.000 Exemplare und lag im Jahr 2003 bei 4.300 Heften. Dieser Rückgang ist die Folge der in der

Zwischenzeit verkleinerten Bundeswehr sowie der gestiegenen Anzahl der kirchlich nicht gebundenen Soldaten.

KOB und 'auftrag' von 1961 bis 1985

Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Zeitschrift der organisierten Laien in der Katholischen Militärseelsorge schrieb der langjährige Chefredakteur, Oberst Helmut Fettweis im 'auftrag' Nr. 144/145 Apr 1964:

„Wenn etwas über all die Jahre unverändert geblieben ist, dann ist das einmal die tätige Mitarbeit von Einzelnen, aber auch von Gruppen und Kreisen.

Und zum anderen ist es unser Symbol, der Engel mit der Posaune. Er erinnert nicht nur an die Gründung in Königstein, sondern auch an den unbedingten Glauben der Gemeinschaft, dass Gottes Herrschaft am Ende aller Drangsal und Nöte sich über das All ausbreitet. Dieses Zeichen der Hoffnung wird uns auch weiterhin begleiten.“

An anderer Stelle heißt es dann weiter: „In Heft 1 (mit 24 Seiten) des ersten gedruckten 'Königsteiner Offizierbriefes' ... schreibt damals Dr. habil. Helmut Ibach: 'wenn der Königsteiner Offizierkreis ... nun den ersten seiner Briefe (Red.: Im neuen Gewand mit Engel) hinausgehen lässt, so denkt er dabei nicht zuletzt an jene Fischer im Lukasevangelium (5,7), die ihre Gefährten in anderen Booten winkten, sie möchten kommen und mithelfen.'

Damit sind am Anfang drei Aufgaben klar umrissen:

- Flagge zeigen – hier sind wir,
- die Gleichgesinnten einladen, mitzuhelfen und
- inhaltlich zu sagen, zu was man mithelfen solle.“

Diese Aufgaben bestimmen auch weiterhin die Arbeit der Redaktion. Nun in Stichpunkten die weitere Entwicklung des Verbandsorgans:²

- Im Heft 9/10 Apr 1964 mit 44 Seiten wird erstmalig als Vorinformation die Thematik der kommenden „Woche der Besinnung“ vorgestellt; das Heft 15/16 Jul 1965 bereitet die 6. Woche der Besinnung nach.
- Ab Heft 17 Feb 1966 bekommen die jeweiligen Ausgaben einen festen farbigen Umband. Gleichzeitig erscheint von nun an bis zum Heft 214 Dez 1994, jeweils auf der

dritten Umschlagseite als Zeichen der Verbundenheit das Kreuz der Militärseelsorge.

- Dieses wird ab Heft 215 Feb 1995, durch das Kreuz der GKS abgelöst. Damit wird auf den Rechtsstatus der GKS als katholischer und kirchlicher Verband hingewiesen, den mit Schreiben vom 14. Februar 1990 der damalige Militärbischof, Erzbischof Dr. Elmar Maria Kredel, Bischof von Bamberg bestätigt hatte.
- Im Heft 50 Feb 1972 beschreibt der damalige Militärbischof Dr. Franz Hengsbach, Bischof von Essen, in einem Grußwort die Aufgaben des „auftrag“ mit Information, Kontaktaufnahme, Forum der Diskussion und Dokumentation.
- Das erste mehrsprachige Heft 62/63 Jan 1974 berichtet über die Konferenz in Freising des 1967 auf Anregung Spaniens in Noordwijkerhout/NL gegründeten Apostolat Militaire International (AMI). Die internationale Ausrichtung des „auftrag“ ist seit dieser Zeit geblieben.
- Im Heft 100 Aug 1979 würdigt der neue Militärbischof Dr. Elmar Maria Kredel den „auftrag“ mit der Feststellung,

dass durch ihn erkennbar werde, dass für katholische Soldaten Christsein und Soldatsein nicht zweierlei Dingen sind. Er konstatiert sowohl den wissenschaftlichen Ansatz als auch den Mut zur profilierten Aussage.

– Im Heft 144/145 schreibt Chefredakteur Fettweis: „Mehr denn je hat die allfällige Diskussion gezeigt, dass man Verteidiger nur sein kann und darf, wenn man sein Gewissen an Maximen prüft, die außerhalb der

Tagesmeinung stehen. Der christliche Glaube vermag da Hilfe und Stärke zu geben. So werden in den Heften „auftrag“ weiterhin Fragen des Glaubens behandelt werden. „auftrag“ wird zur Diskussion anreizen, wird Argumente gewichten und so im Rahmen der Kräfte versuchen der Basis Hilfe und Information in aktuellen Fragen und in Zeitabständen Dokumentation und Grundlagen zu vermitteln.“

„ Als Soldaten in der Kirche und in unserer Gesellschaft haben wir aber auch eine Stimme. Sie muss gehört werden. Diesem 'Gehör-Verschaffen' dient 'auftrag'. “

Zeitraum 1985 bis 1990

Aus diesem Zeitabschnitt sollen nur einige Hefte angesprochen werden:

- Das Heft 147/148 Aug 1985 beschäftigte sich mit der 25. Woche der Begegnung (WdB) in Königstein, an der als Gast auch der damalige Apostolische Nuntius, Erz-

² mehr dazu in auftrag 144/145 Apr 1985, S. 88 ff.

bischof Dr. Joseph Uhac, teilnahm, bei der 25 Jahre organisierte Laienarbeit in der Katholischen Militärseelsorge gewürdigt wurden.

- In der Ausgabe 150 Dez 1985, schrieb der seinerzeitige Bundesvorsitzende Oberst i.G. Georg Heymen: „*Vieles von dem, was in diesen Jahren gedacht und gesagt worden ist, ist in unserem Organ 'auftrag' dokumentiert, so dass 'auftrag' heute über seinen ursprünglichen Zweck, Medium des Gedankenaustauschs und der gegenseitigen Information zu sein, eine Dokumentation des Verbandslebens darstellt. Außerdem ist 'auftrag' zu einem Grundsatzprogramm der Gemeinschaft geworden.*“

„Außerdem ist 'auftrag' zu einem Grundsatzprogramm der Gemeinschaft geworden“

– Das Heft 155 Jun 1986 beinhaltet die „Ziele und Wege der GKS“, die auf der 26. WdB in Freising am 28.04.1986

beschlossen worden sind.

- Im Jahr 1987 ändert sich das Layout des Einbands: Er bleibt jetzt bis Februar 1995 in einem hellen Grau im DIN-A 5-Format. Im oberen Teil der Titelseite erscheint der Name AUFTRAG mit dem rechts daneben anschließenden GKS-Kreuz in bordeauxrot. Im Unterteil der ersten Umschlagseite steht in gleicher Farbe der Herausgeber Gemeinschaft Katholischer Soldaten, darunter die Heftnummer mit Monat und Jahr der jeweiligen Ausgabe.
- Die Ausgabe 175 Aug 1988 würdigt die Ernennung von Militärbischof und Bischof von Essen, Dr. Franz Hengsbach am 20.05.1988 zum Kardinal und geht ein auf 30 Jahre Internationale Soldatenwallfahrt nach Lourdes.
- Das Heft 177 Okt 1988 thematisiert die 40-jährige Arbeitsgemeinschaft Katholischer Presse (AKP). Auf der Mitgliederversammlung der AKP schloss der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Karl Lehmann, sein Grußwort mit den Hauptaufgaben der Presse. „*Sie sind:*“
 - *gründliche und wahrhaftige Information*
 - *Mut zur geistigen Orientierung und Führung (sorgfältige Orientierung gleich ein Stück Führung)*
 - *Standorte einnehmen und sich zu ihnen bekennen*
 - *Katholizität und Integrationsfähigkeit verbinden (ein umfassendes Christentum muss auch rational nachvollziehbar sein)*
 - *Bewusstsein in den verschiedenen Kommunikationsebenen (Orts-, Bistums- und Weltebene stellen verschiedene Ansprüche)*
 - *ökumenische Perspektiven (die Presse muss sich darüber klar sein, ob gewisse Gemeinsamkeiten 'reif' zur Diskussion sind)*

- *die Kirchlichkeit der Presse muss außer Diskussion stehen.*“

- Im Heft 183/184 Aug 1989 wird die 29. WdB in Leitershofen bei Augsburg sowie die dabei verabredeten redaktionellen Planungen von Chefredakteur Helmut Fettweis dokumentiert. Der Bericht über die Redaktionsarbeit im Einzelnen war eine wichtige Hilfe für die neuen Redaktionsmitglieder Major Gernot Belch und Oberstleutnant Klaus Brandt. Auch die jährlichen Kosten für den AUFTRAG wurden genannt: 1987 waren es 136.100 Mark (ca.69.588 EUR).
- Im Oktoberheft 1989, Nr. 185/186 erscheint ein Beitrag des damaligen Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium der Verteidigung, Willy Wimmer, unter dem Thema „Verteidigung und Staat – Die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland und die Stationierung verbündeter Streitkräfte in unserem Land“. Dabei ahnte er nicht, welche Bedeutung für die Wiedervereinigung Deutschlands am 3.Oktober 1990 zwei seiner in diesem Aufsatz verwendeten Zitate in den folgenden Monaten bekommen sollten beginnend mit der Mauer- und Grenzöffnung durch die DDR im November 1989.
- Im Heft 187/188 Dez 1989 schreibt der damalige Bundesvorsitzende der GKS und nachmalige Chefredakteur des AUFTRAG, Oberstleutnant i.G. Paul Schulz in dem Beitrag „Menschenbild und Selbstverständnis Katholischer Soldaten“, keine Friedensutopien aber realistische Ziele ständen für ein nüchternes Selbstverständnis der Streitkräfte:
 1. Kriegsverhinderung
 2. Friedenssicherung
 3. Kooperative Sicherheitspolitik
 4. Langfristiges Ziel die Schaffung einer Weltfriedensordnung
- Mit dem AUFTRAG 189/190 Feb 1990 beendete der 70-jährige Helmut Fettweis nach 25 Jahren seine Tätigkeit als Chefredakteur für das Verbandsorgan der GKS, beriet aber weiterhin aus zweiter Reihe die Redaktion. Mit ihm meldete sich auch sein verdienter, langjähriger (seit Januar 1963) Redakteur und Mitstreiter Oberstleutnant a.D. Wilhelm Lehmkämper aus der vordersten Linie ab. Helmut Fettweis hat mit seinem umfangreichen Wissen, seinen journalistischen Fähigkeiten, seiner Festigkeit im Glauben und seinem Einsatz den AUFTRAG zu einer über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannten Zeitschrift gemacht. Und nach einem Jahr Einweisung seines Nachfolgers, Oberstleutnant a.D. Klaus Brandt in die redaktionelle Verantwortung für den AUFTRAG erschien erstmals unter dessen Regie das Heft 191/192 im April 1990 mit einer Würdigung der Arbeit

von Helmut Fettweis durch den Bundesvorsitzenden Paul Schulz. Klaus Brandt übergab die Chefredaktion für den AUFTRAG mit Wirkung vom 01.04.1996 an Paul Schulz, blieb aber als Redakteur weiterhin tätig für das Verbandsorgan.

1990 bis 1996

Ab dem Heft 195 Dez 1990/Jan 1991, Schwerpunkt „Menschenrechte“, erscheint der AUFTRAG zweiseitig mit einer Kopfzeile und der Inhalt wird in Ober- und Unterthemen aufgeteilt. Außerdem erscheinen nur noch vier Hefte im Jahr. Weitere Schwerpunktthemen waren u.a.: Führerreise 1990 (Sonderheft 196, 03/1991), Weltfriedenstag (197, 04/1991), 100 Jahre Rerum Novarum (198, 07/1991), AMI-Konferenz und GKS-Akademie Oberst Helmut Korn (200, 01/1992), Flüchtlinge und Asylanten (203, 12/1992), die Neuevangelisierung und die Streitkräfte (204, 02/03 1993), Soldat und Familie (207, 12/1993), Papstbrief an die Familien (210, 04/1994), Aufgaben Internationaler Friedenssicherung (213, 10/1994), Friedensethik – Ehrenamt – Militärseelsorge (215, 02/1995). Mit dieser Ausgabe endete das Format DIN A 5 für den AUFTRAG. Ab dem Heft 205 lockerten Bilder, Grafiken und Kästen immer mehr das Layout auf. Dies ermöglichte den Eintritt von Paul Schulz, inzwischen Oberstleutnant a.D., in die Redaktion im Herbst 1992 sowie die Beschaffung von Computer-Hard- und Software im Jahr 1993 durch den kirchlichen Haushalt für die Erstellung von „GKS-aktuell“. Damit wurde es möglich, den AUFTRAG bis auf den Druck redaktionsintern zu erstellen, was sich auch kostenmäßig auszahlte, aber einen erheblich höheren Zeitaufwand bei der Entwicklung eines Heftes bedeutete. Ein Beispiel: Beim Heft 207, 12/1993, konnten ca. 8.500,- DM gegenüber der alten Methode eingespart werden.

Das Heft 216, April 1995, erschien erstmals im bis heute verwendeten DIN A 4-Format (geheftet), mit „GKS-rot“ als Umschlag, dreispaltig, zunächst schwarz-weiß, dann dreifarbig. Auf der Titelseite waren die wichtigsten Themenkomplexe des Heftes in weißer Schrift aufgeführt. Der Um-

fang der Hefte bewegte sich von 60 Seiten (Nr. 216) bis 132 Seiten (Nr. 240/241, 09/2000).

GKS-AKTUELL

Von Februar 1993 bis März 1995 erschienen 23 Ausgaben des „GKS-aktuell“-Blattes zur schnelleren Information der Mitglieder und Freunde der GKS ebenfalls von der Redaktion AUFTRAG verantwortet. Diese zusätzliche Informationsarbeit war nur durch den unermüdlichen Einsatz von Paul Schulz bei der Redaktionsarbeit möglich. Sie bestand meistens aus vier DIN A 4-Seiten, die dreispaltig aufgebaut und durch verschiedene Schrifttypen, Kästen, Grafiken und Bilder aufgelockert waren. Obwohl diese Zeitung guten Anklang fand, musste sie aus Kosten- und Arbeitsgründen, aber auch wegen fehlender Zuarbeit aus der GKS selbst nach zwei Jahren wieder eingestellt werden.

Redaktionskonzept

Im Herbst 1994 wurde ein Redaktionskonzept für den AUFTRAG entwickelt, das die Aufgaben und Inhalte des Verbandsorgans umriss. Damals waren jährlich noch zehn Ausgaben in einem Umfang von 80 Seiten geplant. Diese Idee konnte

aus Kosten- und Zeitgründen nicht realisiert werden. Deshalb reduzierte der Bundesvorstand bereits 1996 die Erscheinungsweise auf vier Quartalshefte im Jahr mit einem Umfang von 100 bis 120 Seiten. Im Konzept vorgesehen war ein Redaktionsausschuss des Bundesvorstandes, der mindestens einmal jährlich zusammenzutreten sollte. Es fand nur eine Sitzung im Februar 1995 statt.

Meine abschließende Meinung

Abschließend stelle ich fest, dass der AUFTRAG als umfassende Informations-

und Diskussionsgrundlage für Soldaten basierend auf unserem katholischen Glauben zur Bewertung der komplexen Zusammenhänge hinsichtlich der Weltfriedenssicherung, dem globalen Zusammenleben und der gesellschaftlichen Entwicklungen auch zukünftig unbedingt seinen Platz in der katholischen Presselandschaft behalten sollte. ◀

„ ...der AUFTRAG als umfassende Informations- und Diskussionsgrundlage für Soldaten basierend auf unserem katholischen Glauben auch zukünftig unbedingt seinen Platz in der katholischen Presselandschaft behalten sollte“

Wie ich den AUFTRAG sehe

VON PAUL SCHULZ



► Die Ausgabe des 300. AUFTRAG bedeutet für die GKS überdies, dass sie seit 56 Jahren kontinuierliche und eigenverantwortliche Herausgeberin einer Verbandszeitschrift ist. Dazu Gratulation und Anerkennung der GKS insgesamt sowie der Redaktion AUFTRAG für das Stehvermögen und für die der Grundidee der Gemeinschaft geleistete gute Arbeit

Die Entwicklung vom „Königsteiner Offizierbrief“ (1961) über auftrag (1970) zum AUFTRAG ab Heft 172 im April 1988 bis zum heutigen Aussehen der Publikation hat Klaus Brandt im voranstehenden Beitrag „Medium verbandlicher Kommunikation mit Außenwirkung“ dargestellt. In den mehr als fünf Jahrzehnten wurde das äußere Bild der Zeitschrift etwa alle 10 bis 15 Jahre überarbeitet und damit einher verringerte sich die Erscheinungsweise von 10 Monatsheften auf vier bzw. heute drei Ausgaben pro Jahr.

So gesehen stehen auch nach dem Heft Nr. 300 unbedingt Überlegungen zur Neukonzipierung der inner- und auerverbandlichen Kommunikation der GKS an. Dies umso mehr als gerade im letzten Jahrzehnt die rasante Entwicklung der Informationstechnologie neue und noch nicht voll abschätzbare Kommunikationsmöglichkeiten zulässt.

Ziel der GKS-Zeitschrift AUFTRAG

Aber über ein halbes Jahrhundert konstant geblieben ist die grundsätzliche Zielsetzung dieses Periodikums von katholischen Soldaten, die sich aus freier Entscheidung und in Wahrnehmung ihres Apostolats zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossen haben. Ein Blick in das nach wie vor aktuelle „Leitershofener Grundsatzprogramm der

GKS von 2007“¹ verschafft da Klarheit. Dort heißt es:

„Verbandszeitschrift AUFTRAG

In ihrer Publikation AUFTRAG veröffentlicht die GKS Aufsätze, Nachrichten und Berichte, Mitteilungen und Hinweise, welche die Verbandsarbeit reflektieren, kritisch begleiten und ihr Impulse geben. AUFTRAG behandelt Themen aus Kirche und Gesellschaft, Politik und Ethik. Er befasst sich mit ethischen Fragen des Soldatenberufes und weitgefasst mit Themen der Friedens- und Sicherheitspolitik, die im Lichte der Katholischen Soziallehre betrachtet werden. Darüber hinaus regt er durch religiöse und kirchliche Beiträge das Glaubensleben an und ermuntert katholische Soldaten, sich in gesellschaftliche, politische und kulturelle Diskussionen einzumischen. AUFTRAG erscheint viermal im Jahr. Für besondere Themen/Anlässe kann ein Sonderheft aufgelegt werden.“

Und das am 19. September 2010 vom Bundes-

vorstand verabschiedete Redaktionskonzept formuliert:

- „Mit ihrer Zeitschrift AUFTRAG verfolgt die GKS die Ziele:
- Unterrichtung über wesentliche Vorgänge innerhalb der GKS und ihre verbandspolitischen Zielsetzungen (Dokumentation und Wertevermittlung);
 - Unterstützung und Vernetzung aller Kräfte und Ebenen in der GKS und im organisierten Laienapostolat in der „Kirche unter Soldaten“;
 - Aufzeigen der Wechselbeziehungen der GKS zur kirchlichen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit;
 - Information über Zusammenhänge und Verbesserung des Hintergrundwissens;

„Aber über ein halbes Jahrhundert konstant geblieben ist die grundsätzliche Zielsetzung dieses Periodikums von katholischen Soldaten“

1 GKS-Werkheft 2010 „Gemeinsam in die Zukunft! Ziele und Wege“ Leitershofener Grundsatzprogramm von 2007, Anlage B, Kasten auf S. 76

- Förderung der Meinungsbildung und des Meinungsaustausches.

AUFTRAG greift Themen auf, die sich aus dem Selbstverständnis und den LEITSÄTZE der GKS ergeben. Dies sind insbesondere die Bereiche:

- Ethik des Soldatenberufes, Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit auf der Grundlage der katholischen Sozial- und Friedenslehre;
- "Kirche unter Soldaten": Praxis des Laienapostolats im Bereich der Militärseelsorge, insbesondere aus der Arbeit der GKS;
- Kirche, Staat, Gesellschaft nah und fern;
- Ökumene, interreligiöser Dialog und internationale Zusammenarbeit.

Die Beiträge werden thematisch zu "Rubriken" zusammengefasst. Hierzu gehören auch Beiträge zur Spiritualität (Lebensfragen u. christlichem Zeugnis), aus der Geschichte, Buchbesprechungen, Personalien und Termine.“

Kritik ist gab es immer, mit ihr muss die Redaktion leben

Soweit ich mich erinnere – und mein GKS-Gedächtnis reicht zurück bis in die Zeit der „Königsteiner Offizierbriefe“ Mitte der 1960er-Jahre – rang die Gemeinschaft immer wieder um inhaltliche Ausrichtung, Niveau, äußerliche Aufmachung, Auflagenhöhe und Verteilung ihrer Zeitschrift.

Das Niveau sei zu hoch und die (langen) Artikel mühsam zu lesen wie auch schwer zu verstehen. Das Erscheinungsbild der Zeitschrift im DIN A4-Format und 3-Spalten-Layout, mit GKS-farbenem Umschlag und sparsam eingesetzten ein- oder zweispaltigen schwarz-weiß Bildern sei starr, unzeitgemäß und entsprechen nicht mehr dem Informationsbedürfnis und Kommunikationsverhalten einer jungen, Smartphone gewohnten Generation. – Ähnliche Klagen gab es auch in der Vor-IT-Zeit Anfang der 1990er-Jahre, als der AUFTRAG wirklich noch grau und bilderlos war. Zur Lagefeststellung 1992 gab es eine GKS-interne Umfrage (übrigens die bisher einzige quantitative Erhebung), die folgende Ergebnisse² zeigte:

- 66 Prozent der meldenden Kreise bewerteten das Layout mit befriedigend (3) bis sehr gut (1);
- der Informationsgehalt wird sogar von 89 Prozent entsprechend bewertet;
- bei der Aktualität sind dies 65 Prozent;
- der oft beklagte Seitenumfang wird noch zu 59 Prozent als durchaus akzeptabel angesehen;
- trotzdem wird in Einzelwertungen beanstandet, dass der AUFTRAG die Adressaten zu wenig anspreche, nicht zum Lesen anrege und nicht die GKS der Mit-

² AUFTRAG 202/Sep. 1992, S.88; dok. in:Dokumente zur Chronik der GKS, S. 950

glieder an der Basis widerspiegeln.

- Informationen werden abgehftet oder abgelegt, jedoch nicht im Schneeballsystem weitergegeben.

Diese einmalige Umfrage ist mit ihrem doch überraschenden Ergebnis sicher nicht repräsentativ für die Situation im Jahr 2016. Sie zeigt aber doch, dass man mit Spontanäußerungen aus einem Bauchgefühl heraus vorsichtig umgehen sollte. Es kommt auch darauf an, wo jemand in der GKS steht, ob er aktiv eine Aufgabe wahrnimmt oder „nur“ Mitläufer ist. Der Redakteur AUFTRAG hat eine andere Sichtweise (Perspektive) auf die Broschüre als die Mitglieder des Bundesvorstandes, diese sehen den AUFTRAG anders als die Vorsitzenden der Kreise, als die Mitgliedern der Kreise oder die Ansprechpartner, die keinem Kreis angehören. Aus der norddeutschen Diaspora sieht die Welt der GKS anders aus als aus dem noch katholischen Milieu im Süden. Wegen der unterschiedlichen Sichtweisen und weil die jeweilige Perspektive die Wahrheit für sich beansprucht, wäre es gut, sich in den Anderspositionierten hineinzudenken. So liegt es im Interesse nicht nur der Redakteure, sondern des ganzen Bundesvorstandes, sich gründlich den AUFTRAG anzuschauen, wie er vom GKS-Leser wahrgenommen wird. Denn seine Wahrnehmung ist entscheidend für die Akzeptanz und Lesefreude. Das soll nicht bedeuten, dass AUFTRAG auf das Niveau eines Unterhaltungsmagazins abgesenkt werden muss. Auch der „einfache“ Leser muss das Ziel und den Themenauftrag des AUFTRAG im Kopf haben und akzeptieren.

Zur Arbeit der Redaktion AUFTRAG

Die GKS hat sich immer darauf verlassen, dass eine Person sich anbot oder gewonnen werden konnte, die selbstständig, verlässlich, verantwortlich und mit journalistischem Können die Redaktion leiten und die Verbandszeitschrift redigieren konnte. Der hohe Aufwand an Zeit und Arbeit beim Redigieren einer Quartalszeitschrift war und ist – soweit die Arbeit nur quasi ehrenamtlich, d.h. mit einer Bezahlung nicht nahekommenden Aufwandsentschädigung, auszuüben ist – nur mit Soldaten außer Dienst zu meistern. Wenn allerdings nach einer Neustrukturierung ein modernes, abwechslungsreiches, gefälliges Layout erwartet wird, wird dies m.E. ohne professionelle Hilfe, die Geld kostet, nicht zu leisten sein.

Was aber über ein professionelles journalistischen Können hinaus für die verantwortliche Leitung der Redaktion AUFTRAG unerlässlich war und ist – gerade wenn und weil sie quasi ehrenamtlich ausgeübt wird: Eine gefestigte Verortung in der GKS. Identifikation mit ihren Zielen, Leidenschaft für die Sache und einen missionarischen Eifer für Weitergabe der Botschaft des Glaubens und der ethischen Überzeugung katholischer Soldaten mit den Mitteln der Publizistik.

Ein Redakteur AUFTRAG darf kein „Mietling“ in Sinne des bezahlten Knechts (s. Joh 10,12f.) sein. Nein, in ihm muss, wie Helmut Fettweis es ausdrückte, „die Glut gläubigen Schreibens“ stecken. Und hinter der Redaktion muss der Bundesvorstand als interessierter und informierter Auftraggeber stehen. Ebenso sollten sich die Redakteure getragen wissen von den Vielen (oder sind es doch nur wenige?), die nicht bunte Unterhaltung erwarten, sondern denen das Publikationsorgan der organisierten Laien in der Kirche unter Soldaten als eine Fachzeitschrift wichtig ist, die Ziele setzt, Position bezieht, Orientierung anbietet und neben Meinungen Hintergrundwissen vermittelt. Selbstverständlich müssen die Mitglieder und Freunde der GKS auch sich und ihre Gemeinschaft in der Zeitschrift wiederfinden können. Das bedeutet aber, dass die viel beschworene Basis auch mitdenkt und über interessante Beiträge qualifiziert mitarbeitet. Dieses Mit-Denken und Mit-Arbeiten gilt auch für zukünftige Formen zur Erleichterung und Beschleunigung der innerverbandlichen Kommunikation, die angestrebt werden (Internetauftritt, Newsletter über

E-Mail-Verteiler, soziale Netzwerke ...). Wenn aus der GKS keine zeitnahen, interessanten, personen- und sachbezogenen Berichte kommen, kann die beste Redaktion nur das wiedergeben, was sie selbst recherchiert und zusammengestellt hat. Auch diese Zuarbeit ist immer schon ein Thema in der GKS gewesen. – Wie heißt es schon im NT?: „Die Ernte ist groß, aber es gibt nur wenig Arbeiter.“ (Mt 9,3)

Apropos zeitnahe aktuelle Informationen aus der GKS

Aktualität der Informationen und Möglichkeiten GKS-interner Kommunikation waren bei der schon bei der Bundeskonferenz 1992 in Freising ein wichtiges Thema. Damals empfahl ich im Bericht des Bundesvorsitzenden „Die Zukunft der GKS“, ... „ein aktuelles zum Dialog befähigtes Mitteilungsblatt herauszugeben“.³

3 s. „Bekenntnis – Auftrag – Erbe“, Dokumente zur Chronik der GKS,

Dieses Mitteilungsblatt wurde erstellt als „GKS-aktuell“, und lebte zwei Jahre lang als vierseitige Information mit je 10 Ausgaben im Jahr.⁴ Zur Konzeption hieß es in „GKS-aktuell“ 1/Feb 1993:

„Vor fast einem Jahr beschlossen erscheint GKS-aktuell heute erstmals. ... Ziel ist es, den ständigen Meinungs- und Erfahrungsaustausch innerhalb unserer Gemeinschaft, sowohl zwischen den Mitgliedern als auch zwischen der Basis und den einzelnen Führungsebenen, zu begünstigen.

An dieser Stelle sollen in Zukunft die Meinungen der Leser veröffentlicht werden. Hoffentlich benötigen wir dazu aber mehr Platz als eine halbe Spalte. Es ist unwichtig, ob die Redaktion diese Meinungen

teilt oder anderer Ansicht ist. Schließlich erwarten wir nicht nur Zustimmung, sondern auch Anregungen und sogar Kritik. So soll nach der Konzeption dieser neuen Mitteilung für Mitglieder und Freunde der GKS dem Dialog ein weiter Raum gewährt werden. Dies ist nur möglich, wenn Sie das Blatt nicht nur lesen, sondern sich dazu äußern und Ihre Arbeit – die Aktivitäten der Basis – auch darstellen. Vielleicht wollen Sie aber gar keine Aktivitäten präsentieren, dann sagen Sie uns, wo Ihnen der Schuh drückt. Anregungen, wie

„ Mit-Denken
und Mit-Arbeiten gilt auch
für zukünftige Formen
zur Erleichterung
und Beschleunigung
der innerverbandlichen
Kommunikation,
die angestrebt
werden “

Leserbriefe geschrieben werden können, gibt Ihnen das Handbuch der GKS im Abschnitt 7.2.2 Pressearbeit – Der Leserbrief. (PS)“

Und die letzte Ausgabe, „GKS-aktuell“ 3/Mar 1995, begründete die Redaktion mit einem EDITORIAL auf Seite 2: „Dies ist unsere letzte Ausgabe der Informationsschrift. Der Redaktion hat das Erstellen von GKS-aktuell für Sie viel Freude bereitet. Wir bedanken uns für ihre Mitarbeit und Anregungen. Gleichzeitig bitten wir darum, uns auch weiterhin beim AUFTRAG nach der Neukonzeption zu unterstützen.

Er soll auch die Funktion von GKS-aktuell übernehmen. Das bedeutet, er wird 8 bis 10 mal im Jahr im Format Din A4 erscheinen. Die Leserfreude soll durch entsprechendes Layout und einen geringeren Umfang (rund 56 Seiten) gefördert werden. Wir hoffen damit, einige ihrer Kritikpunkte abzustel-

2012, S.944-957, insbes. 956

4 Mehr dazu im vorstehenden Beitrag: Klaus Brandt, „Medium verbandlicher Kommunikation mit Außenwirkung“, Seite ...

len und gleichzeitig tragen wir auch der angespannten Haushaltslage Rechnung.“

Die Erwartungen an die Mitarbeit aus der GKS allgemein wie bestimmter Gremien im Besonderen hatten sich in der Vergangenheit der 56 Jahre KOB und AUFTRAG nur in geringem Umfang erfüllt – letztlich war das auch der unausgesprochen Grund für die Einstellung von „GKS-aktuell“ im März 1995. Es wäre wirklich ein Fortschritt, wenn heute ein Neuanfang gelänge und ein Motivationsschub durch die Mitglieder der GKS ginge, ein wie auch immer geartetes Instrument für aktuelle Kommunikation mit lebendigen Informationen zu füllen.

Eine Möglichkeit der aktuellen Information sowie Kommunikation im Laienapostolat der Kirche unter Soldaten bietet sich an, das bisher von der GKS nur mit Misstrauen betrachtet, aber nicht ernsthaft erörtert wurde:

- Eine GKS-Beilage im „KOMPASS Soldat in Welt und Kirche“ mit einem eigens für die Identität der GKS unverkennbarem Layout.
- Je nach verfügbaren Informationsbeiträgen kann der Umfang der Beilage vier Seiten (Minimum) betragen, auch acht oder zwölf Seiten sind möglich.
- Das Militärbischofsamt oder die Redaktion KOMPASS würde die Unabhängigkeit der GKS und ihre Verantwortung für den Inhalt der Beilage garantieren, so wie es auch bei der bewährten Beilage der KAS e.V. der Fall ist.
- Die Vorteil:
 - Die GKS liefert ihre Eigenbeiträge als Fließtexte.
 - Das Layout kann zu verhandelbaren Bedingungen extern zugearbeitet werden.
 - der Druck erfolgt zu festgelegten Terminen im Zusammenhang mit KOMPASS.
 - die Verteilung erfolgt über KOMPASS-Verteiler in Abstimmung mit AUFTRAG-Verteiler, wodurch ein erhebliches Mehr an relevanten Empfänger erreicht wird und der Bekanntheitsgrad der GKS nicht nur in der Kirche unter Soldaten vergrößert würde.
 - Die GKS Beilage wird nicht mit KOMPASS ins Internet gestellt, kann somit durch die GKS selbst auf ihrem Internetauftritt beigefügt und/oder als Newsletter an einen GKS-Abo-Empfängerkreis per E-Mail zugesandt werden.

Schlussbemerkungen

- Den AUFTRAG als Publikationsorgan der GKS sehe ich auch nach seiner 300. Ausgabe nicht als Auslaufmodell an. Im Gegenteil, unter Beachtung seiner gewachsenen Ziele und vorgegebenen Themenbereiche, die durchaus im Rahmen der Gesamtidee der Gemeinschaft unter den Gesichtspunkten betrachtet werden sollten,
 - woher kommen wir (was wollten die „Alten“)?

- wo stehen wir heute?
- was wollen wir in den nächsten 10 bis 15 Jahren erreichen?
- kann das Redaktionskonzept nachgesteuert oder auch neu konzipiert werden. Für wichtig erachte ich, dass nicht auf ein gedrucktes Periodikum verzichtet wird. Wenn auch im Internet nichts verschwindet und ihm ein säkularer Ewigkeitswert zugesprochen wird, so ist eine „Hardware“-Ablage von gedrucktem Papier für z.B. die Fortschreibung GKS-Geschichte eine Erleichterung und von unschätzbarem zukünftigem Wert.
- Wenn die GKS mit dem AUFTRAG weiterhin auch ihrem Bildungsangebot nachkommen und Hintergrundwissen vermitteln will, kann die Zeitschrift auf längere Abhandlungen nicht verzichten. Sache der Bearbeitung durch die Redaktion ist es dann – wenn nicht durch den Verfasser selbst erledigt – einen kurzen Vorspann, herausgehoben durch Schrift, Kasten o.a., dem Beitrag voranzustellen. Dieser Vorspann soll kurz das Wichtigste zusammenfassend so geschrieben sein, dass er zum Weiterlesen sofort oder später anregt. Auch Zwischenüberschriften – wenn nicht vorhanden durch die Redaktion zugefügt – lockern den Text auf und erleichtern die Lesbarkeit. Sowohl in Tages- als auch Wochenzeitungen und seriöse Zeitschriften sind dafür gute Beispiele zu finden.
- Für ein „GKS-aktuell“ (Arbeitsbegriff) bietet sich wie oben angerissen eine von der GKS verantwortete unabhängige Beilage im KOMPASS an.
- Über einen Newsletter-Verteiler können aktuelle Infos schnell und kostensparend der Mehrheit aller GKS-Mitglieder schnell zur Verfügung gestellt werden.
- Mit diesen abschließenden Bemerkungen wünsche ich der GKS eine jederzeit effiziente Redaktion mit qualifizierten wie engagierten und der gemeinsamen Sache verpflichteten Redakteuren, die alle gegenwärtigen und zukünftigen Kommunikationsmittel zielsicher einsetzen können.
- Ich wünsche der GKS für das weite Feld der internen wie externen Kommunikation einen Stamm aktiver Mitarbeiter, die sich gemeinsam im Sinne des selbstgewählten Apostolats für ihre Überzeugung aktiv einsetzen und sich nicht als passive Verbraucher sehen.

Und letztlich wünsche ich (nach einem langen 50-jährigen Weg auf allen Ebenen unserer Gemeinschaft) dieser Gemeinschaft Katholischer Soldaten und ihrer Zeitschrift AUFTRAG weitere erfolgreiche fünf Jahrzehnte und Gottes reichen Segen bei allen Vorhaben und auf allen Wegen. Ich bin dann zwar nicht mehr dabei, werde aber alles – wie auch immer – im Blick behalten wollen. ◀

Sind Christen die besseren Soldaten?

VON RAIMUND KIRCH¹



► „Haben ¹Sie gedient?“ Diese Frage musste ich mir bei Vorstellungsgesprächen für Volontäre immer verkneifen. Sie wäre mir im Rückgriff auf den „Hauptmann von Köpenick“ sicher falsch ausgelegt worden, und seit ein paar Jahren hat sie sich ja ohnehin erübrigt: Die Wehrpflicht ist abgeschafft. Leider, wie ich meine.

Der Soldatenberuf sei ein Beruf wie jeder andere, heißt es jetzt immer öfter. Dagegen regt sich aber auch Widerspruch. Und zwar von unterschiedlicher Seite. Für die ei-

heilige Martin, Sankt Mauritius und seine thebaische Legion bis hin zum Ordensgründer Ignatius von Loyola. Der Völkerapostel Paulus hatte keine Schwierigkeit mit dem Soldatenberuf. Von ihm stammt das Wort, dass jeder in seinem Stande bleibe, in welchem ihn der Ruf Gottes treffe.

Man muss sich das Römische Reich damals als multireligiösen Schmelztiegel vorstellen. Die christliche Botschaft hatte eine Auferstehungshoffnung zu bieten, die etwas ganz Neues, Hoffnungsvolles verkörperte gegenüber meist esote-

„ Ich weiß nicht, ob es richtig ist, als Christ Soldat zu sein. Ich bin mir aber sicher, dass es richtig ist, als Soldat Christ zu sein “

nen ist es beileibe kein Beruf wie jeder andere, weil man notfalls schießen oder sein Leben opfern muss. Für andere ist der Militärdienst mit dem Gewissen nicht vereinbar.

Christlichen Pazifismus gibt es, seit sich die ersten Gemeinden rund ums Mittelmeer gebildet haben. Wahrscheinlich hat man sich sehr früh die Frage stellen müssen, in welchen Situationen der Einsatz von militärischer Gewalt ethisch und rechtlich hinnehmbar oder sogar geboten ist. Denn, man möge mir neuerlich widersprechen, gerade für Soldaten war ja das Christentum ein Hoffnungsanker. Man könnte, kühn formuliert, sogar von einer Soldatenreligion sprechen – allein schon, wenn man den Heiligenkalender betrachtet. Da waren der Hauptmann unterm Kreuz, der

rischen Religionen mit diversen Mysterienkulten. Die Versicherung des sterbenden Christus am Kreuz dem bekehrten Schächer gegenüber „Heute noch wirst Du mit mir im Paradiese sein“, war die große Jenseitshoffnung für einen Berufsstand, der dem Tod ins Auge schaute. Diese Jenseitshoffnung drückt sich heute noch in den Katakomben mit ihren Paradiesdarstellungen, Weinreben, Delphinen aus.

Warum ich diese bekannten Tatsachen noch einmal erzähle: Weil ich meine, dass Soldatsein sehr wohl zum Christentum gehört. Nicht von ungefähr hat der heilige Augustinus Kriterien für einen gerechten Krieg aufgestellt. Sie gelten seither als wichtigste theologische Rechtfertigung für die Teilnahme von Christen an militärischen Auseinandersetzungen. Auch wenn sich immer wieder herausstellt, dass in der Praxis so gut wie kein Krieg geführt wird, der den hohen Ansprüchen des Kirchenlehrers an einen „bellum justum“ genügt.

¹ Raimund Kirch hat beim Fränkischen Tag in Bamberg volontiert. Seit 1980 arbeitet er bei der Nürnberger Zeitung; seit 2006 als Chefredakteur. 14-tägig redigiert er eine Seite „Aus Kirche und Gesellschaft“.

Nach dem ersten Weltkrieg mit seinen Abertausenden von Toten glaubte man, dies sei der letzte Krieg dieser Art gewesen. Welch ein Irrtum. Auch hier zeigt sich, dass es wohl keinen gerechten Krieg geben kann, gerechte und ungerichte Friedensschlüsse aber schon.

Journalisten haben sich damit immer und immer wieder auseinander zu setzen. Und ich meine, wer selbst einmal Soldat war, hat das ohnehin immer getan. Was nicht heißt, dass meine Kolleginnen in der Redaktion nicht genauso kompetent und tiefgründig über Rüstungsfragen und Bewaffnung, Militärdienst und Verteidigungspolitik nachdenken und schreiben könnten.

Seit 15 Jahren ist die Nürnberger Zeitung Medienpartner und Mitorganisator der Nürnberger Sicherheitstagung. Träger sind u. a. die Friedrich-Naumann-Stiftung, der Deutsche Bundeswehrverband, die Clausewitz-Gesellschaft, der Reservistenverband und die Deutsche Atlantische Gesellschaft. Bei dieser „kleinen Schwester“ der großen Münchner Sicherheitstagung mit ihrem Aufmarsch an Spitzenpolitikern berichten seit einigen Jahren meine Kolleginnen aus dem Politik-Ressort: stets bestens vorbereitet, nachfragend, mit der nötigen Distanz.

Dennoch schmerzt es mich ein wenig, dass in einer Redaktion von etwa 50 Kolleginnen und Kollegen nur noch drei vertreten sind, die praktische Bundeswehr-Erfahrung haben. In jeder Voll-Redaktion einer Tageszeitung müsste auch militärisches Sachwissen vorhanden sein, das nicht nur schnell angelesen wird, um noch schneller wieder vergessen zu werden. Es ist immer noch wichtig, Rangabzeichen unterscheiden zu können; etwas vom Beschaffungswesen zu verstehen; die innere Struktur der Bundeswehr zu kennen; zu wissen, was „Innere Führung“ bedeutet. Und ja: Dass man auch eine Ahnung hat vom Konzept des gerechten Krieges. Wobei in der neuen friedensethischen Debatte, wie schon gesagt, das Konzept des gerechten Friedens entgegengestellt werden muss.

Vielleicht hätte ja George W. Bush nach Beendigung des zweiten Irak-Krieges beim früheren amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln Rat suchen können, der nach dem Bürgerkrieg zwischen Nord- und Südstaaten von der Aufgabe eines gerechten und ausdauernden Friedens „unter uns selbst und mit allen Völkern“ gesprochen hat. Vielleicht wäre uns ja einiges erspart geblieben, hätten alle Beteiligten diese Maxime beherzigt. Betrachtet man nämlich den gerechten Frieden unter dem Gesichtspunkt des gerechten und dauerhaften Schutzes vor Gewalt, steht die Gerechtigkeit am Anfang jedes Friedens.

Was ich sagen will ist, dass man erst einen Standpunkt haben muss, ehe man ihn auch vertreten kann.

Für mich selbst war der 15-monatige Wehrdienst zu Beginn der 70er Jahre noch einmal ein wichtiger Ort der Persönlichkeitsbildung. Nach einer Schriftsetzerlehre kam ich

ohne jegliche Elektronikkenntnisse zu einem Fernmeldebataillon mit sechsmonatiger Grundausbildung zum Radarbeobachter. Weil man dabei gelernt hat zu lernen, konnte ich auch anschließend – fast spielend – das Abendgymnasium absolvieren und die Journalistenlaufbahn einschlagen.

Noch wichtiger aber waren Freundschaften, die zum Teil noch bis heute halten, und das Innehalten vor dem Neuanfang. Andere mögen andere Erfahrungen gemacht haben, für mich war die Zeit bei der Bundeswehr wichtig.

Soldatsein heute, in einer Einsatzarmee, hat sicher ganz andere, neue Herausforderungen, die von Wehrpflichtigen schwerlich erfüllt werden können. Dennoch bedauere ich nach wie vor die Abschaffung der Wehrpflicht. Wobei mir die Probleme mangelnder Wehrgerechtigkeit immer bewusst waren.

Jedenfalls freue ich mich, diese Zeilen für den „Auftrag“ schreiben zu dürfen. Zumal ich selbst vor Jahren als ehrenamtliches Redaktionsmitglied ein Heft für Mitarbeitende in der Evangelischen Landeskirche mitredigieren durfte, das den Titel „Unser Auftrag“ trug.

Ich weiß deshalb um die Last und die Lust eines Redaktionsteams, Themen zu finden, Autoren zu gewinnen, Bilder zu beschaffen, zu layouten und Korrektur zu lesen. Im „Auftrag“ findet man Themen, die in die Tiefe gehen, Orientierung geben. Was daran zu erkennen ist, wie schwer es fällt, sich von gelesenen Heften zu trennen. Ich bin sicher, dass in vielen Regalen und Schubladen ganze Jahrgänge des „Auftrag“ aufgehoben werden und manches Heft immer wieder wieder mal angepackt wird.

Mir passiert das auch mit vielen gedruckten Exemplaren der Nürnberger Zeitung, die ja auch digital abzurufen wären. Aufgehoben habe ich zum Beispiel alle Nummern mit unserer Werte-Serie aus dem Jahr 2013.

Darin enthalten ist auch ein Artikel mit der Überschrift. „Sind Christen die besseren Soldaten?“. Der Untertitel lautet: „Kriege können nicht menschlich sein – Aber das Militär besteht aus Menschen.“ Ein Kollege beschrieb darin die heikle Gewissenfrage, die sich jeder Soldat (jede Soldatin, muss man heute wohl auch sagen) sicher des Öfteren stellt. Die Kluft des kategorischen Gewaltverbots eines Jesus von Nazareth und dem Verteidigungswillen einer Wertegemeinschaft ist nun einmal groß.

Mein Kollege kam in seinem Betrag zu dem Schluss: „Ich weiß nicht, ob es richtig ist, als Christ Soldat zu sein. Ich bin mir aber sicher, dass es richtig ist, als Soldat Christ zu sein.“ ◀

„Im „Auftrag“
findet man Themen,
die in die Tiefe gehen,
Orientierung geben“

Woher kommt die Ideologie des Islamismus?

VON RAINER ZINK

Am 19. November 2015 hat die Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) in Kooperation mit der Friedrich-Nauermann-Stiftung für die Freiheit zu einem außenpolitischen Vortragsabend eingeladen. Der Referent Alexander Rieper, Orientalist und Islamexperte aus München und Geschäftsführer der Thomas-Dehler-Stiftung befasste sich an diesem Abend mit dem Thema „Woher kommt die Ideologie des Islamismus?“ Die Begrüßung sowie die Vorstellung des Referenten wurde durch Ulrich Feldmann, Oberstleutnant a.D. und stv. Sektionsleiter der GSP vorgenommen. Der Referent bedankte sich bei Beginn seines Vortrags für die

Einladung der GSP, bezog sich kurz auf die beiden oben genannten Stiftungen und erwähnte, wie er seinen Vortrag gliedern werde. „Als ich diese Einladung zu diesem Vortrag erhalten habe, konnte ich nicht erahnen, dass ich diese Thematik unter dem Eindruck der terroristischen Anschläge von Paris vortragen würde“ begann Rieper. Dass dieses Thema höchste Brisanz hatte, dass viele Menschen verunsichert sind und Angst vor dem gewaltbereiten Islamismus haben, zeigte sich schon jetzt ganz deutlich, denn nahezu 200 Besucher waren in den Parkwohnstift nach Bad Kissingen gekommen, um sich diesen Vortrag anzuhören.

Unterscheidung Islam – Islamismus

► Nach Bernard Haykel, Professor für Near Eastern Studies an der Princeton University, kann der gewaltbereite Islamismus folgendermaßen zusammengefasst werden: Er ist Ausdruck und Symptom der politischen Entrechtung und Demütigung, die viele Sunniten, insbesondere sunnitische Araber, in der heutigen Welt empfinden. Dafür gibt es vielerlei Gründe. Zum Beispiel ein schwer zu fassendes Grundgefühl der meisten Araber (und Moslems), dass sie von der Zivilisationsgeschichte abgehängt wurden, während sich andere Völker weiterentwickeln und die Früchte des Fortschritts ernten. Diesen Einstieg über den gewaltbereiten Islamismus hat Rieper bewusst gewählt, um Spannung zu erzeugen, denn im Weiteren wollte er die Unterscheidung Islam – Islamismus sowie eine Kurzübersicht über die Geschichte des Islam ansprechen. Bei seinem geschichtlichen Rückblick bemerkte Rieper, dass der Islamismus aus einer Ideengeschichte entstanden ist und eine Sammelbezeichnung



*Der Referent Alexander Rieper, Orientalist und Islamexperte aus München
(Foto: Rainer Zink)*

für alle politischen Auffassungen und Handlungen sei, die im Namen des Islam die Errichtung einer religiös legitimierten Gesellschafts- und Staatsordnung anstreben. Allen radikalen Strömungen war und ist dabei die Ab-

sicht zu Eigen, den Islam nicht nur zur verbindlichen Leitlinie für das individuelle, sondern auch für das gesellschaftliche Leben zu machen. Dabei stünden für Nichtmuslime insbesondere zwei ganz entscheidende Fragen im Mittelpunkt:

1. Ist der Islamismus ein wesentlicher Bestandteil des Islam?
2. Ist der Islamismus in erster Linie ein religiöses oder ein politisches Phänomen?

Geschichtlicher Rückblick

Um diese Fragen näher zu erläutern, unternahm der Referent einen geschichtlichen Rückblick des Islam. Rieper führte die Zuhörer zurück und eröffnete

- mit dem Jahr 570 – der Geburt Mohammeds. In der weiteren Zeitschiene erläuterte er
- das Jahr 622 – die Auswanderung Mohammeds nach Medina,
- das Jahr 632 – den Tod Mohammeds,
- das Jahr 680 – die Schlacht von Kerbela – der Trennung von Sunniten und Schiiten,

- das 8.-9. Jahrhundert – die Entstehung der vier islamischen Rechtsschulen,
- das 9. Jahrhundert – die Entstehung der wichtigsten Traditionssammlungen (Sunna).

In seinem geschichtlichen Rückblick hat der Referent schlussendlich das Jahr 1055 noch umrissen, denn in diesem Jahr übernahmen türkische Seldschuken die Herrschaft in Bagdad, der Kalif wurde entmachtet und unterstand fortan dem seldschukischen Herrscher, dem Sultan. Seit dieser Zeit, so Rieper ging es für die Araber stetig bergab. Es folgte die Zeit der europäischen Dominanz mit der Gründung des Osmanischen Reiches 1790, Napoleons Ägyptenfeldzug 1798 bis 1801, das Abkommen von Sykes – Picot 1916, der Gründung des Staates Israel 1948 und letztendlich der 6-Tage Krieg 1967.

Die Lehre des Islam

In diesen letztgenannten 150 Jahren sind die Araber bei militärischen Auseinandersetzungen immer gescheitert, was eine weitere Demütigung für sie bedeutet. Dieses einseitige Gefühl führt bei ihnen dazu, dass ein Wesenselement ihrer kulturellen Identität gegen äußere Einflüsse verteidigt werden muss. Um diese neue Aufgabe erfüllen zu können, muss der Islam zu etwas werden, auf das man stolz sein kann. Aber wie sollte man auf ihn stolz sein angesichts der subjektiv wahrgenommenen Schwäche und angeblichen Unterwerfung der islamischen Welt? Eine Lösung existiert für die Araber eben darin, den Blick zurück zu schauen, zu den vergangenen Ruhmeszeiten vor dem Jahr 1055, der mittelalterlichen islamischen Zivilisation, die in dieser Zeit vom Kampf und von der Eroberung durch Waffengewalt

geprägt war. „Wir glauben nämlich, dass der Islam ein umfassendes Konzept ist, dass alle Bereiche des Lebens ordnet, Aufschluss zu jeder ihrer An gelegenheit gibt und dafür eine feste und präzise Ordnung vorgibt. Er steht nicht hilflos vor den Problemen des Lebens oder den Systemen, die notwendig sind, um das Wohlergehen der Menschen zu fördern.“ Mit diesen Worten zitierte Rieper den Gründer und ersten geistlichen Führer der Muslimbruderschaft Hassan al-Banna (1906 – 1949),

kussion zu führen und somit Lösungsansätze schaffen zu können:

- Nicht die Religion des Islam an sich ist das Problem, er ist so pluralistisch wie andere Religionen auch.
- Die islamische Welt besitzt eine jahrhunderte alte Rechtstradition, die dem Extremismus entgegensteht.
- Die zentrale Herausforderung heute ist die Entflechtung des Politischen vom Religiösen. Wo geht



Bild mit Symbolkraft: Schatten des Terrors oder stehen die Sicherheitskräfte mit dem Rücken zur Wand?
(Foto: Fotolia.com/Jonathan Stutz)

der sich zu einer Rückkehr zum ursprünglichen Islam und der Errichtung einer islamischen Ordnung einsetzte.

Fazit

Am Ende seines Vortrags folgert der Orientalist und Islamexperte, dass wir auf die nachfolgenden Perspektiven beim Umgang mit den gewaltbereiten Formen des Islams ein Augenmerk richten sollten, um eine sachliche Dis-

es um konkrete Lebensumstände, wo um religiöses Dogma?

- Sprechen wir besser von Djihadisten statt von Islamisten, um eine klare Trennung der Radikalen zu gewinnen.

Mit diesem Ausblick verstand es Rieper bis zum Schluss die Spannung aufrecht zu erhalten und nach etwa zwei Stunden beendete der Referent seinen äußerst informativen und interessanten Vortrag. ◀

Strategien, Taktik und Perspektiven

Russische Außenpolitik am Beispiel des Ukraine-Konflikts

VON RAINER ZINK

Am 05. November 2015 hat die Reservistenkameradschaft Hammelburg zu einem Vortragsabend der Hanns-Seidel-Stiftung eingeladen. Der Referent Dr. Gunter Schmid (im Bild rechts) befasste sich an diesem Abend mit dem Thema „Strategien, Taktik und Perspektiven russischer Außenpolitik am Beispiel des Ukraine-Konflikts“. Die Begrüßung sowie die Vorstellung des Referenten wurde durch die Regionalbeauftragte der Hanns-Seidel-Stiftung, Rosi Hufnagel vorgenommen. Dabei erwähnte sie Schmidts ehemalige Professur

für Internationale Politik an der Beamtenhochschule in München und Berlin. Der Referent bedankte sich bei Beginn seines Vortrags für die Einladung der Reservistenkameradschaft und er erwähnte, dass er seinen Vortrag in insgesamt Thesen gliedern werde, bezogen auf die russische Außenpolitik unter dem Regime Putins und dabei insbesondere die Interessen, die Ziele und die Mittel Putins vorstellen wolle. Besonders hervorheben wolle Schmid dabei, warum Präsident Putin diese Art von Außenpolitik betreibt.

Die Politik Putins

► Wenn die Politik des russischen Präsidenten verstanden werden soll, so muss man sich erst näher mit dem

durchgeplant. Was also bestimmt die Politik Putins? Um diese Frage näher zu erläutern, muss die Zeitschiene auf die Jahr 1985 bis 1990 zurück gedreht werden, denn in dieser Zeit war

te den damaligen arbeitsunfähigen Präsidenten Jelzin und die völlig desolaten, korrupten Verhältnisse in den Verwaltungen von Moskau und St. Petersburg. Deshalb ist es auch nahezu verständlich, dass er immer wieder in seinen Reden folgenden Satz zitiert: „Der Untergang des sowjetischen Imperiums war die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“. Darüber hinaus glaubt auch er und die russische Elite heute noch, dass der Westen in die geostrategische, politische Zone eingedrungen sei, und der Westen und die USA hätten die damalige Schwächeperiode der Russen nach 1991 ausgenutzt. Putin und die Elite Russlands sehen somit ihre eigenen Interessen bedroht und deshalb fühle sich Putin genötigt, Russland wieder groß zu machen.



Der stellvertretende Vorsitzende der Reservistenkameradschaft Hammelburg, Hptm a.d. Ullrich Seelmann (links), läßt sich von Dr. Gunter Schmid an der Karte einweisen.

(Foto: Rainer Zink)

Menschen Putin befassen. „Putin ist ein Taktiker, ein Spieler, denn er testet bewusst den Westen, aber ohne dabei eine bestimmte Konzeption zu verfolgen“, begann der Referent seinen Vortrag. Somit sei Putin auch nicht der große Strategie und ebenfalls wäre die russische Politik nicht unbedingt

Putin KGB Vertreter in Dresden und hat dort das Ende der DDR persönlich miterlebt, also hatte Putin mit dem Zerfall des Imperiums DDR sozusagen schon Erfahrung. Aber es sollte noch schlimmer kommen für Putin, denn er erlitt ebenso den Untergang der Weltmacht Sowjetunion, er erleb-

Die Ziele Putins

Putin hat eine Obsession und dies sei seine Verwundbarkeit, erläuterte Schmid und diese berufe sich auf drei geschichtliche Ereignisse:

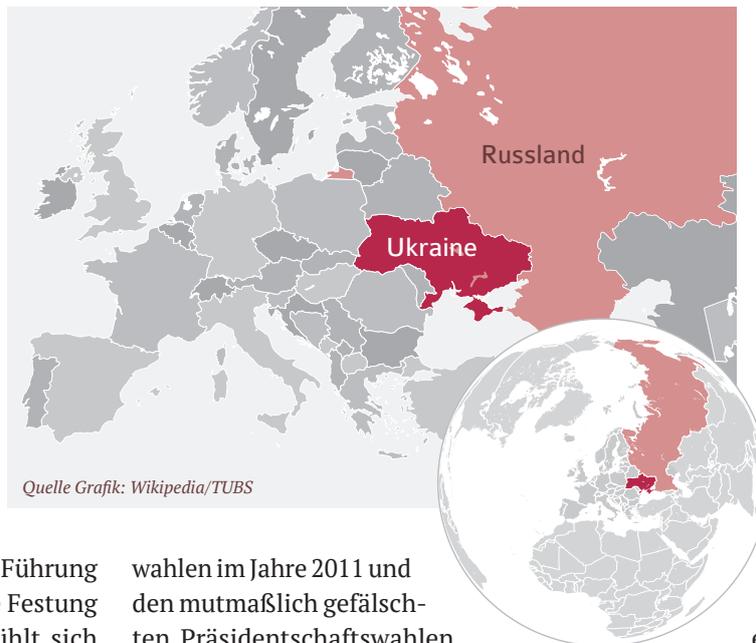
1. Einmarsch Napoleons 1812 in Russland
2. Unternehmen Barbarossa 1941
3. Das sowjetische Imperium geht zugrunde 1991.

1991, also unmittelbar nach der Zeit Putins in Dresden. Apropos Dresden, überhaupt sei laut eigener Aussage Putins seine Zeit in Dresden die schönste Zeit gewesen. Allerdings nach dieser Zeit war nur noch Zerfall in der Sowjetunion, den Putin persönlich miterlebte und deshalb verfolge er auch das Ziel, den weiteren Zerfall des Imperiums aufzuhalten, d.h. Putin will den weiteren Zerfall seines eigenen post-sowjetischen Sicherheitsraumes verhindern oder gar beenden. Der Zerfall der UdSSR ist für Putin gleichbedeutend mit dem Zerfall der eigenen Identität. Die Frage, was letztendlich das Imperium zerstört haben könnten, stellt sich die russische Führung nicht, vielmehr fühlt sie ihre Festung vom Westen bedroht, sie fühlt sich als vereinsamte Großmacht. Deshalb reagiert Putin seit dieser Zeit auf den Verfall des Imperiums. Für sein Land sind wirtschaftliche Interessen von großer Bedeutung und somit betreibt er auch eine klassische Realpolitik mit nationalen Machtinteressen. Seine Ziele orientieren sich deshalb am gesamt-strategischen Interesse zu Macht- und Regierungserhalt:

- Beendigung des Zerfalls des Sowjet-Imperiums
- Wiederherstellung der geopolitischen Einfluss- und Interessensphäre Russlands
- Wiederherstellung des ehemaligen sowjetischen Imperiums
- Etablierung und Respektierung eines eigenen Großmacht-Status als zentraler Pol in der multipolaren Welt.

Anfang des 21. Jahrhunderts wurde Russland wieder militärisch, aber auch wirtschaftlich stärker, jedoch die Weltwirtschaftskrise in den Jahren 2008/2009 war ein Desaster für

Russland. Die Erdölpreise brachen ein und die Blühträume Russlands von 100 \$ für 1 Barrel Erdöl sanken auf 40 \$. In dieser Zeit gab es die ersten Protestbewegungen gegen das System Putins und nach den Parlamentswahlen



Quelle Grafik: Wikipedia/TUBS

wahlen im Jahre 2011 und den mutmaßlich gefälschten Präsidentschaftswahlen im März 2012 spitzten sich diese zu und es demonstrierten nahezu 250.000 Menschen in Moskau. Der russischen Führung war deutlich, dass Russland stabilisiert werden musste. Die exklusive geopolitische Einfluss- und Interessensphäre musste wieder hergestellt werden, dem russischen Volk musste etwas geboten werden. Vor diesem Hintergrund sind auch die Destabilisierung der Ukraine und die völkerrechtswidrig nachgewiesene Besetzung der Krim zu sehen. Russland reklamierte die Krim als urrussisches Recht und stabilisierte somit ihr eigenes Land – ihr Russland. Dass die Ukraine dadurch destabilisiert wurde, sei nur am Rande erwähnt. Hinzu kommt, dass der 1997 geschlossene Pachtvertrag zwischen Russland und der Ukraine bezüglich der russischen Schwarzmeer-Flotte auf der Krim, wo die zweitgrößte Flotte Russlands stationiert ist, im Jahr 2017 ausläuft. Somit sind die aus der Sicht Putins die russischen Sicherheitsinteressen ge-

währleistet. Dieses Ziel musste unbedingt verfolgt werden, denn wenn die Ukraine als Kornkammer und Waffenkammer Russlands verloren würde, würde die Macht Putins und der russischen Führung deutlich sinken.

Die Ukraine stellte für Russland nicht nur eine rote Linie dar, sondern ist absolut tabu, d.h. die Ukraine darf nach Putins Vorstellungen niemals westfreundlich werden. Durch diese Maßnahme war die Bevölkerung Russlands wieder pro Putin eingestellt, denn die Bevölkerung spürte, dass die russische Führung jederzeit verhindern konnte, dass ein Staat nach Westen abdriftet am Beispiel der

Ukraine. Also mussten der NATO-Beitritt und die EU-Mitgliedschaft der Ukraine (auch Georgien) verhindert werden und dies wurde geschaffen durch Destabilisierung und regionalen Separatismus. Darüber hinaus wurde durch die Annexion der Krim eine langfristige Sicherung der russischen Präsenz im Schwarzen Meer geschaffen. „Die Ursachen des Ukraine Konflikts liegen somit im innenpolitischen Bereich“ so Schmid, denn Putin verfolgte damit den Zerfall seines Imperiums zu stoppen und den eigenen Machtbereich zu sichern. „Russland sieht sich heute als einen großen Pol in einer multipolaren Welt, als Eurasische Großmacht, die von niemand abhängig sein will. Russland ist eine eindimensionale Macht, eine militärische Macht mit einer nuklearstrategischen Komponente und Russland denkt noch immer an die Großmacht“. Mit diesem Fazit beendete der Referent seinen höchst interessanten Vortrag. ◀

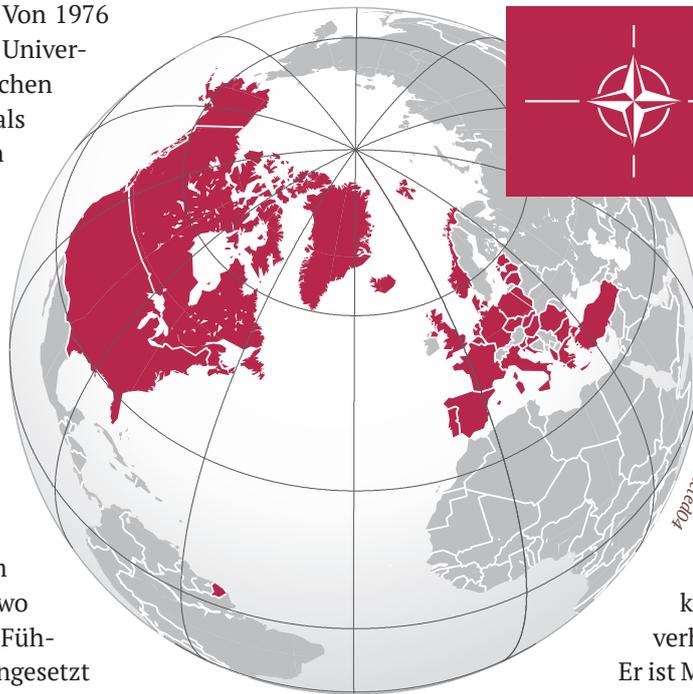
Von Wales über Warschau nach ...? – Herausforderungen und Chancen

VON RAINER ZINK

Den Abschluss des sicherheitspolitischen Anteils unserer Jubiläumsausgabe bildet ein Vortrag von Generalmajor Josef Blotz, den er am 14. September 2016 bei der 56. Woche der Begegnung in Bensberg gehalten hat. Dieser Vortrag stellte eine Betrachtung der NATO nach dem Gipfel in Warschau dar. Der Referent bezeichnete ihn deshalb „Von Wales über Warschau nach ...? – Herausforderungen und Chancen“.

► Generalmajor Josef Dieter Blotz ist am 22. November 1956 in Hadamar geboren. Nach dem Abitur trat Blotz zum 1. Juli 1975 als Offizieranwärter in die Bundeswehr ein. Von 1976 bis 1979 studierte er an der Universität der Bundeswehr München und schloss das Studium als Diplom-Pädagoge ab. Nach dem Studium diente er von 1980 bis 1987 als Zugführer und Kompaniechef im Panzergrenadierbataillon 152. Von 1987 bis 1989 absolvierte er den 30. Generalstabslehrgang an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Nach diesem Lehrgang wurde Blotz ins Bundesministerium der Verteidigung versetzt, wo er bis 1991 als Referent im Führungsstab der Streitkräfte eingesetzt war. Weitere Truppenverwendungen und Verwendungen in höheren Ämtern und Stäben sowie Verwendungen in der NATO und in Auslandseinsätzen durchlief Blotz von 1991 bis 2005. Während dieser Zeit absolvierte er ein Studium an der National Defense University in Washington, D.C., welches er mit einem Master of Science in

National Security Strategy abschloss. Vom Januar 2006 bis zum September 2007 kommandierte Blotz die Pan-



zergrenadierbrigade 30 in Ellwangen und wurde in dieser Verwendung am 1. Dezember 2006 auch zum Brigadegeneral ernannt. Ebenfalls in diese Zeit fällt der Auslandseinsatz im Rahmen der ISAF in Afghanistan, wo er vom Februar bis Juli 2007 als Regi-

onalkommandeur Nord (RC North) in Masar-e Scharif eingesetzt und zudem Kontingentführer des 13. Einsatzkontingentes der Bundeswehr war. Vom Oktober 2007 bis April 2010 war Blotz Kommandeur der Infanterieschule in Hammelburg und damit zugleich General der Infanterie. Danach übernahm Blotz den Posten des Sprechers ISAF in Afghanistan und war

somit Sprachrohr der ISAF-Kommandeure McChrystal und Petraeus. In seinen letzten Verwendungen war er von 2011 bis 2013

Abteilungsleiter II Militärpolitik der Deutschen NATO-Vertretung in Brüssel und von 2013 bis 2016 Director, Operations Division im Internationalen Militärstab in Brüssel. Seit dem 1. Juli ist Generalmajor Blotz Abteilungsleiter Einsatz im Kommando Streitkräftebasis in Bonn. Blotz ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Er ist Mitglied des Souveränen Malteserritterordens und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten.

Sicherheitspolitische Lage

Die sicherheitspolitische Lage sei geprägt von vielen Unwägbarkeiten und Unruhen, nicht nur in Deutschland und Europa, sondern weltweit. Frieden

und Stabilität seien deshalb auch keine Selbstverständlichkeit mehr. Darüber hinaus zeige es sich, dass die USA als Weltmacht über so große wirtschaftliche, politische und militärische Mittel verfüge, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen aber auch als einzige Weltmacht die Möglichkeiten besitze, Frieden zu gewährleisten. Hinzu komme der wachsende Einfluss Chinas sowohl auf wirtschaftlichem Gebiet, aber in der Folge auch im politischen Bereich und dies sei eine weitere Herausforderung für den Westen. Vor allem aber, so der General sei die Situation in Russland mit eigenen Interessen schwer einschätzbar, und deshalb gelte es, einen genaueren Blick auf Russland zu richten. Die besten Freunde seien freilich Russland und die NATO nicht immer gewesen, dennoch sei das Verhältnis zwei Jahrzehnte lang partnerschaftlich gewesen. Nun aber spuke für manchen Beobachter das Gespenst eines neuen Kalten Krieges durch Europa, denn Russland fühle sich mit dem Beschluss der NATO, tausende zusätzliche Soldaten nach Osteuropa zu verlegen, provoziert. Warum macht die NATO das? Es ist eine verspätete Antwort der NATO auf die erstmals erfolgte gewaltsame Veränderung der Nachkriegsgrenzen durch Russland (Krim, Ostukraine). Bei diesem Bruch des Völkerrechts müsse man sich die Frage stellen, ob Russland derzeit als Partner oder als Gegner der NATO zu betrachten sei. Darüber hinaus sei auch nach wie vor die Situation in den islamischen Staaten äußerst unsicher, denn es bestehe eine starke Konkurrenz zwischen verschiedenen islamischen Bewegungen und Gruppierungen. Zudem gebe es ebenso viele islamische und islamistische Terrorgruppen mit verschiedener Wahrnehmung und unterschiedlichem starken regionalen und überregionalen Einfluss. Auch die Thematik der Proliferation ballistischer Raketenysteme und nuklearer Waffensysteme sei nach wie vor ein Faktor der Instabilität innerhalb der Sicherheitspolitik.

Aufgaben und Ziele der NATO

Bevor General Blotz die Ziele der NATO näher erläuterte, hat er vorab erst kurz über die Strategischen Perspektiven der NATO berichtet und diese in eine Eastern Challenge (Ost-Herausforderung) und einer Southern Challenge (Süd-Herausforderung) unterteilt. Bei der Eastern Challenge handle es sich um die traditionelle, bekannte und sicherlich auch eingübte Sichtweise, allerdings sei diese aufgrund der augenscheinlichen Realität äußerst instabil. Insgesamt gelten für alle diese Herausforderungen wie die 2010 im strategischen Konzept der NATO festgeschriebenen drei Kernaufgaben:

1. Kollektive Verteidigung
2. Militärische Kooperation
3. Krisenreaktion

Anders stelle sich jedoch die Southern Challenge dar. Diese Herausforderung sei eine wesentlich neue, aus einer geänderten geopolitischen Sicht heraus, deren Entwicklung höchst unberechenbar sei, da diese in eine ständige dynamische Instabilität gründe. Zum Unterschied gelte für diese Herausforderung die folgende Aufgabenbeschreibung:

1. Krisenreaktion
2. Militärische Kooperation
3. Kollektive Verteidigung

Aus diesen Motiven heraus forderten beide Herausforderungen unterschiedliche Handlungsprioritäten und deshalb sei die Schwerpunktsetzung aufgrund der in beiden Challenges herrschenden hohen Instabilität sehr schwierig, insbesondere da es Überschneidungen gebe, die die NATO als Ganzes betreffen, wie z.B. die Türkei in ihrer besonderen geographischen und politischen Lage. Durch das Ende der Ost-West-Konfrontation habe sich die politische Landschaft zwar grundlegend verändert, in Mittel- und Osteuropa wurde ein tiefgreifender politischer und wirtschaftlicher Reformprozess eingeleitet und auch der Stabilitätsraum Europa ver-

größerte sich durch den europäischen Integrationsprozess und die NATO-Erweiterung mit nunmehr insgesamt 28 Staaten. Dennoch sei das Nordatlantische Bündnis nach wie vor ein Zu-



Das Bild zeigt Josef Blotz als Brigadegeneral während eines Vortrages in Bonn 2010 bei der GKS. (Foto: Bertram Bastian)

sammenschluss souveräner Staaten, die entschlossen sind, wesentliche sicherheits- und verteidigungspolitische Ziele gemeinsam zu verfolgen. Dabei gelte es, die Freiheit und Sicherheit aller Mitgliedstaaten mit politischen und militärischen Mitteln zu gewährleisten durch Souveränität, aber auch den Stabilitätsanker mittels Kohäsion und Solidarität ständig sicherzustellen. Bei dieser nicht einfachen Aufgabe seien zudem die finanziellen Mittel und Ressourcen begrenzt und es bestünden auch hier und da divergierende Interessen innerhalb des Bündnis, so der General.

Von Wales nach Warschau

„Beim Gipfeltreffen von Wales am 04. und 05. Sept. 2014 haben die Staats- und Regierungschefs der 28 NATO-Staaten einen Plan für eine erhöhte Einsatzbereitschaft – NATO Readiness Action Plan (RAP) verabschiedet“ erklärte General Blotz. Kernstück dieses Plans sei die Aufstellung einer neuen schnellen Eingreiftruppe: Very High Readiness Joint Task Force (VJTF). Erste Elemente dieser VJTF-Kräfte, auch als Speerspitze des Bündnisses bezeichnet, sollen innerhalb von zwei Tagen zum Einsatz kommen können. Darüber hinaus seien Vereinbarungen getroffen worden zur Stärkung der kollektiven Sicherheit, ein System gegenseitiger Garantien zur Wahrung der Unverletzlichkeit des Gebiets, das eine Staatengruppe unter sich vereinbart. Innerhalb dieses Systems gilt demzufolge ein Angriff auf einen Staat als Angriff auf alle (Artikel 5 NATO-Vertrag). Zudem wurde erklärt, dass die Verteidigungshaushalte erhöht werden sollten und dass mittel- und langfristige Vereinbarungen, Anpassungsmaßnahmen geschaffen werden müssen sowohl auf politischer und institutioneller Ebene, aber auch auf militärischer Basis, so der General. Letztendlich wurde in Wales eine sofortige Präsenz im Baltikum notwendig in Form einer schnellen Eingreiftruppe vereinbart.

Auf dem Folge-Gipfel der NATO von Warschau am 08. und 09. Juli 2016 sei es vor allem darum gegangen, Kohäsion und Solidarität im Bündnis zu stärken und angesichts der unterschiedlichen regionalen Bedrohungen einen Interessenausgleich zwischen den ost- und südosteuropäischen Mitgliedern zu erreichen. Ferner wurde der schon beim letzten Gipfeltreffen verabschiedete Readiness Action Plan (RAP) evaluiert. Das Verhältnis Russlands zur NATO war natürlich bestimmendes Thema dieser Konferenz und es musste diskutiert werden, wie der Expansi-

onspolitik Russlands begegnen werden sollte, denn insbesondere Länder wie Polen und die baltischen Staaten fühlten sich durch das russische Eingreifen in der Ukraine bedroht und hatten um mehr Unterstützung durch die NATO gebeten. Somit wurde beschlossen, dass die NATO wegen Russlands Aktivitäten in der Ukraine tausende Soldaten nach Osteuropa, überwiegend auf Rotationsbasis, verlegen wird. In Polen, Lettland, Litauen und Estland werden jeweils etwa 1.000 Soldaten stationiert. Die Bundeswehr wird das Bataillon in Litauen mit mehreren hundert Soldaten führen. Ferner werde sich die NATO deutlich stärker als bisher am Kampf gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) beteiligen und ebenso solle der Afghanistan-Einsatz der NATO verlängert werden. Dabei wurde vereinbart, dass es zwingend notwendig sei, die rückläufigen Verteidigungsausgaben zu beenden und eine Trendumkehr herbeizuführen. Ferner solle die Vornever-Verteidigung gestärkt werden und die Abschreckung müsse sich erneut auf zwei neue Herausforderungen konzentrieren. Abschreckung soll militärische Stärke und Verteidigungsbereitschaft, gleichzeitig aber auch Dialogbereitschaft deutlich machen.

Bewertung/Fazit

Naturgemäß sei das Festhalten an der kollektiven Verteidigung Gesetz, dennoch sei eine besondere Flexibilität in der gegenwärtigen Situation in allen Handlungsoptionen gefordert, erörterte der General. Die Frage, ob es eine neue Situation des Kalten Krieges gibt, verneinte der General, da es nach seinem Dafürhalten nicht mehr bis 1989 eine eindimensionale Bedrohungslage gibt, sondern auch eine Nord-Süd Bedrohungslage für einzelne NATO Partner mit sehr unterschiedlichen Zuordnungen. Zudem sei die NATO mit ihren 28 Mitgliedstaaten wesentlich größer als bisher und erreiche auch dadurch

eine bedeutend höhere politische und militärische Schlagkraft. Außerdem fände die kollektive Verteidigung völlig anders statt und im Rahmen der Politik würde auch zukünftig auf Dialogbereitschaft gesetzt, resümierte der General. Allerdings könnten die strategischen Ziele nur erreicht werden durch sichere Solidarität innerhalb des Bündnisses und dies setze voraus, dass auf nationaler Ebene die Reaktionsfähigkeit sowie die Reaktionsbereitschaft gestärkt werden muss. Am Ende seines Vortrags kam der General erneut auf den Artikel 5 des Nordatlantikvertrages zurück und erklärte, dass im Grundgesetz viele christliche Werte erklärten, wofür man eintrete und die Gewalt als ultima ratio verstehe. Allerdings hätte sich seit Anfang der 90er Jahre die Situation grundlegend verändert, denn Deutschlands Sicherheitsinteressen werden heute auch am Hindukusch verteidigt und somit sei es herausfordernder, die Sinnfrage des soldatischen Selbstverständnisses zu vermitteln. Gegenwärtig gebe es eine neue Lage, denn eine mögliche kriegerische Auseinandersetzung trete immer stärker in den Fokus. Der Soldat befinde sich deshalb jetzt in vielen verschiedenen Rollen und benötige ein starkes moralisches Instrumentarium. Hierzu sei eine intensive Schulung und Begleitung notwendig und dies sei unverändert eine der vornehmsten Aufgaben der Inneren Führung. „In dieser schwierigen Situation bietet das Christentum einen klaren Wertekanon, ein daraus abgeleitetes Handlungskonzept und ermöglicht zudem eine Stärkung und Begleitung auf diesem Weg. Allerdings basiert die Verteidigungsfähigkeit der NATO vor allem auf Glaubwürdigkeit und dies setzt voraus, dass militärische Fähigkeit, militärischer Ausbildungsstand und Entschlossenheit vorhanden sind. Dies verlangt auch den Rückhalt in Politik und Bevölkerung für die militärische Verteidigung“. Mit dieser Aussage beendete der General seinen äußerst interessanten und hochaktuellen Vortrag. ◀

Soldat und Christ – Wie passt das zusammen?

Oder: Können Krieger auch in seligem Stande sein?

VON GENERALMAJOR DIPL.-PÄD. JOSEF BLOTZ, BONN¹

Wer sich einsetzt, setzt sich bekanntlich auch aus. Nicht nur Ihren Fragen oder der Kritik der Öffentlichkeit am Militär, sondern auch dem Tod und der Verwundung im Einsatz. Deshalb wird von Soldaten Tapferkeit gefordert. So wie auch von Christen, die sich als „Licht der Welt“ einsetzen sollen – und sich damit aussetzen. In der Rückschau auf 42 Dienstjahre in der Bundeswehr und damit auch in der NATO möchte ich zunächst eine grobe Einteilung vornehmen, die helfen soll, grundle-

gend unterschiedliche Phasen in der Geschichte unserer Bundeswehr zu identifizieren und der Frage nachzugehen, ob und wie in diesen Phasen Soldaten auch unterschiedlichen ethischen Herausforderungen ausgesetzt waren. Sodann will ich auf das eingehen, was wir getrost ein Dilemma nennen können: Das spannende Verhältnis von Christ-sein und Soldat-sein. Zum Ausgangspunkt dafür nehme ich meine Vorstellung vom miles protector, dem schützenden Streiter.

A. Entwicklungsphasen der Bundeswehr

► Zunächst in großen Zügen zu drei Entwicklungsphasen der Bundeswehr und den damit zusammenhängenden ethischen Fragestellungen.

I. 1955 – 1990: Kalter Krieg

Grundsätzlich gilt: Die Ethik des Völkerrechts und der Geist des Grundgesetzes, die beide in hohem Maße auf christlichen Moral- und Wertvorstellungen basieren, dienen dem Soldaten als Orientierung. In dieser Phase deckte das Aufgabenportfolio der Streitkräfte vor allem die Landes- und Bündnisverteidigung, die Durchsetzung des Völkerrechts, den Schutz der Menschenwürde und die Schaffung stabiler Verhältnisse ab. Während der Ost-West Konfrontation spielte die persönliche Motivation zum Schutz der eigenen Unversehrtheit und Freiheit, der Freiheit der Familie und der Gesellschaft eine wesentliche Rolle. Die Motivation des Soldaten war hoch, weil klar war, wofür er sich einsetzte. Übrigens: Seit 1975 gilt das nicht nur für Soldaten, sondern auch für Soldatinnen.

Für die Bundeswehr zur Zeit des Kalten Krieges, aufgestellt im Jahre 1955 als reine Verteidigungsarmee und von Anfang an im NATO-Bündnis voll integriert, waren (und sind bis heute wieder) diese ethischen Implikationen bindend.

Zu dieser historischen Phase ist zu sagen, dass das Spannungsfeld zwischen dem christlichen Tötungsverbot und der Anwendung militärischer Gewalt durch das Einziehen ethischer Grenzen „einfacher“ auflösbar war (Stichworte: Selbstverteidigung, Verteidigung von Frieden und Freiheit). Ethischer Grenzen, die als Werte und Normen im Humanitären Völkerrecht und auch in unserem Grundgesetz ihren Ausdruck gefunden haben. Diese, in hohem Maß christlichen, Maßstäbe sind seit Anbeginn durch das Konzept der Inneren Führung, der, wenn Sie so wollen, Unternehmensphilosophie der Bundeswehr, nachhaltig in der Bundeswehr implementiert worden.

Im Kapitel „Ethische Grundlagen“ dieser Unternehmensphilosophie,² die schon in den frühen 1950er Jahren aus den historischen Erfahrungen mit Nationalsozialismus und Krieg

für die neuen deutschen Streitkräfte entwickelt wurde, heißt es: „Achtung und Schutz der Menschenwürde sind Verpflichtung des Staates und damit der Bundeswehr. In dieser Verpflichtung findet der Dienst in der Bundeswehr für jeden Einzelnen die ethische Rechtfertigung und zugleich seine Begrenzung. Die in der Würde des Menschen begründeten Werte sind auch die Grundlage für die Grundsätze der Inneren Führung und damit für die Rechtsnormen innerhalb der Bundeswehr [...]“ (Nr. 305).

II. Die Zeit der Auslandseinsätze der Bundeswehr von 1992 bis 2014

Die zunehmende Wahrnehmung internationaler Verantwortung in den

¹ Der Autor ist Abteilungsleiter Einsatz beim Kommando Streitkräftebasis. Dieser Aufsatz gibt den Vortrag des Autors bei der Jahrestagung der „Forschungsgemeinschaft der Stiftung 20. Juli 1944“ am 18.02.2017 in Bonn wieder; die Vortragsform wurde beibehalten. Der Autor freut sich über Kritik und Hinweise zu seinen Gedanken: JosefDieterBlotz@bundeswehr.org.

² Bundesministerium der Verteidigung, Innere Führung. Selbstverständnis und Führungskultur der Bundeswehr (A-2600/1), Stand 2015.

90er Jahren hat die Bundeswehr zu einer „Armee im Einsatz“ werden lassen. Die Konzentration auf sog. Nicht-Art. 5-Einsätze gem. NATO-Vertrag³ (Stichwort „Beistandsverpflichtung“) im Ausland führte anfangs zu hitzigen Debatten, ob der Eid „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen“ auch Aufträge außerhalb der Landes- und Bündnisverteidigung abdeckt. Der letztlich im politischen Konsens vollzogene Paradigmenwechsel, der 2002 in der Aussage des damaligen Bundesministers der Verteidigung Peter Struck: „Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt“ zum Ausdruck kommt, war folgerichtig. Dieser Paradigmenwechsel erschwerte jedoch die Sinnvermittlung gegenüber Soldaten und der Öffentlichkeit dadurch, dass die unmittelbare Betroffenheit des Einzelnen wie der Nation wie zu Zeiten des Kalten Krieges graduell, wenn auch nicht vollständig, entfiel.

Die im Zuge vieler Nicht-Art. 5-Einsätze wahrgenommenen friedenssichernden Aufgaben wie beispielsweise humanitäre Hilfe, Flüchtlingsversorgung, Wiederaufbau, Ausbildung von Streitkräften bis hin zur Übernah-

me ziviler Verwaltungsfunktionen haben das soldatische Selbstverständnis und seine ethische Perspektive deutlich verändert.

Im Mittelpunkt dieser Phase der Auslandseinsätze seit 1992 stand weniger die klassische militärische Aufgabe des miles pugnator, des Kämpfers, als vielmehr das Verständnis als „Schützer in Uniform“, also des miles protector. Das Dilemma Christ und Soldat geriet in den Hintergrund und trat erst dann wieder offen zu Tage, als Anschläge und Angriffe z.B. im Afghanistan-Einsatz zum gewaltsamen Handeln zwangen. Erschwerend kam hinzu, dass asymmetrische Kriegshandlungen und damit die fast unmögliche Unterscheidung zwischen Freund und Feind unsere Soldaten auf eine schwere Probe stellten.

Resümee zu diesem Zeitabschnitt ist, dass die Konzentration auf friedenssichernde Aufgaben auf dem Balkan, in Afghanistan, Mali oder anderswo das Selbstverständnis der Bundeswehr nachhaltig verändert hat. Der Konflikt zwischen dem christlichen Tötungsverbot und der Anwendung notwendiger militärischer Gewalt trat aber nur scheinbar in den Hintergrund. Auch „Schützer in Uniform“ waren und werden immer wieder in Situationen kommen, in denen sie Gewalt anwenden müssen.

III. Die Zeit seit 2014

Schließlich zu der Zeit seit 2014, also angesichts der Russland-Ukraine-Krise, die m.E. definitiv nicht zu einem neuen Kalten Krieg geführt hat.

Die Frage, ob die veränderte Lage seit 2014 mit einer nun wieder stärkeren Betonung der Landes- und Bündnisverteidigung uns Soldaten vor neue ethische Herausforderungen stellt, kann verneint werden.

Das Spannungsfeld zwischen Tötungsverbot und Anwendung notwendiger militärischer Gewalt tritt für den Christen im Angesicht der Möglichkeit und der Unmittelbarkeit einer konven-

tionellen Bedrohung in Europa jedoch wieder stärker ins Bewusstsein.

Die Bewältigung dieser Gewissensentscheidung fällt dem christlichen Soldaten mit einem durch Bewährung in Nicht-Art. 5-Einsätzen gestärkten „moralischen Kompass“ leichter. Nein, man muss nicht Christ sein, um rechtmäßig und recht zu handeln. Aber meine Erfahrung ist, dass sich christlich geprägte Soldaten öfter, wenn gleich leider auch nicht immer, mit ethischen Fragestellungen auseinandersetzen.

Resümee: Die notwendige Rückbesinnung auf Landes- und Bündnisverteidigung im NATO-Rahmen bringt das Dilemma Soldat-Christ wieder stärker ins Bewusstsein – weg war es nie!

B. Das Dilemma

Auch für mich war dieses Dilemma nie vollständig aufgehoben. Heißt es nicht in Mt 26,52 „Denn alle, die zum Schwert greifen, werden durch das Schwert umkommen.“ (aus der Verhaftungsszene in Gethsemane)? Und: „Selig, die Frieden stiften; denn sie werden Söhne Gottes genannt werden.“ (Mt 5,9 – Bergpredigt). Oder: „Seht, ich sende euch wie Schafe mitten unter die Wölfe [...]“, um ausschließlich das Evangelium zu verkünden, so wie es Jesus Christus getan hat (Mt 10,16). Und als eindrücklichste Konkretisierung das fünfte Gebot: „Du sollst nicht töten.“ (Ex 20,13).⁴ Es half unseren Großvätern übrigens nicht, dass man ihnen im Ersten Weltkrieg in einigen Auflagen des Kleinen Katechismus die Auslegung des fünften Gebotes durch den Hinweis glaubte ergänzen zu müssen „Gilt im Kriege nicht.“ Die Friedensbotschaft der Heiligen Schrift ist eindeutig; die Suche nach dem messianischen Frieden ist biblischer Auftrag, Frieden ist zugleich biblische Verheißung.⁵

Der messianische Friedensauftrag steht aber im Konflikt mit der unvollkommenen, von Gewalt gekennzeich-

3 Beistandsverpflichtung kann übrigens auch als „Solidarität“ übersetzt werden, eine ethische Kategorie!

4 In eine Diskussion darüber, ob man das hebräische Wort „razach“ mit „töten“ oder „morden“ zu übersetzen hat und welches die Implikationen dieser Entscheidung wären, kann ich mich an dieser Stelle nicht umfänglich einlassen. Es mag der Hinweis genügen, dass „razach“ ausdrücklich nicht das gesetzlich legitimierte Töten, etwa im Krieg oder im Zusammenhang einer Verurteilung zum Tode erfasste. Dafür benutzen die Hebräer andere Bezeichnungen. Es ist deshalb nicht möglich, das Tötungsverbot des Dekalogs unmittelbar auf diese Zusammenhänge zu übertragen. Ob das Töten im Krieg erlaubt oder verboten ist, lässt sich allein mit dem Hinweis auf das biblische Tötungsverbot nicht beantworten (vgl. Militärbischof Martin Dutzman).

5 Vgl. Christian Freuding, Als Christ Soldat sein, Kanzelrede am 02.06.2013 in St. Nicolai, Lüneburg.

neten und erlösungsbedürftigen Welt in der ich als Soldat handeln muss. Die Realität von Krieg und Gewalt dürfen wir nicht unbeantwortet lassen, gerade auch aus christlicher Verantwortung nicht.

Ich befinde mich in einem Dilemma zwischen zwei Koordinatensystemen, zwei im Wettbewerb um Gültigkeit miteinander stehenden moralischen Wertesystemen. Oder, wenn Sie so wollen, zwischen zwei Welten. Das habe ich auch schon immer so empfunden.

Dieser Spannungsbogen hält mich wach, schärft beständig mein Gewissen mit Blick auf mein konkretes militärisches Handeln, z.B. im Einsatz in Afghanistan. Das bewusst erlebte und immer wieder mühevoll, aber auch befruchtend ausgefochtene Dilemma begleitet mich als Soldat und Christ, z.B. in meinem Engagement in der Gemeinschaft katholischer Soldaten der Bundeswehr, – und begleitet vermutlich manchen unter uns in seinem persönlichen Spannungsfeld als Geschäftsmann und Christ, Politiker und Christ, Wissenschaftler und Christ und so fort.

Wie navigiert nun der General, der heute vor Ihnen steht, in seinem „Dilemma zwischen Artikel 5 und dem fünften Gebot?

C. Martin Luther als „Starthilfe“

Am Beginn des Reformations-Jubiläumsjahres soll mir Martin Luther eine „Starthilfe“ geben, weil er es auf eindrucksvolle Weise vermochte, dieses Dilemma im Allgemeinen und dann sogleich sehr treffend mit Bezug auf die Situation des Soldaten zu veranschaulichen und auf für einen Soldaten überzeugende Weise aufzulösen.

Wie macht er das? Nun, er hatte eine epochale Idee: Er wollte die sogenannten „Zwei Reiche“ deutlich voneinander unterscheiden. Das „geistliche Reich“ sollte nicht mehr das

„ Das Schwert soll kein Christ für sich und seine Sache gebrauchen oder anrufen, er darf und soll es aber für einen andern führen und anrufen, damit der Bosheit gewehrt und die Rechtschaffenheit verteidigt wird “

Martin Luther

„weltliche Reich“ unter sich stellen und überformen, sondern die beiden Herrschaftsbereiche der religiösen und der politischen Macht sollten voneinander geschieden werden. Denn Gott regiere die Menschen auf zwei Weisen: Den inneren Menschen, das Gewissen, regiere er durch sein Gesetz und das Evangelium, das durch die Kirche verkündigt wird. Den äußeren Menschen und seine gesellschaftliche Welt lasse er durch die von ihm eingesetzte Obrigkeit regieren.

Religion und Politik beziehen sich auf verschiedene Sphären des Menschen; sie nutzen dafür unterschiedliche Instrumente und folgen jeweils einer eigenen Logik. In der Religion regiert das Wort, in der Politik aber das Schwert. In religiösen Angelegenheiten richtet obrigkeitlicher Zwang nur Schaden an. Die Politik jedoch direkt nach religiösen Prinzipien gestalten zu wollen, ist ebenso sinnlos wie schädlich. Soweit Luther.

Für Christen in verantwortlicher Position liegt in dieser Konstruktion eine große Berufung, aber auch eine heikle Herausforderung. Wir müssen

genau unterscheiden und präzise aufeinander beziehen, was wir in welcher Rolle und Perspektive jeweils tun oder lassen. Christen in öffentlichen Ämtern, das gilt für viele von uns, sind Doppelwesen: Nach innen, in ihrer Person sind sie Gläubige, nach außen, in ihrem Amt sind sie z.B. Repräsentanten des Staates. Das kann zu Gewissenskonflikten führen: Ist ein Christ von Beruf z.B. Soldat, muss er bereit sein zu tun, was ihm verboten ist: Gewalt ausüben. Täte er es nicht, würde er aber eventuell seine Nächsten angreifenden Feinden schutzlos ausliefern.

Es ist offenkundig, dass nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges die Zwei-Reiche-Lehre wegen „politischer Enthaltbarkeit“, die Diktatoren und Tyrannen in die Karten spielen kann, hart kritisiert und diffamiert wurde.⁶ Vielleicht ist es aber auch die Erfahrung unserer Tage mit dem Islam, der eine Trennung des religiösen vom politisch-weltlichen Bereich ablehnt, dass die Zwei-Reiche-Lehre wieder Interesse findet. Es wäre übrigens interessant nachzufragen, ob und ggf. wie

sich ein muslimischer oder jüdischer Soldat mit diesem Dilemma auseinandersetzt.

Noch einmal Luther: „Das Schwert soll kein Christ für sich und seine Sache gebrauchen oder anrufen, er darf und soll es aber für einen andern führen und anrufen, damit der Bosheit gewehrt und die Rechtschaffenheit verteidigt wird.“

Das heißt, dass ein Soldat also nicht außerhalb eines strikten rechtlichen und moralischen Rahmens, nicht eigenmächtig, sondern nur als Werkzeug unter dem Primat rechtsstaatlicher Politik handeln darf. Reicht das schon, um das Dilemma aufzulösen und den Fall zu den Akten zu legen?

D. Positionen der katholischen Kirche

Lassen Sie uns schauen, was die katholische Kirche zu bieten hat und lesen nach in der Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute mit dem Titel „Gaudium et Spes“ (was für ein prächtiger, programmatischer Name, Freude und Hoffnung!). Gaudium et Spes erschien im Dezember 1965 als letztes offizielles Dokument des II. Vatikanischen Konzils. In der Nummer 79 sagt die Konstitution:

6 „... hat sich gezeigt, daß manche Kreise des Luthertums, die den nationalsozialistischen Staat vom Schema jener Lehre aus behandelten, gegenüber der Weltanschauungsdiktatur notwendig versagen mussten. Sie behandelten ihn schlicht als „Obrigkeit“, die er gar nicht in diesem Sinne war, und sahen folglich viele seiner Maßnahmen -trotz aller selbstverständlich geübten Kritik- dadurch als legitimiert oder wenigstens als legalisiert an, daß eben der Staat jene Maßnahmen traf. ... Ich spreche hier nicht von einer Krise der Lehre von den beiden Reichen, sondern nur und allein von einer Krise des Staates, der so pervertiert war, daß er die Signatur des „Reiches zur Linken“ verlor und darum auch theologisch nicht mehr so interpretiert werden durfte.“ (Helmut Thielicke, Christliche Verantwortung im Atomzeitalter, Evangelisches Verlagswerk, Stuttgart 1957, S. 57)

„Der Krieg ist nicht aus der Welt geschafft. Solange die Gefahr von Krieg besteht und solange es noch keine zuständige internationale Autorität gibt, die mit entsprechenden Mitteln ausgestattet ist, kann man, wenn alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung erschöpft sind, einer Regierung das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung nicht absprechen.

Die Regierenden und alle, die Verantwortung für den Staat tragen, sind verpflichtet, das Wohl der ihnen anvertrauten Völker zu schützen, und sie sollen diese ernste Sache ernst nehmen. Der Einsatz militärischer Mittel, um ein Volk rechtmäßig zu verteidigen, hat jedoch nichts zu tun mit dem Bestreben, andere Nationen zu unterjochen. Das Kriegspotential legitimiert auch nicht jeden militärischen oder politischen Gebrauch. Auch wird nicht deshalb, weil ein Krieg unglücklicherweise ausgebrochen ist, damit nun jedes Kampfmittel zwischen den gegnerischen Parteien erlaubt.“

Und dann kommt die zentrale Stelle: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“

Ähnlich wie bei Luther ist auch hier keine Rede von Widerspruch oder Unvereinbarkeit, sondern zunächst einmal von einer Bedingung („... wer die Aufgabe, der Sicherheit und Freiheit der Völker zu dienen, recht erfüllt ...“). Deren Beachtung führt aus dem beschriebenen Dilemma heraus. Der Christ kann also, darf sogar Soldat sein – wenn ...

Apropos „Diener der Sicherheit und Freiheit“: Das bedeutet auch, dass ein Soldat seinen Auftrag nicht selbst definiert, sondern von der Politik erhält, die von ihm äußere wie innere Zustimmung erwarten darf.

An dieser Stelle kann man leicht ein weiteres Dilemma konstruieren: Ist der (christliche) Soldat im obigen

Sinne Diener der Völker oder Diener nationaler, in meinem Falle deutscher, Sicherheitsinteressen? Nun, die Auflösung liegt darin, dass es nationales Interesse sein muss, eine Weltfriedensordnung zu schaffen, die im Interesse aller Völker ist. So formuliert unser Grundgesetz diese Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland in seiner Präambel: „Als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen [...]“ Die Art und Weise, wie Deutschland dem Frieden der Welt dient, hat sich allerdings seit 1949 sehr verändert. Siehe hierzu meine eingangs vorgenommene Einteilung in Entwicklungsphasen der Bundeswehr.

E. Was muss getan werden?

Lassen Sie mich an dieser Stelle meine Ausgangsfrage erweitern: Es geht also nicht nur darum, ob ich, ob die Bundeswehr, ob die westliche Welt militärisch eingreifen darf, sondern darum, ob etwas getan werden muss, um Völkermord, Vertreibung, Aggression oder weltweiten Export von Terrorismus zu unterbinden. Im 2. Thesalonicher-Brief heißt es: „Denn es entspricht der Gerechtigkeit Gottes, denen mit Bedrängnis zu vergelten, die euch bedrängen, [...]“ Oder wie es Franz Overbeck, mein katholischer Militärbischof, 2015 in einem Interview unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den Völkermord in Ruanda und Srebrenica formulierte: „Da wo sich Menschen nicht mehr selbst schützen können, muss das christliche Gebot „Du sollst nicht töten“ ergänzt werden [...] Und zwar um die Maxime „Du sollst nicht töten lassen.““

Es wird klar, dass die Verantwortung für noch so gut begründetes Nicht-Handeln schwer wiegen kann. Bei aller, ja verblüffenden Ähnlichkeit zu Luthers gedanklichem Ansatz, seinem Versuch, das unlegbar bestehende Dilemma aufzulösen oder für den Christen wenigstens erträglich

zu machen, setzt Gaudium et Spes unter Verweis auf das Kriegsvölkerrecht⁷ noch eins drauf.

Und, und das scheint mir ein Unterschied zu Luthers Denken zu sein, das Vaticanum bietet nicht nur Gewissens-trost für den bewusst als Christ und Soldat in der realen Welt agierenden Menschen, sondern konstatiert sogar, dass der Soldat, indem er diese Schutz-aufgabe für andere recht erfüllt, zur Festigung des Friedens in der Welt, in dieser Welt, beiträgt.

Uns ist klar, dass Friede in dieser Welt nie vollkommen sein kann; er entspricht niemals vollkommen dem göttlichen Friedensbegriff. Hören wir nicht in der Heiligen Messe: „Frieden hinterlasse ich Euch, meinen Frieden gebe ich Euch; nicht einen Frieden wie die Welt ihn gibt, gebe ich Euch?“⁸ (Joh 14,27)

Der weltliche Friede ist demgegenüber eher eine Art „irdischer Waffenstillstand“, und oft genug nicht einmal das. Weltlicher Friede ist aber bedeutend als ein Stück auf dem Weg zum himmlischen Frieden. Davon bin ich überzeugt. Also müssen wir hic et nunc dafür etwas tun, auch wenn es uns in Dilemmata führt. Als Christ bin ich aufgefordert, mich für diesen weltlichen Frieden einzusetzen, auch in meiner Rolle als Soldat – allerdings unter Beachtung von ethisch bindenden Vorgaben.

F. Faule Kompromisse zulasten der christlichen Botschaft?

Bedeutet das nun, faule Kompromisse zulasten der christlichen Botschaft schließen zu dürfen?

Nein. Es bleibt selbstverständlich bei der grundsätzlichen Völkerrechtswidrigkeit des Krieges gemäß Art. 2 UN-Charta – allerdings mit Ausnahmen (und hier nenne ich nur die beiden folgenden):

Erstens erlaubt Art. 51 UN-Charta im Falle eines bewaffneten Angriffs die Selbstverteidigung, bis der Sicher-

heitsrat die sog. „erforderlichen Maßnahmen getroffen hat“ (die Reichweite des Selbstverteidigungsrechts ist allerdings im Fall der sog. präventiven Selbstverteidigung umstritten).

Wenn hier in Unterscheidung vom individuellen Recht und vom Recht auf kollektive Selbstverteidigung die Rede ist, wird dies augenfällig von Luther und in Gaudium et Spes unterstrichen.

Die zweite Ausnahme von der grundsätzlichen Völkerrechtswidrigkeit des Krieges besteht darin, dass die UN-Charta militärische Handlungen legitimiert, wenn ein Mandat des UN-Sicherheitsrats vorliegt (Kapitel VII UN-Charta; „friedensschaffende“ oder „friedensbewahrende“ Maßnahmen). Alle gegenwärtigen, von der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundestags beschlossenen Auslandseinsätze der Bundeswehr beruhen auf einem Mandat des UN-Sicherheitsrats (Ausnahme Kosovo 1999, bei dem es kein UN-Mandat gab).

Das in der öffentlichen Diskussion noch relativ unbeachtete Konzept "Responsibility to Protect" von 2005 stellt für mein Thema eine bedeutende Fortentwicklung der UN-Charta von 1945 dar. Auch wenn es sich bei diesem Konzept nicht um eine gemäß internationalem Recht bindende Verpflichtung handelt, so ist es doch von großer politisch-moralischer Bedeutung. Ihr ging eine lange Debatte seit den 1990er Jahren voraus (Ruanda 1994, Srebrenica 1995, Kosovo 1999), und sie ist eine internationalrechtliche Realität insofern, als Staaten und die Weltorganisation ihre militärischen Interventionen zunehmend damit legitimieren. Demnach ist heute bei schweren Menschenrechtsverletzungen in einem Land die Nicht-Intervention begründungsbedürftig, während Nicht-Einmischung früher der Normalfall war, für den keine besondere Erklärung notwendig schien.

Dem neuen Denken liegt die ethische Erkenntnis zugrunde, dass es Si-

tuationen geben kann, in denen nicht auf möglichem Handeln, sondern auf dem Nichthandeln die größere Rechtfertigungslast ruht.⁹ Um zu bestimmen, wann ein militärisches Eingreifen erforderlich wird, orientiert sich die Debatte darüber an Kriterien, die ursprünglich im Kontext der sog. Lehre vom "gerechten Krieg" entwickelt worden waren (Anmerkung: Ich bevorzuge die Formulierung „gerechtfertigter Krieg“).

Auch im Konzept des "gerechten Friedens", auf dem die letzten friedensethischen Verlautbarungen der beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland beruhen, haben diese Kriterien ihren Platz gefunden:

Diese Kriterien sind erstens das Vorliegen eines entsprechenden Grundes für den Gewalteininsatz, der ihn zu rechtfertigen vermag; zweitens eine Legitimation der Entscheidung zum Einsatz von Militär durch eine internationale Autorität; und schließlich drittens die moralische Sicherheit, dass dieses äußerste Mittel im konkreten Fall alternativlos erscheint.

Summa summarum: Die Schutzverantwortung der Staatengemeinschaft als Grundprinzip einer Ethik

⁷ Als Kriegsvölkerrecht werden zusammenfassend zwei verschiedene Aspekte des internationalen öffentlichen Rechts bezeichnet. Zum einen zählt zu diesem Bereich des Völkerrechts das Recht zum Krieg (ius ad bellum), also Fragen der Legalität des Führens eines Krieges. Zum anderen gehört zum Kriegsvölkerrecht auch das Recht im Krieg (ius in bello), also Regeln zum Umgang mit Kombattanten, Nichtkombattanten, Kulturgut und andere Vorschriften, welche die mit einem Krieg verbundenen Leiden und Schäden vermindern oder auf ein unvermeidbares Maß beschränken sollen. Dieser Teil wird zusammenfassend auch als humanitäres Völkerrecht bezeichnet. (Wikipedia)

⁸ Vgl. Freuding, a.a.O.

⁹ Vgl. Thomas Hoppe/Peter Schlotter, Erfahrungen aus militärischen Interventionen seit 1990 in friedensethischer Perspektive, in: Thomas Hoppe (Hrsg.), Verantwortung zu schützen. Interventionspolitik seit 1990 – eine friedensethische Bilanz, Berlin 2014, S. 10-11.

internationaler Beziehungen ist eine im Entstehen begriffene, neue Norm des Völkerrechts mit gravierenden Implikationen für unsere Fragestellung.¹⁰

G. Verbindung zwischen neuem Denken der UN und katholischer Friedenslehre

Lassen Sie mich nun versuchen, eine Verbindung herzustellen zwischen dem neuen Denken der UN („Responsibility to Protect“) und der katholischen Friedenslehre, die traditionellerweise drei Kriterien nennt, die erfüllt sein müssen, damit ein Krieg sittlich erlaubt ist¹¹: Die legitime Autorität, der gerechte Grund und die rechte Intention.

Das Kriterium der legitimen Autorität besagt, dass ein Rechtsbruch am besten durch eine richterlich-unparteiische Instanz geahndet werden soll, z.B. die UN. Angriffskriege, Völkermord, Vertreibung etc. sollten daher durch die Völkergemeinschaft der ganzen Welt geahndet werden. Das zweite Kriterium ist die *causa iusta*, der gerechte Grund: Diese Bedingung besagt, dass Gewalt nur zum Schutz des Rechts angewendet werden darf. Nur ein wirklicher Rechtsbruch kann Gewalt legitimieren¹².

Zuletzt erhebt das dritte Hauptkriterium der katholischen Friedenslehre die Forderung nach der rechten Intention. Wer also beispielsweise Gewalt zur brutalen Durchsetzung eigener Interessen ausübt, handelt nicht nur subjektiv unmoralisch, sondern untergräbt auch die Rechtsordnung als solche.

Wenn schließlich diese drei Hauptkriterien, legitime Autorität, gerechter Grund und rechte Intention, erfüllt sind, ist der Griff zur militärischen Gewalt aus der Perspektive der katholischen Friedenslehre sittlich erlaubt. Dies bedeutet aber nicht, dass damit jedwede Kriegsführung legitimiert wäre. Auch sie unterliegt einschrän-

kenden Bedingungen („*ius in bello*“ in Ergänzung zum „*ius ad bellum*“).

Mit dieser Kriteriologie der katholischen Friedenslehre könnten wir mal eben zur sittlichen Bewertung eines konkreten Krieges schreiten, z.B. des Golf-Krieges von 1991, des Libyen-Krieges 2011 oder dergleichen. Die uns zur Verfügung stehende Zeit reicht dafür leider nicht aus.

Der Krieg, der Einsatz militärischer Gewalt, ist also die *Ultima Ratio*, das äußerste, aber auch zulässige Mittel, den Frieden zu erhalten. In der internationalen Politik wurden und werden mit dieser Bezeichnung kriegerische Handlungen gerechtfertigt, bei denen alles Vorhergegangene nicht zur Lösung des Konflikts beigetragen hat. Vor allem zur Begründung eines sogenannten gerechten Krieges (besser: gerechtfertigter Krieg) ist die *Ultima Ratio* ein zu erfüllender Punkt.

Das *Ultima-Ratio*-Konzept sollte einer der entscheidenden Prüfsteine für staatliches wie individuelles Handeln sein. Daher kann es nach meiner Auffassung auch keine theologische Begründung für einen Kreuzzug oder einen „Heiligen Krieg“ geben¹³.

Spätestens an dieser Stelle muss ich aber eine Warnung aussprechen: Die Verweise auf das Kriegsvölkerrecht und die UN-Charta erlösen mich vielleicht doch nicht, jedenfalls nicht vollständig, von meinem individuellen, ganz persönlich empfundenen Gewissensdruck als Christ.

H. Lösungswege

Was also ist zu tun? Ich stelle Ihnen zwei Lösungswege in dieser Dilemma-Situation vor, und dann schulde ich Ihnen eine persönliche Antwort. Ich biete also an:

Erster Lösungsweg: Für den Soldaten (Sie mögen gerne wieder variieren, indem Sie vom Politiker oder Wissenschaftler sprechen), für den Soldaten ist das Christsein ein Hindernis, eine Einschränkung seiner militärischen

Möglichkeiten. Extrem formuliert: Christsein und Soldatsein schließen sich a priori aus. Entweder – oder. Aber wo bleiben dann Verantwortung und Engagement für den Nächsten, für den Frieden dieser Welt?

Das ist nicht mein Weg. Seien Sie aber versichert, dass ich jeden achte, der mit einer 100%-igen Orientierung am fünften Gebot oder der Bergpredigt den Militärdienst verweigert. Für die Verteidigung dieses Grundrechtes (Art 4 Abs. 3 Satz 1 GG: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“) habe ich übrigens als Soldat mit meinem Eid auch einzutreten.

Zweiter Lösungsweg: Für den Soldaten ist das Christsein nicht ein Hindernis, sondern eine Hilfe, eine Aussicht auf Erlösung. Beides schließt sich also nicht aus, sondern ist vereinbar – siehe Luther und *Gaudium et Spes*.

Ich kann nur als Christ Soldat sein. Mein Glaube hilft mir, auch in Kampf und Gewalt meinen Feind als Geschöpf Gottes, als sein Abbild zu betrachten. Er hilft mir, staatlich-weltlich legitimierte Gewalt nur so weit zu treiben, wie es die Eindämmung des Bösen gebietet.

Für den Soldaten kann das Christsein sogar zur existenziellen Notwendigkeit werden. Oder um es mit den Worten von Theodor Heuss vor Studenten in der 1950er Jahren zu sagen:

¹⁰ Vgl. Thomas Hoppe, in: ders. (Hrsg.), a.a.O., S. 39 ff.

¹¹ Vgl. Gerhard Beestermöller: *Katholische Friedenslehre - Orientierungshilfe auch nach dem Golfkrieg?*, in: *Gemeinschaft Katholischer Soldaten* (Hrsg.), *Als Soldat und Christ dem Frieden verpflichtet*, Berlin 2009, S. 157 f.

¹² Aus der Forderung nach einem gerechten Grund leitet die kirchliche Lehre zusätzliche Unterkriterien ab: Die *ultima ratio*, die Proportionalität und die begründete Aussicht auf Erfolg.

¹³ Vgl. Detlef Löhne, *Darf ein Christ als Soldat Waffendienst leisten?* (www.biblisch-lutherisch.de)

„Ihre Frage, ob man Christ und Soldat sein könne, vermag ich gar nicht zu be- greifen. Was mich persönlich zutiefst erregt ist die ganz andere Frage, näm- lich; wie man überhaupt Soldat sein kann, ohne Christ zu sein?“

I. Soldaten „im seligen Stande“?

Wenn ich im Untertitel meines Vor- trages fragte, „Ob Kriegersleute auch in seligem Stande sein können“, bezog ich mich auf den berühmten Assa von Cramm (um 1490 bis 1528), den Schweizer Söldnerführer der Reforma- tionszeit und Freund Martin Luthers. Auf seine Anregung hin verfasste Luther die 1526 erschienene Schrift mit dem Titel „Ob Kriegersleute auch in seligem Stande sein können“.

Kann ich also als Soldat, der in ethi- schen Grenzsituationen navigieren muss, zu dessen potentiellen Beglei- tern die Möglichkeit des Tötens und Getötet-werdens gehören, kann ich trotzdem im „seligen Stande“ sein?

Ja, ich kann. Ob ich es aber wirk- lich bin, entscheidet der Herr, nicht ich. Ich kann aber Vieles dazu beitra- gen, indem ich vor allem als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker (Sie haben den Plural sicherlich nicht über- hört) meine Aufgaben recht (Gesetze, ultima ratio etc.) erfülle.

Ja, ich kann im seligen Stand sein, auch wenn ich als Soldat allein die Welt nicht retten kann. Aber ich kann als christlicher Soldat bei diesem Werk als Rettungsassistent tätig sein.

Ja, ich kann im seligen Stande sein, wenn ich also in Verantwortung vor Gott und in Verantwortung vor den Menschen handle.

Ja, ich kann im seligen Stande sein, wenn ich mich auf Gesetz und Recht eines treuen Eidnehmers (der Bun- desrepublik Deutschland) verlassen kann, der mich nicht in Angriffskrie- ge schicken darf (siehe Art. 26 GG). In der Präambel des Grundgesetzes, auf das wir Soldaten unseren Eid schwö- ren, ist die Rede von der Verantwor-

tung vor Gott und den Menschen. Und in diesem Sinne habe ich im Juli 1975 bei meinem Dienstantritt meinen Eid geschworen: Nämlich unter Beifügung der Formel „So wahr mir Gott helfe!“

Friedenspolitik aus christlicher Verantwortung hat den Frieden zum Ziel und wird verstanden als politi- scher Prozess auf eine Weltfriedens- ordnung hin. Meine Soldatengenera- tion ist da in besseren Händen als die unserer Väter und Großväter.

In dieser Klarheit gilt das Gesagte aber nur dann, wenn ich mich auf Lega- lität und Legitimität der Entscheidun- gen "meines" Bundestages verlassen kann. Was aber, wenn ich nicht meinen Staat, die Bundesrepublik Deutschland, sondern ein Bündnis wie die NATO oder die ganze Völkergemeinschaft als Handlungsrahmen hernehme? Ich habe in zahlreichen NATO-Verwendun- gen und in Auslandseinsätzen erfah- ren, dass wir es dann nicht mit unter- schiedlichen Ausprägungen ethischen Verständnisses zu tun haben.

Ja, ich kann im seligen Stand sein, wenn ich mir auch der Verantwortung als Vorgesetzter von Soldaten bewusst bleibe, von Soldaten, die ich im Einsatz führe. Ich weiß, wovon ich spreche, weil ich 2007 in meinem Afghanistan- Kontingent einige Gefallene und Ver- wundete zu beklagen hatte. Das wa- ren Momente, in denen ich die ganze Schwere der Verantwortung eines mili- tärlichen Führers genauso spürte wie das Aufgefangen-Sein im Glauben. In solchen Krisensituationen findet kein Algorithmus seine Anwendung.

Dazu noch einmal ein Zitat aus dem Konzept Innere Führung (Nr. 609): „Themen wie Verwundung und Tod, Umgang mit Angst oder Fragen nach Schuld und Versagen dürfen nicht ver- drängt oder heruntergespielt werden.“

J. Weiterführende Gedanken

Ethische und religiöse Fragen greifen viel tiefer in das Leben eines Soldaten ein, als dies manchem bewusst ist. In

Krisensituationen wird dies besonders deutlich.¹⁴ Was wir daher brauchen, sind ethisch orientierte Soldaten und militärische Vorgesetzte mit Gewissen. Selbstverständlich auch Politiker mit Gewissen. Gewissen ist unverzichtbar, muss geformt und gestärkt werden in sog. normalen Zeiten, um in Krisen helfen zu können wie ein ethischer Kompass. In diesem Kontext ist übri- gens auch die so ungemein wertvolle Arbeit der Militärseelsorge anzusie- deln. Und sollte das Gewissen einmal rebellieren, kann es zum „Aufstand des Gewissens“ kommen.

Jetzt verstehen Sie vielleicht auch besser, warum ich eingangs sagte, dass man das Dilemma des christlichen Soldaten nie ein für alle Mal aussteht, sondern sich in der Auseinanderset- zung mit ihm wachhalten muss für das ganze Spektrum möglicher Herausfor- derungen. Stimmen Sie mir bei diesem Gedankengang nicht auch zu, wenn ich sage, dass der Beruf des Soldaten nicht ein Beruf ist wie jeder andere, sondern ein Beruf sui generis? Vor diesem Hin- tergrund müssen wir vom Erfordernis einer Militärethik sprechen, die sich mit der Frage beschäftigt, aus welcher Grundhaltung heraus ein Soldat recht handelt.¹⁵

Ja, ich kann im seligen Stande sein, wenn ich mir bewusst bin, dass Handeln schuldig machen kann – ein Nichthandeln aber auch. Bischof Wolf- gang Huber sprach in seiner Gelöbnis- rede vor Rekruten am 20.07.2016 in Berlin davon, dass es „... kein Handeln gibt ohne die Bereitschaft der Schuld- übernahme.“

Ich erinnere einen Artikel von Ma- jid Sattar in der FAZ vom 20.12.2016 über den Bürgerkrieg in Syrien. Unter

14 Vgl. Karl-Heinz Ditzer, Die Bedeutung der Ethik für den Dienst des Soldaten, in: Ge- meinschaft Katholischer Soldaten (o. Fn. 9), S. 359.

15 Vgl. Was ist Ethik? In: Katholische Mili- tärseelsorge (Hrsg.), Zum Thema, Ausga- be 2/2010, S. 11

„ Ja, ich kann im seligen Stande sein, wenn ich mir bewusst bin, dass Handeln schuldig machen kann – ein Nichthandeln aber auch “

dem Titel „Die Tragödie von Aleppo und die Kosten der Nicht-Intervention“ wird exakt dieser Zusammenhangsaktuell aufgegriffen. Und Militärbischof Overbeck formulierte 2014: „Es gibt keine Art „Lifestyle-Pazifismus“ auf Kosten der Menschen in Krisenregionen.“¹⁶

Allerdings: Wir müssen auch Wege finden, um einer möglicherweise scheinbaren Alternativlosigkeit von militärischem Handeln einerseits und „nichts tun“ andererseits zu entgegenen.¹⁷ Es kommt darauf an, strukturell vor Gewalt und Krieg zu schützen durch Entwicklungshilfe, Bekämpfung von Krisenursachen etc. – also dem „gerechten Frieden“ zu dienen, um den Krieg später nicht rechtfertigen zu müssen.

Apropos „Bereitschaft zur Schuldübernahme“: Im weiteren Gespräch kommen wir auf Fragen des Gewissens und des Eides im Kontext des 20.07.1944 zu sprechen. Von mir hier nur so viel: Der 20.07.1944 ist, neben den Ideen der preußischen Reformen von 1806 und den eigenen Leistungen der Bundeswehr seit 1955, Kern des Traditionsverständnisses der Bundeswehr und verpflichtet uns zu ethisch begründetem Verhalten. Die Offiziere des Widerstandes sind unsere Vorbilder.

Einen Menschen zu töten, kann schuldig machen. Und nur Gott wird entscheiden, ob es womöglich unbedingt schuldig macht, auch wenn dadurch Leben gerettet, mein Land verteidigt und für den Frieden gesorgt wird. Wenn ich getötet habe oder töd-

lich verwundet bin, was dann? Dann bin ich als Christ nicht alleine gelassen. Und ich bin auch politisch getragen. Der Deutsche Bundestag muss als Vertreter des Souveräns seine Entscheidungen nicht nur nach verfassungsrechtlichen und politischen, sondern auch nach ethischen Grundsätzen treffen, wenn er Soldaten in Gefahren sendet.

Sagte ich gerade „Einen Menschen zu töten, kann schuldig machen“? Ist es denn überhaupt möglich, dass etwas zugleich geboten und schuldhaft ist? Wir haben einen Gott, der sich nicht widerspricht: Gut ist, was man soll, und böse, das was man nicht soll. Ich wüsste in der Bibel keine einzige Stelle, wo jemand dem Ruf Gottes folgt und sich damit zugleich schuldig macht.

Wer seinem Land recht dient, indem er es vor ungerechter Gewalt schützt, tut etwas Gebotenes. Die Anwendung militärischer Gewalt als Abwehr eines ungerechten Angriffs kann geboten und damit nach menschlichem Ermessen nicht gleichzeitig schuldhaft sein. Denn Schuld heißt doch: nicht tun, was geboten ist, oder tun, was verboten ist. Das liegt aber gerade nicht vor, wenn ich tue, was ich soll.

Ein (notfalls unvermeidliches) Töten ist von der Schuldhaftigkeit der Welt zutiefst geprägt, insofern als dass es ohne die Schuld, die in einem ungerechten Angriff liegt, eine Pflicht zur Gewalt nicht geben würde. Insofern ist man hier in einer besonderen Weise von der Verlorenheit der Schöpfung betroffen, weil man unter Umständen

etwas tun soll, was in einer heilen Welt niemals geboten wäre. Nur darf man diese sehr belastende Situation des Soldaten (und u.U. Polizisten) nicht mit Schuld verwechseln.

Es geht im Übrigen nicht nur um die Schuldfrage im engeren Sinne, sondern noch um etwas Anderes: Der Soldat verletzt, wenn er jemanden verletzt oder tötet, immer auch sich selbst. Das militärische Handwerk kann in sich eine traumatische Dimension bergen; es ist sozusagen der worst case dessen wozu der Mensch verpflichtet sein kann, angesichts der Tatsache, dass wir nicht mehr im Garten Eden sind. Der Soldat muss etwas tun, was in der göttlichen Ordnung nicht vorgesehen war, sondern erst notwendig wurde durch die Sünde. Damit ist er auf besondere Weise in die Kaputtheit der Welt eingelassen. Als Christ rettet mich dann der Blick auf den Erlöser. Ich spreche jetzt nur für mich: mein Glaube, dass ich am Ende gerettet werden kann ist mir in diesem unlösbaren Dilemma existenziell wichtig. Dann werde ich sagen können: ich habe getötet, bin mir meiner Schuld bewusst und bitte wie der Übeltäter am Kalvarienberg „Jesus, denk an mich...“ (Lk 23, 42).

So und nur so kann und will ich als Christ Soldat sein. Deshalb gefällt mir die Frage von Heuss so sehr: wie man überhaupt Soldat sein kann, ohne Christ zu sein?

Wer sich einsetzt, setzt sich aus: Der Kritik, dem Schuldigwerden, evtl. dem Tod. Deswegen wird vom Soldaten Tapferkeit verlangt. Wie vom Christen auch. Und deswegen ergänze ich gerne die Bilder vom miles protector und vom miles pugnator um mein Bild vom miles christianus. ◀

16 Franz-Josef Overbeck, Predigt anlässlich der „Woche der Begegnung“ am 16.09.2014 in der Kirche Hl. Kreuz in Cloppenburg-Stapelfeld.

17 Vgl. Fernando Enns, Leiter der Arbeitsstelle „Theologie der Friedenskirchen“ an der Universität Hamburg, in: Unsere Kirche Nr. 50 vom 06.12.2015, S. 7

Lage der Christen weltweit

„Kirche der Märtyrer“

Christenverfolgung: Keine Entwarnung im Weltverfolgungsindex 2015

VON CARL H.-PIERK¹

Wer das Wort „Christenverfolgung“ hört, mag sich an Nero, Löwen oder an die Kreuzigungen im römischen Kolosseum erinnern. Alles schon lange her. Dabei ist Christ zu sein noch nie so gefährlich wie heute. Nie zuvor sind so viele Christen diskriminiert, bedroht und verfolgt worden. Weltweit sind bis zu 100 Millionen Christen betroffen, Tendenz steigend. Christen verschiedener Konfessionen sind zwar nicht die einzige Religionsgruppe, die wegen ihres Glaubens benachteiligt wird; weltweit leiden sie aber am meisten unter religiöser Diskriminierung oder Verfolgung.

► Obwohl das Recht auf Religionsfreiheit seit Jahrzehnten als grundlegendes Menschenrecht international anerkannt ist, wird es in der Praxis in zahlreichen Regionen der Erde bis heute auf vielfache Weise missachtet. In rund 50 Staaten werden Menschen in ihrer Religionsausübung behindert und in etlichen davon kommt es zu schweren Verletzungen der Religionsfreiheit. Dass es um die nahezu in allen Verfassungen verbürgten Menschenrechte nicht zum Besten steht, ist hinlänglich bekannt.

„Open Doors“, eine überkonfessionelle Hilfsorganisation, veröffentlicht regelmäßig eine Liste von Ländern, in denen Christen bedrängt, unterdrückt und verfolgt werden. Der jährlich von „Open Doors“ veröffentlichte Weltverfolgungsindex ist eine Rangliste von 50 Ländern, die anzeigt, wo Christen wegen ihres Glaubens am stärksten verfolgt und diskriminiert werden. Damit wird das Ausmaß von Verfolgung und Unterdrückung von Christen in aller Welt erfasst und dokumentiert. Erstellt

¹ Carl H. Pierk war langjähriger Chefredakteur der „Tagespost“, schreibt jetzt als freier Journalist unter anderem auch für den AUFTRAG



wird der Weltverfolgungsindex von einer internationalen Expertengruppe in Zusammenarbeit mit Christen der betroffenen Länder.

Im Weltverfolgungsindex 2015 steht zum 13. Mal in Folge Nordkorea auf Platz 1. Von den geschätzten 200.000 bis 400.000 Untergrundchristen befinden sich bis zu 70.000 als „Feinde des Regimes“ in den berüchtigten Arbeitslagern. Ein UN Bericht aus dem Februar 2014 nannte die Menschenrechtsverletzungen im Land „beispiellos“. Nach Nordkorea finden sich in der Liste der zehn am stärksten betroffenen Länder Somalia, Irak, Syrien, Afghanistan, Sudan, Iran, Pakistan, Eritrea und Nigeria. Acht der ersten zehn Länder sind muslimisch. Zudem gilt in 18 der 20 am höchsten eingestuften Länder „Islamischer Extremismus“ als eine Haupttriebkraft der Verfolgung.

Dieser Trend beschränkt sich nicht auf den Nahen Osten (die Arabische Halbinsel inbegriffen), da nur sechs der ersten 20 im Weltverfolgungsindex genannten Länder in dieser Region liegen.

Das grausame Vorgehen des sogenannten „Islamischen Staates“ hat

nicht nur die Weltöffentlichkeit schockiert, sondern auch dazu geführt, dass aus Teilen des Irak alle Christen flüchten mussten, heißt es in der Dokumentation weiter. Neben ihnen wurden auch Jesiden, Schiiten und Angehörige anderer Minderheiten aus ihren Häusern und der Region vertrieben und viele brutal ermordet.

Die stärkste Zunahme der Christenverfolgung vollzieht sich nach Darstellung von „Open Doors“ in Afrika, besonders in den Ländern südlich der Sahara. Neben dem gewalttätigen Vorgehen islamistischer Gruppierungen würde dazu wesentlich die schleichende Islamisierung einiger Staaten beitragen. Ein Beispiel hierfür ist Kenia, das auf dem Index den stärksten Sprung nach oben macht: von Platz 43 auf Platz 19. Erstmals unter den ersten 10 Ländern des Weltverfolgungsindex ist Nigeria (Platz 10). Ähnlich wie die Terrorbewegung „Islamischer Staat“ im Nordirak und Syrien hat die islamistische Bewegung „Boko Haram“ ein Kalifat in der Stadt Gwoza ausgerufen und mit äußerster Brutalität über den gesamten Bundesstaat Borno und Teile von Adamawa ausgebreitet.

Die Türkei ist nach drei Jahren unter die ersten 50 Länder des Weltverfolgungsindex zurückgekehrt.

Wesentlich beigetragen zu der aktuellen Verschlechterung hat der wachsende islamische Nationalismus durch Präsident Erdogans AKP.

Das Hilfswerk resümiert: „Weltweit hat die Schwere der Verfolgung zugenommen, was aber nicht zuerst die Folge massiverer Gewalt ist, sondern vor allem an verstärkter kultureller und gesellschaftlicher Marginalisierung liegt.“ Das tägliche Leben für Christen werde in den meisten der 50 im Weltverfolgsindex 2015 genannten Länder immer härter.

Kurienkardinal Kurt Koch, Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, emeritierter Bischof von Basel, nannte es ein „seltsames Phänomen“, dass die heutige Christenverfolgung in den Medien so gut wie nicht vorkomme.

Bei einem Kongress über Christenverfolgung in Schwäbisch Gmünd kritisierte der Kardinal, im Bewusstsein der meisten Menschen seien Christenverfolgung und Martyrium „Themen der Vergangenheit“. Dabei habe es wohl in keinem Jahrhundert so viele Märtyrer gegeben wie im 20. Jahrhundert. Auch heute werde die Kirche wieder zur „Kirche der Märtyrer“. Als ein Beispiel nannte Koch die „satansische Terrororganisation“ Islamischer Staat (IS). Die weltweiten Repressalien gegen Christen hat auch der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki angeprangert. Schon zu Zeiten der ersten Märtyrer hätten viele ihren Glauben

mit dem Leben bezahlt, „aber es erschüttert mich immer wieder neu, dass selbst heute noch Christen skrupellos und rücksichtslos verfolgt werden“, sagte Woelki im Kölner domradio. Im Blick auf die Zahl von 100 Millionen verfolgten Christen sagte der Kardinal: „Diese Zahlen dürfen uns, die wir ohne Angst unseren Glauben leben können, nicht ruhig schlafen lassen.“

Auffällig ist übrigens, dass in etlichen demokratischen Gesellschaften der bei Menschenrechtsverletzungen übliche Protest dann ausbleibt, wenn die Religionsfreiheit von Christen bedroht wird. ◀

Der Papst bei den Anglikanern

Franziskus besucht All-Saints-Kirche im Zentrum Roms

VON JOHANNES SCHIDELKO (KNA)

Der Bischof von Rom unterwegs in der Ewigen Stadt: Für Sonntag, den 5. März steht für Papst Franziskus die anglikanische Kirche All-Saints (Allerheiligenkirche) auf dem Programm. Anlass ist die Gründung der Kirche vor 200 Jahren.

► Franziskus nimmt in dem neugotischen Gotteshaus wenige Schritte von der Spanischen Treppe entfernt an einem „Choral Evensong“ teil, dem anglikanischen Pendant zum katholischen Vespergottesdienst. Er will dort auch predigen, eine Ikone segnen und Fragen von Gemeindemitgliedern beantworten.

Das Programm erinnert an sein Treffen vor eineinhalb Jahren in der evangelischen Christus-Kirche Roms. Es blieb besonders in Erinnerung durch eine Frage nach einem gemeinsamen

Abendmahl in konfessionsverschiedenen Ehen, die Franziskus salomonisch und differenziert beantwortete: „Sprecht mit dem Herrn und geht weiter“ sagte er; das Leben sei größer als die Theologie.

Rund 250 Mitglieder zählt Roms anglikanische Pfarrei, die am 27. Oktober 1816 gegründet wurde. In den 1880er Jahren wurde die Kirche errichtet, die mit ihrem spitzen Turm die Silhouette auf halber Strecke zwischen der Piazza di Spagna und der Piazza del Popolo bestimmt.

Im Mittelpunkt der Begegnung dürfte der ökumenische Dialog stehen, den der Vatikan und die Anglikaner vor 51 Jahren aufgenommen haben. Ein Dialog mit wechselhaftem Verlauf und durchwachsenem Erfolg. Nach dem historischen Treffen zwischen Papst Paul VI. und dem anglikanischen Primas Arthur Michael Ramsey am 23. März 1966 im Vatikan – dem ersten nach über 400 Jahren Kirchentrennung – erreichte die gemischte internationale Kommission zunächst beachtliche Fortschritte. Später belastete die anglikanische Frauenordination den Kontakt.

Diese Weihen bildeten einen „ernsten Rückschritt“ für den ökumeni-



Die Kirche der All-Saints-Gemeinde im Herzen Roms.
(Foto: Wikipedia/Croberto68)

schen Dialog, beklagte der damalige vatikanische Ökumene-Verantwortliche Kardinal Walter Kasper 2008. Die Anglikaner verließen damit das gemeinsame Fundament, auf das sich Katholiken wie auch die Ostkirchen

stützten. Irritiert äußerte sich der Vatikan zudem über anglikanische Positionen zu ethischen Fragen. Insbesondere stieß man sich an der Bischofsweihe für einen erklärten Homosexuellen, aber auch an kirchlichem Segen für gleichgeschlechtliche Eheschließungen.

Diese Streitfragen kamen sowohl bei der England-Reise von Benedikt XVI. 2010 als auch beim Rombesuch des anglikanischen Primas Justin Welby im

Oktober 2016 zur Sprache. Der ökumenische Dialog geht unterdessen weiter.

Die Zeremonie des „Choral Evening“ wird geleitet von Pfarrer Jonathan Boardman. Zur Begrüßung des hohen Gastes reist Bischof Robert In-

nes an, der seit zwei Jahren die riesige Europa-Diözese der Kirche von England leitet. Bei der Feier wird eine Christus-Ikone gesegnet, die dann anlässlich der 200-Jahr-Feiern der Gemeinde in der Kirche angebracht werden soll.

Außerdem wird bei dem Treffen die Gemeindepertnerschaft mit der gleichnamigen „Ognisanti“-Kirche (italienisch für Allerheiligen) im Süden Roms besiegelt. Sie ist ökumenisch sehr aktiv und gehört als Titelkirche dem deutschen Kardinal Kasper, der zwischen 2000 und 2008 den vatikanischen Einheitsrat leitete.

Errichtet wurde die anglikanische All-Saints-Kirche auf dem Gelände eines früheren Augustinerklosters. Sie steht auf geschichtsträchtigen Boden: Bei Ausgrabungen während der Errichtung fand man zwei Statuenköpfe von Kaiser Nero sowie von Agrippina, die seither in den Kapitolschen Museen zu betrachten sind. Beachtung finden außer dem Spitzturm und den Marmorsäulen des Gotteshauses auch die bunten Glasfenster. Eines von ihnen zeigt den Benediktinermönch Beda Venerabilis (673 – 735). Einem seiner Texte entstammt der Wahlspruch von Papst Franziskus: „miserando atque eligendo“ – aus Barmherzigkeit erwählt.. ◀

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und erscheint viermal im Jahr.

HERAUSGEBER:

GKS, Am Weidendamm 2, 10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de
ISSN 1866-0843

REDAKTION:

verantwortliche Redakteure:
Bertram Bastian (BB), Chefredakteur
Rainer Zink (RZ), Oberstlt a.D., Redakteur

FOTOS:

falls nicht anders vermerkt: © GKS

ZUSCHRIFTEN:

Redaktion AUFTRAG
c/o Bertram Bastian,
Alter Heerweg 104, 53123 Bonn,
Tel: 0177-7054965, Fax: 0228-6199164,
E-Mail: redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

www.katholische-soldaten.de

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 10,- an den ausliefernden Verlag.

UBERWEISUNGEN UND SPENDEN AN:

GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,
IBAN: DE21 3706 0193 1017 4950 18
BIC: GENODED1PAX.

LAYOUT:

VISUELL, Aachen, www.visuell.ac

DRUCK:

MVG Medienproduktion
Boxgraben 73, 52064 Aachen



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11, 15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 50 Jahren begleitet.

